Konkret

HEFT 6 JUNI 1983 5,- DM C 4143 E

HITLER SIEGT IM STERN

Erich Kuby über die Affäre der falschen Tagebücher: Aus dem Innenleben der Illustrierten

Die verbotene Reportage

Wie der Chemie-Konzern Bayer die Unterelbe versaut

Der Marihuana-Plot

Günter Amendt über das neue Geschäft in den USA

in konkret Juni 1983

Vorwort von Manfred Bissinger

An KONKRET

Macht das Tor zu von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Hitlers Sieg über den »Stern« von Erich Kuby

»Das Klima hat sich geändert« von Warner Poelchau
Wenige Monate nachdem der Neonazi Michael Kühnen aus dem Gefängnis entlassen wurde, schlossen sich mehrere Nazi-Splittergruppen in Rheinland-Pfalz zusammen. Sogar ein »Mädel-Bund« wurde gegründet. Die Polizei sah zu und schützte die Veranstaltung.

Der häßliche Deutsche: Der Zögling von Otto Köhler
Im schönen Schwabenländle herrscht Zucht und Ordnung. Neben vielen anderen sorgt dafür der Kulturminister und Fußballpräsident des VfB Stuttgart

Wie ein Fluß stirbt von Michael Jungblut
Eine gigantische Industrieansiedlung hat aus der Elbe eine stinkende Chemie-Kloake gemacht. Rettung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Wenn das neue Bayer-Werk in Brunsbüttel die Endausbaustufe erreicht hat, dürfen täglich 1,86 Millionen Tonnen Abwasser allein von dieser Fabrik in die Elbe gepumpt werden. Wie es der Chemie-Multi Bayer geschafft hat, sich von den Behörden diese Riesenmengen genehmigen zu lassen, enthüllt jetzt das Buch des Hamburger Reporters Christian Jungblut »Es war einmal ein Fluß ... «. Es sollte im Stern-Verlag erscheinen, doch der Chefreduktion war dieses Buch zu brisant. Wenige Tage vor Druckbeginn flog es aus dem Programm und erschien inzwischen im Hamburger Kabel-Verlag. Die Medien berichteten über den Vorfall, gingen jedoch auf die Enthüllungen nicht weiter ein. KONKRET veröffentlicht hier einen Auszug aus dem Jungblut-Buch.

Wer bläst denn da so falsch? von Werner Heine
Im Konzert zwischen Hamburgs Stromversorger HEW und dem Senat gibt es Dissonanzen - wieder einmal. Die Töne sind dieselben wie vor dem Klose-Rücktritt: Das Kernkraftwerk Krümmel geht noch immer »im nächsten Frühjahr« ans Netz, die HEW halten am Atommeiler Brokdorf fest und der Senat will's alles anders haben.

Zum Beispiel Hunsrück von Sabine Rosenbladt
Während in Genf über den Abbau der Atompotentiale gefeilscht wird, beginnen vor unserer Haustür die Bauarbeiten für die Stationierung der amerikanischen Cruise Missiles und Pershing II. Die Bundesrepublik ist ein riesiges Atomwaffenlager.

KONKRET-Extra: Machtkampf der Mullahs von Kai Hermann
Emotionen beherrschen die Auseinandersetzung über die Islamische Revolution. Für eine Minderheit hat im Iran eine der wenigen klassischen Revolutionen der Neuzeit stattgefunden. Für die Mehrheit, auch der europäischen Linken, ist die Revolution dagegen nur die Machtergreifung von »Klerikal-Faschisten«. Doch die Realität ist komplizierter. Die Berichterstattung über den Iran beschränkte sich bisher meist auf blutrünstige Foltergeschichten und prophezeite das Ende des Regimes. Jetzt gewinnen auch konservative Blätter der Diktatur des Islam bessere Seiten ab und schreiben von Konsolidierung. Ein deutliches Zeichen, daß die Revolution in der Krise steckt.

Hamburger Modell von Peter Meleghy

Ärzte, die sich mit ihrer Standesorganisation oder der Krankenkasse anlegen, haben nichts zu lachen. Und Augenärzte sollten sich tunlichst davor hüten, Streit mit »ihrem« Optiker anzufangen. Nicht gerade zum Wohle der Patienten, wie die Geschichte von Dr. Karsch zeigt.

Von der Milchkuh zum Menschen von Karl Pawek
Alternativen zur Antiquiertheit linker Politik

Handeln statt reden von Jack Lang
Der französische Kulturminister Jack Lang gehört seit dem Amtsantritt von Francois Mitterrand zu den Stars der sozialistischen Regierung. Sein Etat wurde mehr als verdoppelt, er inszenierte die pathetisch-triumphale Amtseinführung des Präsidenten ebenso wie den pompösen Weltwirtschaftsgipfel in Versailles. Schwierigkeiten bekam Lang erst, als er den »kulturellen Imperialismus« der Amerikaner geißelte. Getreu seiner neuen Außenpolitik wies Mitterrand seinen Minister zurecht und stufte ihn zum Ministre délégué herab, der nicht mehr automatisch an den wöchentlichen Kabinettssitzungen teilnimmt. Dennoch bleibt er einer der wichtigsten Politiker der sozialistischen Regierung. Mit Jack Lang sprachen KONKRET-Mitarbeiter Jan-Phillip Sendker und Laurent Dispot.

Geniale Dilettanten von Caroline Fetscher
Die Rockgruppe »Ton, Steine, Scherben« ist auf Tournee. Zusammen mit »Schröder Roadshow« rocken sie in 33 Städten 33mal vier Stunden lang.

Ich fühl mich gut - ich steh auf Ostblock von Sabine Bredy
Seit Udo Lindenberg den »Honey« als Schrat anmacht und sich damit in die Hitlisten hochkatapultierte, schwappt die neue deutsche Ostwelle.

Zwischen Biedermeier und neuer alter Linker von Jörg Lang
Jörg Lang, Autor dieses Beitrags, ging 1974 ins libanesische Exil, weil er als Verteidiger von RAF-Gefangenen selbst zur Zielscheibe der Strafverfolgung geworden war. Im vergangenen Jahr kam der 43jährige zurück. Für KONKRET beschreibt er sein Wiedersehen mit der Bundesrepublik: Bürger in sterilen und perfekt herausgeputzten Städten. Ihr Weltbild ist geprägt von Nachrichtenchips ohne politische Hintergrundinformation.

Kulturnotizen

Der Marihuana-Plot von Günter Amendt
Die Vereinigten Staaten von Amerika waren jahrelang ein Hauptabsatzmarkt für lateinamerikanisches Marihuana. Durch Vernichtungs- und Kontrollaktionen geriet der Nachschub ins Stocken. Notleidende US-Farmer erkannten ihre Chance, bauten den Stoff selbst an und machen jetzt das Geschäft. Ihre Umsätze bewegen sich in Milliardenhöhe.

Zum Widerstand bereit sein von Günter Grass
Der Schriftsteller Günter Grass beantwortet Fragen zum Ost-West-Dialog, zur Nachrüstung, zur parlamentarischen Demokratie und zu seiner Rolle in der SPD

Linksherum? von Kraft Wetzel
»Catch your Dreams« heißt der Porno von Moritz Boerner, der mit großem Erfolg in den Programmkinos läuft. Ein Film ohne Drehbuch und Regie, ohne Porno-Profis, sondern mit Leuten, die Spaß am Sex zeigen und die Szenen später kommentiert haben. Doch das Dilemma bleibt: auf der Leinwand ist Vögeln kein abendfüllendes Thema.

Zur rechten Zeit der rechte Prozeß von Gabriele Kreis
Immer mehr Bücher müssen unter den Ladentisch. Jetzt steht ein Verleger wegen Pornographie vor Gericht.

Bücher: Keiner muß Kassandra sein von Matthias Altenburg
Christa Wolfs neues Werk ist ein Lichtblick in all der zweifelhaften Friedensliteratur.

Bücher: Die Rache des Blumenpissers von Franz Josef Degenhardt
»Aufgeklärte Märchen« für Leute mit freiem Kopf und freiem Herzen.

Unverschämt, anzüglich, autoritär von Sabine Rosenbladt

Bücher: Völlig aufgelöst von Tom Schimmeck
Immer mehr Männer suchen ihre »Rolle in der heutigen Zeit«. Manche sollten's besser lassen - oder wenigstens nicht noch zu Papier bringen.

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/83, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Das Schauspiel läuft seit vielen Wochen: Lüge und Wahrheit wechseln einander ständig ab. Keiner schaut mehr wirklich durch. Mit ein Grund, daß auch wir uns mit dem »Stern«, seinen Vorder- und Hintermännern auseinandersetzen. Klarheit tut not. Erich Kuby, selbst viele Jahre Kollege beim »Stern«, analysiert in der Titelgeschichte dieses Heftes die größte Pressepleite in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die - so einfach ist das - eben auch ein Skandal unserer freien Marktwirtschaft ist. Egal von welcher Seite aus wir das Spektakel betrachten: vom Leser, vom Verlag, von der Redaktion.

Vergessen wir mal einen Augenblick die Herren Mohn, Fischer, Jahr, Bucerius, Schulte-Hillen, Nannen. Sie sind einschlägig beschrieben. Sie dienen ihren Interessen, und das sind die Interessen des Kapitals, im vorliegenden Fall auch gern mit dem Wort Pressefreiheit umschrieben. Sie taten es gestern, sie tun es heute, und sie werden es immer tun.

Wenden wir uns lieber denen zu, die uns näherstehen: den Kollegen vom »Stern«.

Einen Teil der jetzigen Situation haben sie mindestens mitverschuldet. Das Blatt ist nicht so einfach auf Befehl der Verleger verkommen.

Das Klima bestimmen immer zwei: einer, der anordnet und einer, der mitmacht. Und mitgemacht haben die Kollegen vom »Stern« eben fast alles. Klar, sie haben nur wenige Alternativen; betrachtet man ihre Konditionen, eigentlich gar keine. Wer verzichtet schon gerne auf hohes Gehalt (Redakteure zwischen 6.000 und 8.000 Mark, Ressortleiter und Reporter ab 9.000 bis 15.000)? Wer fährt nicht gerne Dienstwagen, wer Taxi, wer benutzt nicht mit Freude das Flugzeug, wer wohnt nicht gerne im ersten Hotel am Platz, klimatisiert wie das Büro zu Hause?

Wer verzichtet schon gerne auf Sonder-Tantiemen, Sonder-Urlaub und Sonder-Kredite, mit denen Eigentumswohnung, Haus im Grünen, Segelboot oder alles zusammen finanziert werden können?

Da muß schon viel passieren, daß jemand solche Privilegien aufgibt. Und es ist eben immer wieder alles passiert, ohne daß einer den »Stern« gefährdet gesehen hätte.

Die wöchentliche Lüge wurde nur zu geflissentlich übersehen, die wurde lieber bei der »Bild«-Zeitung beklagt, und so schlimm war man ja nun wirklich nicht. (In der Woche der dümmlich-üblen Hitler-Fälschung war es Udo Lindenberg, dem Reichtümer in den USA angedichtet wurden oder die Grusel-Story der Überlebenden der Spionage-Yacht 'Siddharta' im südchinesischen Meer.)

Nein, konfliktbewußt, was ihre eigene Arbeit betraf, waren die Kollegen vom »Stern« schon seit Jahren nicht mehr.

Tatenlos haben sie dem schleichenden Verfall »ihres« Blattes beigewohnt; zugeschaut wie es langsam aber sicher vom Magazin wieder zum alten Musikdampfer heruntergekommen ist.

Hat sich denn einer Gedanken gemacht, warum immer mehr der seriösen Kollegen von Bord gingen: Erich Kuby, Wilhelm Bittorf, Kai Hermann, Gerhard Gründler, Rolf Winter, - allesamt keine Links-Ausleger, nur der üblen Machart leid.

Wer hat protestiert, als die Chefredaktion *Christian Jungbluts* Buch über die Elbe kippte, nur, weil darin ein bißchen Wahrheit über den Bayer-Konzern stand? (KONKRET druckt das fragliche Kapitel ab Seite 28). Sogar das konservativ-liberale Weltblatt »Zeit« mokierte sich unter der Überschrift »Es war einmal ein Stern«, die Redaktion aber schwieg. Selbst dann noch als der zuständige »Sternbuch«-Verantwortliche gefeuert werden sollte.

Wer hat geklagt, als der »Stern« zum wiederholten Male einen sexistischen Vergewaltigungstitel druckte? Zuletzt im April dieses Jahres.

Wer hat eingegriffen, als junge Arbeitslose, angewidert von dem »Stern«-Ratschlag, sie sollten sich doch einfach selbständig machen, eine Entgegnung schrieben, die dann trotz anfänglicher Versprechen nicht gedruckt wurde?

Wo war der vollmundige Protest, als die erste Ausgabe mit der widerwärtigen Hitler-Verherrlichung auf den Markt kam?

Wer hat den Reporter Heidemann aus der Redaktion gewiesen, als dieser durch die Räume stolzierte und sich mit dem SS-Ehrendolch bewundern ließ?

Waren es etwa nicht die »Stern«-Redakteure, die in der morgendlichen Konferenz ihren Chefredakteur Peter Koch mit Beifall begrüßten, als dieser in einer denkwürdigen ZDF-Fernsehsendung alle Zweifler als Dummköpfe, Fälscher und Neider bezeichnet hatte?

Wo war der Aufschrei, als der zweite Chefredakteur Felix Schmidt den Redakteuren verkündete, wer an der Echtheit der Hitler-Sülze zweifele, habe keinen Platz mehr in der Redaktion?

Es gab diese »Stern«-Redakteure nicht. Jedenfalls haben wir nichts davon erfahren. Nein, viele der Damen und Herren waren bis dahin stolz, endlich auch mal mit den »Tagebüchern« einen Knüller zu haben. Im saturierten Tiefschlaf war nämlich in den letzten Jahren alles an ihnen vorbeigelaufen: Ob Neue Heimat, ob Langemann, ob Flick.

Aufgewacht sind die Kollegen erst, als alles zu spät war. Als feststand, daß der »Stern« und seine Macher aus Verlag und Redaktion auf den primitivsten Schwindel der Pressegeschichte reingefallen sind.

Da kam Mut auf. Da war plötzlich die ganze Veröffentlichung ein Schlag ins Gesicht der Glaubwürdigkeit der Redakteure. War es das die zehn Tage vorher etwa nicht?

Und eine letzte Frage sei erlaubt. Wo bitte ist der Unterschied zwischen Johannes Gross und Peter Scholl-Latour auf der einen, sowie Peter Koch und Felix Schmidt auf der anderen Seite? Ja, die ersten beiden sind intelligenter. Das allerdings machte sie für die Redaktion noch gefährlicher als ihre Vorgänger.

Die Kollegen vom »Stern« besannen sich für ein paar Tage auf ihre Macht und forderten Remedur. Die beiden »Neuen« sollten draußen vor der Tür bleiben, die verbliebenen »Alten« Henri Nannen und Gerd Schulte-Hillen gleich mit verschwinden. Eine gute, für den Neubeginn notwendige Voraussetzung.

Nun, dazu ist es natürlich nicht gekommen. Die »Alten« werden bleiben, Gross zieht »nur« in den Vorstand ein, Scholl-Latour auch, er wird gleichzeitig der Redaktion vorstehen. Ein »Kompromiß« (»Stern«-Redaktion), der mehr als faul ist.

Der Aufstand vieler Redakteure, Angestellter und Techniker verdient unseren Respekt. Er mußte mißlingen. Denn letztlich war das Bedürfnis der »Stern«-Redakteure nach Harmonie, nach Sicherheit (siehe oben), nach redaktioneller Ruhe doch größer als die politische Einsicht, anhaltender Widerstand könne auf Dauer eine größere journalistische Freiheit sichern.

Dabei war die Situation diesmal denkbar günstig für die Redaktion. Der Verlag war durch seine Täter-Rolle bei den »Tagebüchern« angeschlagen und die gleichzeitige Bestallung von Herrn Scholl-Latour als Vorstandsmitglied *und* Chefredakteur ist ein pressepolitischer Skandal in sich. Rudolf Augstein hat ihn im »Spiegel« hinreichend charakterisiert. Damit ist der kleine verbliebene Rest der journalistischen Freiheit beim »Stern« künftig dem Aktienrecht untergeordnet. Nicht, daß es bisher viel anders war, nur so offen hat es noch kein Verlag dokumentiert.

Karl Kraus hat gesagt. »Die Not kann jeden Mann zum Journalisten machen, aber nicht jede Frau zur Prostituierten.«

Konkret 06/83, S. 6

An KONKRET

VIERFACHER RITTBERGER

*KONKRET 5/83: »Kleines Land und große Brüder« - Warner Poelchau über die Situation in Afghanistan*Die militärische Intervention in Afghanistan von russischen Truppen als eine Revolution darzustellen, ist blanker Hohn. Sie wurde keineswegs von der Masse der Bevölkerung getragen, sondern mit brutalen Mitteln durchgesetzt. Auch die Bezeichnung Demokratische Republik erscheint mir sachlich falsch; dieses Land ist von der Demokratie noch weit entfernt.

Poelchau trägt hierbei die schwarz-weiße Brille, die bei Analysen solcher Situation nicht nützlich sein kann.

ANDREAS ABRAMSKY

BERLIN

Ihr habt eine neue Disziplin erfunden, Glückwunsch! Vierfacher Rittberger + dreifacher Toe-loop + zweifacher Axel + einfacher Logik = KONKRET! Wenn islamische Fundamentalisten in Afghanistan die Steinzeit wieder anstreben, sind sie natürlich Konterrevolutionäre, wenn sie die gleichen Ziele im Iran haben, Revolutionäre. Das nennt man wohl Pluralismus.

HARALD REIDER

MÖNCHENGLADBACH

Jedes Land, auch wenn es noch so klein ist, hat das Recht auf eine autonome Entwicklung. Wie soll sich denn ein vernünftiges Gesellschaftssystem entwickeln, wenn die beiden Supermächte immer mit ihren ach so tollen Ideologien dazwischenfummeln? Deshalb finde ich, daß man die Afghanen genauso in Ruhe lassen sollte wie die Leute in Nicaragua.

DIETMAR TREMMERAACHENDie Fortführung der kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan steht nur im Interesse der reaktionären Kräfte und ihrer Geldgeber im Ausland. Nicht zufällig hat die Regierung der USA einen sechsjährigen Vertrag im Wert von 3,2 Milliarden Dollar mit Schwergewicht auf militärischem Gebiet mit Pakistan geschlossen.

Im Propagandakrieg gegen die Sowjetunion spielt für die Reagan-Administration Afghanistan die Rolle eines Prügelknaben. Es hat den Anschein, daß die USA und ihre Verbündeten derart weitermachen wollen, auch wenn dies einen aussichtslosen Kampf bis zum letzten Afghanen bedeutet.

HASCHEM ZAMAN

KÖLN

GEISTIGER DÜNNSCHISS

*KONKRET 5/83: »Aus in drei Jahren« - Interview mit dem Intendanten Jürgen Flimm*Die Sorge des Kollegen Intendanten um das kulturelle Erbe, insbesondere die Sorge um den Erhalt der bundesrepublikanischen Theaterlandschaft, teile ich. Es ist atemberaubend, wie geistiger Dünnschiß in Form von TV, Video und in Zukunft vielleicht sogar noch Kabelfernsehen, den Menschen den Blick auf wirkliche Werte vernebelt.

Den Ansichten des Intendanten Flimm hinsichtlich seiner Rationalisierungsvorstellungen am Theater trete ich als Gewerkschafter aber entschieden entgegen. Wenn Flimm von einer »Truppe von hochqualifizierten Theaterleuten« spricht, dann frage ich mich, was wird aus dem Bühnenarbeiter, dem Beleuchter, der Garderobenfrau, der Schließerin und den vielen anderen, wenn die großen »Macher«, ähnlich wie Industriebosse, ihre Betriebe zu rationalisieren versuchen?

Noch leben wir nicht unter amerikanischen Bedingungen, noch können wir auf die Erfahrungen und Erkenntnisse der deutschen Arbeiterbewegung zurückgreifen. Deshalb wäre es notwendig, sich den Rotstiftpolitikern entgegenzustellen und für den Erhalt der Theaterstrukturen zu kämpfen und neue Perspektiven aufzutun. Die Intendanten müßten endlich ihrer Verantwortung gegenüber dem *gesamten* Betrieb gerecht werden und sich weniger mit fachlich unqualifizierten Gauklern umgeben.

KARL-HEINZ KRÄMER, BÜHNENHANDWERKERKÖLN

VORLÄUFER

*KONKRET 5/83: »Genosse Vogeler« - Das Leben des Künstlers Heinrich Vogeler*Schön, daß KONKRET »Genosse Vogeler« in Erinnerung ruft. Eine kleine Anmerkung jedoch: Vogeler gründete nicht die erste deutsche Landkommune, die vermutlich erste Siedlungskommune war die Obstbaukolonie Eden bei Oranienburg, die 1893 gegründet wurde; die für viele Deutsche anziehendste Kommune war die Henri Oedenkovens auf dem Monte Verita bei Ascona (ab 1900) und die Theorie, die bei der Mehrzahl sozialistischer Kommuneversuche Pate stand, wurde von dem Anarchisten Gustav Landauer im »Sozialistischen Bund« propagiert; er hatte auch gemeinsam mit Martin Buber die »Deutsche Gartenstadt Gesellschaft« (1902) mitinitiiert. 1913 schließlich gründete der Anarchist Ernst Joel das »Charlottenburger Siedlungsheim«, und im Kontext der revolutionären Ereignisse 1919 entstand nicht nur Vogelers Barkenhoff, sondern zum Beispiel auch die Kommune Blankenburg bei München, die über Oskar Maria Graf und Georg Kaiser an das nötige Geld gekommen war und mit den Räterepublikanern in München (unter anderem wieder Gustav Landauer) in enger Verbindung stand.

WOLFGANG HAUGREUTLINGEN

UNTER KENNERN

*KONKRET 5/83: »Islamische Bordelle« - Rezension des neuen Scholl-Latour-Buches*Mit Erheiterung und - wie ich gestehen muß - großem Genuß habe ich die Besprechung Ihres Mitarbeiters Reinhard Hesse über mein Buch »Allah ist mit den Standhaften« gelesen. Es steht einem Rezensenten durchaus zu, seine persönlichen Scherze zu einem eigentlich recht ernsten Thema zu formulieren und in 760 Seiten die drei oder vier Stellen herauszusuchen, die ihm schlüpfrig erscheinen mögen. Die Behandlung des Prostituierten-Problems scheint ihn mehr zu interessieren und ihm auch mehr zu liegen als die Auseinandersetzung mit politischen und theologischen Fragen. Das ist sein gutes Recht.

Die Sache fängt an haarig zu werden, wenn Herr Hesse orientalische Bildung vortäuscht. Dazu möchte ich folgende Feststellung machen:

Das Koran-Zitat »Allahu maa es sabirin« wird in den meisten mir bekannten Koran-Übersetzungen - getreu meinem Titel - durch »Allah ist mit den Standhaften« wiedergegeben. Im übrigen verweise ich auf das beste arabisch-deutsche Lexikon von Hans Wehr, das jedem Orientalisten ein Begriff sein sollte. Ich nehme an, daß Sie sich nicht daran stören, wenn die letzten Auflagen dieses Lexikons in der DDR verlegt sind. Bei Wehr wird auf der Seite 455 das arabische Wort »sabr« mit: »Fesseln, Geduld, gefaßte Handlung, *Standhaftigkeit,* Selbstbeherrschung, Ausdauer, Widerstandsfähigkeit« übersetzt. Um es genau zu sagen, »sabr« entspricht im theologischen Sinne der Tugend des Hiob, dessen Geduld, aber auch Standhaftigkeit in dem Satz gipfelt: »Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gebenedeit.«

Herr Reinhard Hesse, der offenbar seine Beschlagenheit bekunden möchte, schreibt in seiner Rezension, man müsse »standhaft« mit »samedin« übersetzen. Auch hier hätte er gut daran getan, berufene Orientalisten zu konsultieren. Bei Hans Wehr, Seite 391, wird das Wort »samada« wie folgt übersetzt: »Stolz den Kopf heben, den Kopf hochtragen«.

Die fundamentalistische Kampfgruppe, die in Ägypten unter dem Namen »Takfir wa el higra« bekannt geworden ist, kann nur deutungsweise und nicht wörtlich übersetzt werden, was zu unterschiedlichen Auslegungen geführt hat. Wenn Herr Hesse ein Kenner der Materie wäre, wüßte er, daß in dem Wort »takfir« die Wurzel »kufr« enthalten ist, daß »takfir« also mit »Anprangerung der verstockten Ungläubigkeit oder Gottlosigkeit«, das heißt im theologischen Sinne mit »Verfluchung« übersetzt werden sollte. In ähnlicher Weise wird das Wort »takbir« mit »Verherrlichung Allahs« übersetzt. Was nun das Wort »hijra« oder »higra« betrifft, so ist es wohl selbst flüchtigen Orient-Kennern aus der Lebensgeschichte des Propheten bekannt. Gewiß ist Mohammed von Mekka nach Yathrib »geflüchtet«, aber das Entscheidende bei diesem Ereignis war ja wohl nicht sein Ausreißen vor seinen Gegnern in Mekka, sondern seine Abwendung von ihrer Ungläubigkeit. - Aber schon frage ich mich, ob es sich überhaupt lohnt, mich mit solcher Beckmesserei zu befassen.

Was nun Herrn Reinhard Hesse betrifft, so hatte ich keine Gelegenheit seinen Namen bisher irgendwo zu lesen. So wie ich ihn mir vorstelle, hätte ich vermutlich mehr Grund gehabt, mir über die Stichhaltigkeit meines Buches kritische Fragen zu stellen, wenn es von Herrn Hesse über den Klee gelobt worden wäre.

PETER SCHOLL-LATOUR

PARIS

Konkret 06/83, S. 8

Hermann L. Gremliza

Macht das Tor zu

Petra Kelly und Gert Bastian lassen sich auf dem Alexanderplatz von der DDR-Polizei festnehmen, Frau Kelly wird fast vergewaltigt (»Ich wurde brutal an Brust und Armen gepackt, mir wurde übel«). Am Grenzübergang Drewitz wird ein Transitreisender durch Herzinfarkt »ermordet« (Strauß). Der Schriftsteller Hermann Kant ist ein Stasi-Offizier (»Welt«). Das Dioxin von Seveso lagert in der DDR (»Tageszeitung«). Das Attentat auf den Papst hat der KGB arrangiert (ARD). Die Hitler-Tagebücher sind eine Fälschung »aus den Werkstätten des Ministeriums für Staatssicherheit« (»Welt«) oder, noch besser: »Nach einem Gespräch, das ich mit Heinz Brandt in Frankfurt führte, habe ich eine begründete Vermutung, wer das Haupt der DDR-Fälscher ist: Hermann Axen, im SED-Politbüro verantwortlich für Agitation, Ideologie und Propaganda (Michael Siegert in der »Tageszeitung«). Sprecher der Bundesregierung wird Peter Boenisch, Chefredakteur der jahrelang stacheldrahtumrandeten »Bild«-Zeitung und auch bei der »Welt« Wächter über die Gänsefüßchen vor und hinter der »DDR«.

Merkt keiner was?

Ja, ich weiß: die Motive sind doch so ganz andere. Strauß und Springer wollen den Zweiten Weltkrieg gewinnen, die grünen Friedensfreunde aber sind solidarisch mit den Unterdrückten. Sie wollen Frieden, Menschenrechte, Freiheit, demokratischen Sozialismus dort drüben, blockübergreifend, von unten, basisch.

Vergessen wir mal die schlichten Agenten und auch die Opportunisten, die in der Friedensbewegung nichts als die Chance sehen, ein gigantisches Osteuropa-Komitee aufzuziehen. Reden wir von den ehrlichen Friedenskämpfern und ihrem Blick auf die östliche Welt. Vor ihnen steht ein Warschauer Pakt, gerüstet bis an die Zähne, sie sehen preußisch-zackige Aufmärsche vor Generälen, die geschmückt sind wie die Pfingstochsen, sie hören von Schießübungen im Kindergarten und von verhafteten Pazifisten. Warum sollten die Friedensfreunde (West) nicht mit denen (Ost) eine große gemeinsame Bewegung bilden? Was soll falsch daran sein, daß Petra Kelly im Osten Berlins ein Spruchband entfaltet, dessen Text der Bibel entstammt und zugleich eine sowjetische Losung ist: Schwerter zu Pflugscharen?

Die »taz«, Tageszeitung für Söhne und Töchter, hat einen Artikel aus »Tygodnik Mazowsze«, einem Organ des Solidarnosz-Untergrunds, nachgedruckt, in dem die Friedensbewegungen des Westens kritisiert und die USA aufgefordert werden, ihre Rüstungsanstrengungen zu vermehren. Das gibt gewiß nicht die Meinung der Friedensgruppen etwa in der DDR wieder, es macht aber auf einen grundsätzlichen Unterschied aufmerksam: Der Kampf der osteuropäischen Opposition, auch der pazifistischen, ist ein innergesellschaftlicher. Er richtet sich gegen bestimmte (militaristische) Erscheinungen in der gesellschaftlichen Ordnung dieser Staaten oder gegen diese Ordnung insgesamt. Was der Ausgangspunkt der westlichen Friedensbewegung war: nukleare Rüstung und Atomkriegsplanung, spielt dort so gut wie keine Rolle - in dieser Frage sind den Regierungen Osteuropas keine dort glaubwürdigen Vorwürfe zu machen.

Nun kann man ja der Meinung sein, daß der Kommunismus »das Böse« schlechthin ist und »auf den Schrotthaufen der Geschichte« gehört, wie Ronald Reagan es verlangt; oder, daß die staatliche und gesellschaftliche Ordnung, die dort drüben waltet, demokratisch-sozialistischer Aufmischung bedürfe; oder auch nur, daß jene roten Erziehungsdiktaturen nicht das Endziel kommunistischer Geschichte darstellen können. Für jede dieser Meinungen mag es im Westen Unterstützung geben, und es muß jedem der so, so oder so Denkenden unbenommen bleiben, für seine Ansicht zu kämpfen: in Osteuropa-Komitees, bei Solidarität mit Solidarnosz, auf Menschenrechts-Konferenzen, bei den Grünen, in der SPD.

Die Friedensbewegung dürfte dafür keine Basis bieten. Ihr verabredetes Ziel ist *nicht* die Änderung der gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik oder sonstwo, _sondern die Verhinderung eines Atomkriegs. (Stillschweigendes Minderheitenvotum ohne Anspruch auf Konsens: damit es morgen noch eine Gesellschaft zu verändern gibt.) Es wäre auch ein anderes Ziel denkbar: Die kommunistischen Staaten von innen so auszuhebeln, daß Reagan seine Pershings und Cruise missiles gar nicht mehr braucht. Aber darauf haben sich weder die 300.000 auf den Rheinwiesen noch die vier Millionen von Krefeld geeinigt.

Auch wenn die gesamte bundesdeutsche Friedensbewegung alle ihre Kräfte auf den Kampf gegen die »Nach«-rüstung konzentriert, ist ein Erfolg fraglich. Wenn einzelne oder Gruppen ihrer Repräsentanten das Bündnis auseinandertreiben, ist der Mißerfolg gewiß. Werden die Pershings in der Bundesrepublik stationiert, dann werden Petra Kelly und Gert Bastian bestimmt keine Gelegenheit mehr erhalten, irgendwo hinter der Mauer etwas zu entrollen. Und Peter Boenisch kann seine »Bild«-Schlagzeilen aus dem einundsechziger Jahr in die Reden seines Kanzlers weben.

Vor einem Jahrzehnt hat eine sozialliberale Bonner Regierung den Kalten Krieg beendet und die DDR anerkannt - gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU und ihrer Auftraggeber. Jetzt regiert wieder der Bürgerblock, die »Wende in der Ost- und Deutschlandpolitik« ist angesagt. Wenn die Klientel schon auf den Aufschwung der Wirtschaft wird verzichten

müssen, soll ihr doch ein Aufschwung der nationalen Seele beschert werden. Die Unverfrorenheit, mit der nicht nur Springers Zehm, sondern auch Bertelsmanns und Leni Riefenstahls Nannen das hausgemachte Führerbild der DDR unterlogen, und die kriminelle Energie, mit der ein bayerischer Ministerpräsident einen Infarkt zur kommunistischen Mordtat machte, geben einen Vorgeschmack. Einen noch bittereren die Dummheit oder die Gier nach Antikommunistischem, die ihnen einige Alternative auf den Leim gehen ließen.

Die Schlagzeilen und Nachrichten der letzten Wochen müßten auch dem schärfsten grünen Kritiker des Kommunismus gezeigt haben, wer die Musik bezahlt und deshalb bestimmt, welches Stück gespielt wird. Das Kräfteverhältnis ist wie dreitausend Mann Fischerchöre gegen sieben Stimmen linksradikales Blasorchester. Wie ehrlich die Absichten westlicher Sozialisten und Pazifisten zur Verschönerung Osteuropas auch immer sein mögen, sie werden eingereiht in die Waffenarsenale des Kalten Krieges - wie einst, in den Fünfzigern, das Ostbüro der SPD.

Die Autoren des »Tygodnik Mazowsze« haben unrecht. Der Druck der »militärischen Interventions- und Einkreisungspolitik... der imperialistischen Länder« sei die »Wurzel für die Unterwerfung der Sowjetgesellschaft unter eine bürokratische Staatsmaschine«. Die Erkenntnis stammt ('s ist lange her) von Rudolf Bahro. Je weniger Druck, heißt das, desto größere Chancen für eine bessere kommunistische Zukunft.

Man kann natürlich auch in Muttis Schmuckkästchen nach Springers alten Anstecknadeln »Macht das Tor auf« suchen.

Konkret 06/83, S. 10

Nachrichten

Lieber Sternleser*

In den vergangenen Wochen war die Situation im »Stern« nicht immer einfach. Viele Millionen mußten aufgewandt werden, um den schweren Schaden der letzten Wochen wiedergutzumachen. Wir werden es schaffen, aber wir brauchen Ihre Hilfe.

Doch der Reihe nach: 9,34 Millionen Mark bekam unser ehemaliger Super-Reporter Heidemann für seine Informanten, plus 1, 5 Millionen persönliche Prämie für seine schweren Sucharbeiten. Als dann herauskam, daß unser Scoop gefälscht war, mußten wir einen Teil unserer bereits gedruckten Auflage wieder einstampfen. Bei den heutigen Papierpreisen auch ein ganz schöner Haufen Geld. Die wegen der Pleite »zurückgetretenen« Chefredakteure schließlich ließen sich ihren Abschied mit zusammen 3,4 Millionen Mark Abfindung versüßen, und dann laufen ja noch Prozesse, zum Beispiel die Kündigung Heidemanns.

Auch der neue Chefredakteur Scholl-Latour kostet weit über 500.000 Mark. Und dann gleich zwei Mann (Johannes Gross und Scholl-Latour) mehr im Vorstand - zusammen macht das mehr als drei Millionen jährlich. Und vergessen Sie bitte nicht die ganzen Spesen.

Irgendwo muß dies Geld ja herkommen. Schließlich wollen unsere Aktionäre auch bedient sein. Gottseidank hatten wir noch Reserven. Denn in den letzten Jahren haben wir in den unteren Lohngruppen konsequent gespart. So haben wir die Kosten für Sekretärinnen und Hilfspersonal gesenkt, die Honorare für freie Autoren reduziert, indem wir immer weniger Freiberufliche beschäftigen, den Setzern, Metteuren und Fahrern unseres Hauses das Gehalt gekürzt. Da ist schon etwas zusammen gekommen. Man muß halt zur richtigen Zeit an den richtigen Stellen sparen. Und - wie sich das für gute Geschäftsleute gehört - wir hatten eben auch so eine Vorausahnung. Deshalb die Preiserhöhung vor vier Wochen. Jetzt verstehen Sie sicher, warum die so saftig sein mußte. Nur ob es reicht, das kann heute noch niemand sagen. Sicher ist, daß es nur geht, wenn Sie uns die Treue halten. Denn wir müssen neue Reserven anlegen. Spätestens Ende des Jahres werden unser Vorstandsvorsitzender Schulte-Hillen und ich abgehen. Wenn auch das genaue Datum noch nicht feststeht, eines ist sicher: Wir müssen im Ruhestand angemessen leben können. Und auch unsere Nachfolger werden nicht billig sein.

Herzlichst Ihr Henri Nannen

P.S. Eben höre ich von unserem Buchhalter, es sei nicht sicher, ob die 9,34 Millionen für Heidemanns Hintermänner vom Finanzamt als Betriebsausgaben anerkannt werden. Die Herren verlangen Auszahlungs-Quittungen. Und die haben wir nicht. So ist der Staat. Als ob die nicht wüßten, daß es um 5.000 Arbeitsplätze geht.

*Eine (noch) nicht im »Stern« erschienene Kolumne

Wiedersetzer/-innen

23.000 Mark Einsatzkosten will die baden-württembergische Polizei von den 239 Demonstranten zurück haben, die am 12.12.1982 die Zufahrt zu den Patch-Barracks in Stuttgart-Vaihingen blockierten. Die Friedensfreunde wollten mit dieser Aktion gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß demonstrieren. Für das einmalige Wegtragen »unter Anwendung einfacher körperlicher Gewalt durch Polizeibeamte« - so die Begründung der Kostenbescheide - sollen die Demonstranten 83,40 Mark bezahlen. Wer sich wi(e)dersetzte, muß das Doppelte berappen.

Bisher haben erst zwei der Blockierer bezahlt, die anderen haben Widerspruch eingelegt. Nach Abschluß der Verfahrer wollen sie eine Verfassungsklage zur Feststellung der Rechtsgültigkeit der im letzten Jahr in Baden-Württemberg in Kraft getretenen »Polizeikostenverordnung« einreichen. Wer die Teilnehmer an gewaltfreien Aktionen unterstützen will, kann an den »Rechtshilfefond 12.12.«, Bank für Gemeinwirtschaft Stuttgart, Konto 1099465700, Geld überweisen. Davon sollen die Gerichts- und Anwaltskosten bezahlt werden.

Tradition

Der Ruf nach Abrüstung kommt inzwischen aus allen Ecken: Anfang Juni treffen sich in Mainz Naturwissenschaftler zu ihrem Kongreß »Verantwortung für den Frieden«. Im Teilnahme-Aufruf heißt es dazu: »Wir Wissenschaftler fühlen uns verpflichtet, über die Gefahren eines künftigen Atomkrieges aufzuklären. Dies ist eine Tradition, die mit den leider vergeblichen Versuchen in den USA begann, den Einsatz der Atombombe in Hiroshima zu verhindern. Bei uns gab es die Erklärung der 18 Atomphysiker im Jahr 1957 (Göttinger Appell), als die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zur Diskussion stand.« An diese Tradition wollen die Wissenschaftler nun wieder anknüpfen, weil - so der Aufruf - »unsere

nationale Existenz auf dem Spiel steht«. Kontaktadresse: Prof. Dr. P. Starlinger, Institut für Genetik, Weyertal 121, Köln 41

Profiteure

1982 war ein tolles Jahr. Vor allem für die deutschen Banken und ihre Chefs. Im Jahr der höchsten Arbeitslosigkeit, der Pleiten und Konkurse verdienten jedes der 12 Vorstandsmitglieder der »Deutschen Bank« zum erstenmal die Rekordsumme von 1.036.010 Mark. In diesem »Krisenjahr« hatten die Geldinstitute die höchsten Gewinnzuwachsraten seit 1945. Und deshalb wurden auch die Vorstandsmitglieder anderer Banken gut bedient. Die »Dresdner Bank« zahlte ihren Managern fast 24 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 645.058 Mark verdienten sie für ihre leitenden Tätigkeiten. Mit 556.759 Mark (plus 22,3 Prozent) folgten die Kollegen von der »Bayerischen Hypo-Bank« und mit 321.875 Mark (plus 21,5 Prozent) gingen die Banker der »Deutschen Hypotheken Bank«.nach Hause. Nur die Vorstandsmitglieder der »Bayerischen Vereinsbank« mußten sich mit einer arbeitnehmerähnlichen Lohnerhöhung von 3,1 Prozent zufriedengeben, was bei einem Jahresgehalt von 546.946 Mark bestimmt nicht schwerfiel.

Babysitting

Dänemarks drittgrößte Gewerkschaft, der »Handels-og-Kontofunktionaerernes Forbund« (HK), startet einen bemerkenswerten Versuch: in der Stadt Aalborg in Nordjütland werden den aktiven Mitgliedern in Zukunft die Babysitter bezahlt. Der Grund: Von den rund dreihunderttausend Mitgliedern der Gewerkschaft für den Handel und die Büroberufe sind mehr als zwei Drittel Frauen, fast die Hälfte davon teilzeitbeschäftigt. Niedriges Einkommen der Mitglieder, Unterrepräsentanz von Frauen in allen gewerkschaftlichen Gremien und scheinbar großes Desinteresse der Frauen an der Gewerkschaftsarbeit sind die Folge.

Um den Teufelskreis zu durchbrechen, bezahlt HK jetzt wenigstens in Aalborg die Babysitter für Kinder bis zu zwölf Jahren. Bei Abendveranstaltungen gibt es 75 Kronen (22 Mark), für ein Wochenende 200 Kronen (60 Mark).

Gesund durch Krankheit

Überall wird gespart, nur nicht bei Medikamenten. Was Patienten beunruhigen sollte, kann die Eigentümer der Pharma-Industrie in Sicherheit wiegen: Bis Ende dieses Jahrhunderts werden die Ausgaben für die Gesundheit jährlich um sechs Prozent steigen. Zu diesem Ergebnis kommt eine interne Studie der Pharma-Industrie. Der Geschäftserfolg ist vor allem garantiert, weil der Anteil der alten Menschen, vor allem in den Industrieländern, doppelt so schnell wachsen wird wie die restliche Bevölkerung. 1995 werden 13 Prozent über 65 Jahre alt sein, und der Medikamentenverbrauch dieser Altersgruppe ist besonders hoch.

Eine Marktexpansion erwartet die Pharma-Industrie auch beim Absatz von Antibiotika. Deren Anteil soll von jetzt 11 Prozent auf 15 Prozent im Jahr 2000 gesteigert werden, obwohl nach Aussage von Medizinern bereits heute die meisten Antibiotika bei Virusinfektionen wie Grippe verordnet werden, Infektionen, bei denen der Erfolg dieser Mittel äußerst fragwürdig ist.

Die größte Steigerung wird bei Mitteln für die Krebstherapie erwartet. Nur zwei Prozent aller verkauften Medikamente sind heute gegen diese grausame Krankheit, im Jahr 2000 sollen es bereits zehn Prozent sein. Geschäfte sind auch mit der Medizintechnik zu machen. Bereits im nächsten Jahr wird es künstliches Blut geben, werden es Diagnostik-Systeme sein, die man zu Hause ohne Arzt anwenden kann. Diabetiker können sich dann Pumpen einsetzen lassen, die nach Bedarf Insulin freigeben. Und Ende der 80er Jahre werden neue Durchleuchtungsmethoden die Röntgenstrahlen ersetzen.

Freudig beobachten die Pillenproduzenten auch den Trend zur sogenannten Selbst-Medikation. Immer mehr Menschen versuchen, sich mit frei verkäuflichen Medikamenten selbst zu helfen. Da für rezeptfreie Mittel wie für Waschmittel oder Kaffee geworben werden darf, werden auch die Werbeetats für Medikamente in ähnliche Höhen schnellen.

In der geheimen Studie fehlen Ratschläge für Umsatzsteigerung nicht: So warnt sie die Hersteller vor einem »kritischer werdenden Konsumenten, der vor allem das Preis-Qualitäts-Verhältnis in Zukunft genauer untersuchen wird. Es wird nicht mehr so einfach sein wie bisher, ihm alles einzureden. Er wird genau wissen wollen, was das einzelne Präparat leistet, wie und wann es ihm helfen kann und warum es diesen Preis hat.« Nach welchen Kriterien werden also bisher Medikamente produziert?

Die Pharma-Industrie hat es von jeher verstanden, neue Methoden zu entwickeln, um den Absatz ihrer Produkte zu fördern. Die Zukunft der Pharma-Werbung soll daher auch bei spezialisierten Außendienstgruppen liegen, bei geschulten Fachleuten, die Behörden, Journalisten und Interessenvertretern die Produkte erläutern und die Vorteile anpreisen. Mit »doppelten Außendiensten«, die unter verschiedenen Namen die Produkte derselben Firma vertreten, sollen Ärzte zum Verschreiben bestimmter Medikamente gebracht werden.

Auch bereits erprobte Methoden werden in der Studie angepriesen. So sollen neu auf den Markt kommende, verschreibungspflichtige Medikamente mit großem Aufwand öffentlich angekündigt werden, bevor sie den Ärzten vorgestellt werden. Die Patienten sollen dadurch beeinflußt werden, beim Arzt ausdrücklich dieses Medikament zu verlangen.

Bisher ist die Pharma-Industrie mit ihren Verkaufsmethoden immer gut gefahren: Schon in den vergangenen Jahrzehnten übertrafen ihre Gewinnraten stets die der Ölkonzerne.

Konkret 06/83, S. 12

Erich Kuby

Hitlers Sieg über den »Stern«

Bei wem von der Polizei 20 Gramm Haschisch gefunden werden, Drogen-Gift, der wird verhaftet und verurteilt. Der Handel mit Hitler-Gift und dessen Verbreitung ist nicht einmal ein Kavaliersdelikt. Leute, die über Millionen disponieren wie unsereiner über 100 Mark, bleiben auf ihren Posten, kein Haar wird ihnen seitens der Ordnungshüter und Richter gekrümmt, sie sind elitäre Exponenten einer Gesellschaft, eines Volkes, die mit Hitler nicht fertig geworden sind, weil sie gar keinen Anlaß gesehen haben, mit ihm fertig werden zu müssen.

Was dem »Stern« passiert ist, konnte ihm nur zustoßen, weil er ein in der Bundesrepublik integriertes Massenmedium ist, und wer dieser Aussage entgegenhält, daß Massenmedien in Frankreich, England und Italien sich auch eine goldene Nase mit Adolf Hitler verdienen wollten, der stellt nicht in Rechnung, daß diese Organe weit unbefangener mit jenem deutschen Regierungschef umgehen können, der im Herzen der Deutschen verankert war wie kein anderer vor ihm und nach ihm, Bismarck und Kohl inklusive. Diese Unbefangenheit ausländischer Blattmacher ist den »Stern«Leuten bis hin zur Konzernspitze nicht erlaubt gewesen, gesetzt den Fall, es hätte sich überhaupt um Unbefangenheit und NS-Naivität gehandelt.

Davon kann keine Rede sein. Wenn ich, der ich 15 Jahre lang im und für den »Stern« gearbeitet habe (bis 1980), ein nicht ganz unbeachtetes Redaktionsleben geführt und mit Henri Nannen ein Camillo-und-Peppone-Verhältnis unterhalten habe (es spricht für ihn, daß das möglich war) - wenn ich, will ich sagen, zu ihm oder zu einem Vorstandsmitglied gekommen wäre mit dem Ansinnen: Geben Sie mir auf Verdacht und ohne Quittung 300.000 Mark, nur 300.000 Mark, ich bin dem Privatleben des Herrn Innenministers Zimmermann auf der Spur und werde Ihnen da ganz tolle Fakten liefern, dann hätten diese Herren sich an ihre Stirnen getippt, hinter denen nichts verborgen ist als politisches Stroh und politischer NS-Müll, und zu mir gesagt: Sie spinnen wohl, Sie bekommen dafür nicht einen Pfennig.

Das haben sie zu meinem ehemaligen Kollegen Heidemann nicht gesagt, mit dem ich auf Recherchenreise in Afrika vor Jahr und Tag gewesen bin, der für mich in Sachen Strauß und seiner FIBAG-Affäre Kundschafterdienste geleistet hat (woraus eine »Stern«-Serie und ein Buch wurden, die in jedem anderen Lande diesen Politiker vom Sockel gestürzt hätten, dem in unserem nicht einmal die »Spiegel«-Affäre den endgültigen Garaus machen konnte!). Und dieser Heidemann hat sich zuletzt in Begleitung des SS-Generals a.D. Wolff, von Hitler und seinem unmittelbaren Dienstherrn Himmler »Wölfchen« genannt, in höheren SS-Kreisen getummelt, um Fakten aufzutreiben, die in einer Arbeit, die mich drei Jahre beschäftigt hat, Verwendung finden sollten und in minimaler Weise auch Verwendung gefunden haben.

Damit bin ich im roten Bereich, oder besser gesagt im braunen, der »Stern«-Affäre, seiner arglistigen und verderblichen Kumpanei mit unserem verblichenen Führer. Im Zuge dieser Sondierungen geriet Heidemann an einen gewissen Herrn Spögler, einen ehemaligen SS-Mann, der von September 1943 bis April 1945 Betreuer und Bewacher der Freundin Mussolinis, Claretta Petacci, gewesen war und heute ein reicher Hotelier in Südtirol ist. Dieser Spögler bot Heidemann Briefe an, die angeblich während des Krieges zwischen Mussolini und Churchill hin und hergegangen sein sollten und legte davon ein paar Fotokopien vor, die ich von einem Experten prüfen ließ, der einmal Sekretär Churchills gewesen war. Ergebnis: alles Fälschungen. Es hat aber dieser Spögler behauptet, die Originale befänden sich in der DDR, und zwar in Potsdam, in Händen eines ganz hohen Funktionärs des SED-Regimes, und das mache die ganze Sache ungeheuer heikel, denn dieser Mann (ein General?) habe nach 1945 seine SS-Vergangenheit verschwiegen. Das heißt, er erfand jene Legende, die von der Familie Heidemann jetzt neu aufgewärmt wurde.

Hier sprudelt die Quelle dieses tückischen Unsinns, den Heidemann über eine Verbindung zwischen DDR und falschen Hitler-Tagebüchern der Öffentlichkeit aufgetischt hat. Und noch in einer Fernseh-Diskussion in Frankfurt (am 9. Mai, als die Fälschung bereits bewiesen war), an der seriöse Historiker und Nannen teilgenommen haben, mutete dieser der Runde zu, zu glauben, die Tagebücher seien sozusagen scheibchenweise in Klavieren versteckt gewesen, die von einer mit Instrumentenbau beschäftigten Firma aus der DDR in die Bundesrepublik exportiert worden seien. Es kam ihm dabei insgesamt wenig auf die Vermittlung von Wahrheit an, und Nannen verstieg sich zu der Behauptung, von der ganzen Sache habe er erst seit einem halben Jahr gewußt.

Geht man der Geschichte von gefälschten Hitler-Devotionalien während der vergangenen Jahrzehnte nach, so findet man immer wieder, daß die Fälscher und ihre Partner hurtig Spuren in die DDR legten, denn damit brachten sie erstens den anderen deutschen Staat ins Zwielicht und es waren, zweitens, nachkontrollierende Recherchen dort schwer durchzuführen.

Auch Heidemann bediente sich dieses Tricks, indem er eine Verbindung des im April 1945 bei Dresden abgestürzten Flugzeuges mit den Tagebüchern herstellte, und der »Stern« hat diese Version sogar in Farbaufnahmen von den Gräbern

der damals verunglückten Insassen der Maschine breitgetreten, obwohl schon bekannt war, daß ein Zusammenhang nicht bestand.

Was nun die Schlüsselfigur Heidemann betrifft, so habe ich in den Jahren, in denen er gelegentlich für Arbeiten von mir recherchierte, angenommen, er sei politisch eine Plus-minus-null-Type. Seine »Vernehmungsmethode« - das Tonband lief bei ihm immer - besteht nämlich darin, daß er den Partner, den er ausnehmen will, einfach reden läßt. Er fällt ihm nie ins Wort und scheint selbst ein meinungsloses Geschöpf zu sein, ein Recorder im blauen Anzug. Das ist gewiß ein Vorteil für diese Art journalistischer Arbeit, zugleich aber auch ungemein nachteilig für sie, weil in 50 Liter Soße, die er als Tonbandaufnahmen mitbrachte, sich bestenfalls zehn Gramm verwertbare Fakten befanden.

Aus diesem Grunde erschien er mir, ich wiederhole, als ein politisch neutraler Typ, und noch jetzt bin ich der Überzeugung, er sei ursprünglich kein in der Wolle gefärbter Neo-Nazi gewesen. Das hat sich offensichtlich dank des ständigen Umgangs nicht mit Neo-, sondern mit ausgepichten Alt-Nazis fundamental geändert, und erst dadurch wurde er für die »Stern«-Oberen zu der Vertrauensperson, der man ein paar Millionen bedenkenlos aushändigen konnte zu dem guten Zweck, unseres Führers habhaft zu werden in seinem besseren Selbst. (Derzeit fehlen noch rund fünf Millionen, von denen niemand zu wissen scheint, wo sie geblieben sind.)

Vielleicht kennen nicht alle KONKRET-Leser den Brief, den Heidemann im August 1981, voll in Hitler-»Stern«-Diensten, an den Massenmörder Barbie/Altmann geschrieben hat, worin er sich dafür entschuldigt, daß im »Stern« über den Mordgesellen, der jetzt in Frankreich seiner späten Verurteilung entgegengeht, ein negativer Artikel erschienen sei. Heidemann wanzt sich bei Barbie/Altmann an und teilt ihm mit, er besitze die »Blutfahne« (mit der Hitler die Standarten der SA und SS »weihte«), und »zumindest diese Reliquie der nationalsozialistischen Bewegung (müsse) an einem sicheren Ort von zuverlässigen Männern aufbewahrt werden« - von so zuverlässigen wie es in Heidemanns Augen Barbie/Altmann ist - und außerhalb der BRD, wo »oft Hausdurchsuchungen« nach solchen Heiligtümern unternommen würden.

Nein, dieser Blutfahnen-Heidemann ist politisch keine neutrale Figur mehr, er hat das NS-Verbrecherregime, seine Chargen und seinen Führer verinnerlicht und pflegt mit ihnen einen quasi familiären Umgang. Er hat niemals eine politische Analyse angestellt, was der Nationalsozialismus eigentlich gewesen ist, und so löste sich in seinem Kopf ein Verbrecherregime in Einzelpersonen auf, mit denen er fähig ist, *frère et cochon* Umgang zu pflegen.

Ich unterstelle allen denjenigen, die im »Stern« und in seinem Verlag mit der Tagebuch-Affäre befaßt gewesen sind und sich dafür engagiert haben wie für nichts anderes, was jemals im »Stern« Niederschlag gefunden hat, nicht, sie seien in der Wolle gefärbte alte oder neue Nazis, unbeschadet dessen, daß der junge Nannen einmal so wenig Haare in der NS-Suppe gefunden hat wie sein hochgelobter Heidemann heute. Aber sie haben durch die Art, wie sie den »Fund« behandelt haben, bewiesen, daß sie unfähig sind, die historische Materie kritisch einzuschätzen, mit der sie es á propos der »Tagebücher« zu tun hatten, ob es nun echte oder falsche gewesen wären. Ein dem Altverleger John Jahr nachgesagter Satz: »Wenn sie echt sind, ist es fabelhaft, wenn sie falsch sind, wechseln wir die Chefredakteure aus«, signalisiert aufs genaueste die diesen Kreis beherrschende intellektuelle und moralische Toleranz gegen Auschwitz, um es denn auf diese Formel zu bringen.

Diese Toleranz ist nicht zu tolerieren, sie hat selbst den Ruch des Kriminellen. Nennen wir deshalb die wichtigsten aus der Galerie der Verantwortlichen für den Skandal noch einmal bei Namen, stellen wir sie an den politischen Pranger, von dem sie für jeden Einsichtigen nicht mehr loskommen werden, wie immer sie jetzt auch strampeln und zappeln und von einem »Psycho-Krimi« sprechen (Nannen), während es sich in Wahrheit um einen Polit-Krimi handelt, um ein unbegreifliches Unbegreifen eines verbrecherischen Regimes und seines obersten Repräsentanten. Diese Namen lauten: Mehrheitseigner Mohn, Vorstandsvorsitzender Fischer (inzwischen aus anderen Gründen ausgeschieden), dessen Nachfolger Schulte-Hillen, Herausgeber (und seinerzeit noch Chefredakteur) Henri Nannen, Chefredakteure Koch und Schmidt, Reporter Heidemann und Ressortleiter Walde. Nannen über Schmidt vor Jahren, als dieser gerade zum »Stern« gekommen war: »Ich glaubte einen Adler einzukaufen, aber es war ein Suppenhuhn.« Ja, es sind die Suppenhühner, die mit schiefem Kopf nach nichts ausblicken als nach der nächsten Million, die sie aufpicken wollen, die in so gefährlichen Zeiten die eigentliche Gefahr darstellen.

War da also nichts anderes beabsichtigt, als aus Geschäftsinteresse der deutschen Öffentlichkeit einen hübsch verpackten, aufgehübschten Hitler unter die ohnehin nie gesäuberte deutsche Weste zu jubeln? Ich glaube das nicht. Es liegt eine viel tiefere, ernstere Verstrickung vor, nichts weniger nämlich als eine versteckte Faszination für das schlechthin Böse, in Hitler verkörpert. Sie ist ganz gewiß kein Privileg der »Stern«-Leute, sondern in sehr vielen Deutschen lebendig, woraus sich erklärt, daß überhaupt eine so hochgezogene Spekulation mit diesen Machwerken angestellt werden konnte.

Über die politische Schmierseife, mit der die Bohlen glatt gemacht worden sind, auf der Hitler seine Triumphfahrt in den »Stern« angetreten hat, gab bisher niemand bessere Auskunft als der ehemalige Chef von Gruner + Jahr, Dr. Manfred Fischer, in einem Gespräch auf Mallorca (»in seinem splendiden Refugium«) mit Reportern der »Bild«-Zeitung, die ihren 10:0 Sieg über das ihr verhaßte liberale Blatt bemerkenswert geschickt von Ausgabe zu Ausgabe genießt. Fischer: »Es ist das geradezu sinnliche Erlebnis, so ein Ding (nämlich ein Tagebuch Hitlers) in der Hand zu haben... Es war doch wie eine

Gruppenpsychose... eine Sache, die man anfassen kann, an der man überhaupt oder gar nicht mehr zweifeln konnte.. durfte.«

Natürlich haben auch Geschäftsinteresse und Profitsucht zu dieser Psychose beigetragen. Die Herren auf der Verlagsseite sahen die Auflage des »Stern« wie einen Luftballon in den Himmel steigen, und die Herren Walde und Heidemann waren ganz unmittelbar mit entsprechenden Verträgen an dem zu erwartenden Gewinn in Millionenhöhe beteiligt. Den mediokeren Chefredakteuren, die seit zwei Jahren keine ansehnliche Story in ihr Blatt gebracht hatten, denen der »Verfassungsschützer« Langemann, die Skandale der «Neuen Heimat« und der Zinsgroschen aus dem Hause Flick durch ihre läppischen Lappen gegangen waren, wollten nun endlich den ganz großen Erfolg einfahren. So weit, so branchenüblich, und »Scheckbuch-Journalismus« muß nicht unter allen Umständen ein Vergehen gegen die Standes-Ethik sein. (Ich würde gern viel Geld dafür ausgeben, so ich es hätte, wenn mir jemand darlegen könnte, wie F.J. Strauß seine Schwabinger Wohnblöcke in den fünfziger Jahren finanziert hat.)

Hier aber handelt es sich um Hitler, und in der Art, wie der »Stern« ihn präsentierte, um Hitler-Verklärung. So sei es durchaus nicht, hat Nannen in jener Fernsehsendung gesagt: »Wenn Sie den ganzen Text der 60 Bände kennen würden, wüßten Sie, daß alte und neue Nationalsozialisten keinerlei Freude darüber empfinden könnten.« Das mag wahr sein oder nicht (wahr ist, daß Nannen, der noch nie ein Buch zu Ende gelesen, selbstverständlich nur ein paar Seiten des Machwerkes wirklich gelesen hat), wenn es aber wahr ist, warum hat der »Stern« dann die Veröffentlichung mit herausgefischten Stellen begonnen, die nichts anderes bewirkt haben, und ganz offensichtlich nichts anderes bewirken sollten als eine Rechtfertigung des Führers, der zwar von der Friedens-Aktion des Herrn Heß gewußt, aber das erste Pogrom bedauert habe.

Wie ungeheuerlich war der Ausspruch Kochs, die NS-Geschichte müßte umgeschrieben (und das konnte nur heißen: aufgehellt!) werden! Diese Kumpanei scheint noch jetzt zu meinen, der Skandal bestünde darin, daß die angeblichen Tagebücher Fälschungen sind. Das ist der Grundirrtum, der in ihr politisches Bewußtsein hineinleuchtet. Wären die 60 Hefte echt gewesen, so hätte das Blatt 18 Monate lang (!) ungestraft diese Giftbrühe über die Bundesrepublik versprühen können - jedenfalls war das der Terminplan der Chefredaktion (allein dieser Plan zeugt von einem journalistischen Dilettantismus dessen sich ein Provinzredakteur in Oberkotzau schämen müßte! Als wäre nicht nach spätestens fünf Nummern die Luft aus der Sache herausgewesen! Aber man war so von Hitler fasziniert, daß nicht einmal mehr die primitivsten handwerklichen Prinzipien des Journalismus in Geltung geblieben waren).

Freilich bin ich mir nicht so ganz sicher, ob es sich dabei nur um eine nach rückwärts gewendete, gleichsam nostalgische Faszination durch das NS-Regime handelt, oder ob nicht vielleicht eine seltsame, im Hinblick auf die generell liberale Haltung des »Stem« nur als Schizophrenie zu bezeichnende Hinneigung zu rechtsradikalen Strömungen im Hier und Heute zu registrieren ist. Meine Zweifel haben folgende Ursache: In der rechtsradikalen Szene Hessens gibt es eine führende Person Namens Arndt-Heinz Marx. Im Sommer 1982 wurden dessen Telefongespräche sowohl von der Polizei wie vom Verfassungsschutz abgehört, und es befand sich unter den Protokollen ein Gespräch des Frankfurter »Stern«-Vertreters Rudolf Müller mit Marx, aus dem hervorging, daß der »Stern« mit regelmäßigen Zahlungen an Marx und andere diesen Topf am Kochen gehalten hat. In der Szene hat es einige V-Leute gegeben (und es gibt sie noch), die man hätte hochgehen lassen müssen, wenn man von diesem »Stern«-Wissen verfassungsschützerischen Gebrauch gemacht und durchgegriffen hätte. Das wollte man nicht, weshalb sich das hessische Landesamt für Verfassungsschutz mit dem Hamburger in Verbindung setzte und das letztere mit dem »Stern«. So wurde die Sache unter den Tisch gewischt, die schon vor einem Jahr, wäre sie publik geworden, dem Blatt enorme politische Schwierigkeiten bereitet hätte. Die Redaktion in ihrer Gesamtheit weiß von derartigen Machenschaften sicherlich nichts.

Ich sprach von Schizophrenie und hebe damit auf einen Sachverhalt ab, den Nannen mir gegenüber beschrieben hat im Bemühen, »seine« Redaktion in Schutz zu nehmen, die nicht mehr die seine sein will: »Die Redaktion hat ja von dem allen nichts gewußt.« Genau hier liegt der Hund begraben. Ich sagte zu Nannen: »Sie können gar nicht mehr von einer Redaktion sprechen, denn was so genannt werden dürfte, ist ein Team von zusammenarbeitenden Kollegen, von dem Rudolf Augstein in seinem bemerkenswerten Kommentar zu der Affäre (»Spiegel« 20/83) geschrieben hat: »Die Redaktion ist autonom, wie jeder Redakteur mir gegenüber autonom ist. Anders kann man ein ordentliches Blatt nicht führen.«

Nannen, dessen Verdienste um die Entwicklung des »Stern« von einem Revolverblatt zu dem politisch zwar nicht gerade profilierten, aber doch immerhin definierbaren »Stern« der siebziger Jahre nicht bestritten werden sollen, hat gegen dieses Prinzip einer fairen inneren Führung verstoßen. Er ist es, der die Redaktion ruiniert und die politisch denkfähigen Redaktionsmitglieder hinausgeekelt hat. Er hat zu vertreten, daß die Tagebuch-Affäre an »seiner« Redaktion vorbei ausbaldowert worden ist, womit er zu erkennen gegeben hat, daß er Woche für Woche ein Millionenobjekt mit Leuten herstellte, denen er tief mißtraute; mißtraute hinsichtlich der Geschäftsinteressen, die hier auf dem Spiel gestanden haben, wie auch, und das ist das entscheidende, deshalb, weil er sie nicht für unkritische Hitlerausbeuter halten konnte.

Seine Demontage der Redaktion hat mit dem Hinauswurf von Manfred Bissinger im Jahre 1978 begonnen. Ich sage das, obwohl ich diesen Beitrag für KONKRET schreibe, dessen Chefredakteur dieser Bissinger ist, und ich fühle mich durch

diese Konstellation nicht im geringsten dem Vorwurf der intellektuellen Korruption ausgesetzt. Zum Verständnis dieser Episode muß daran erinnert werden, daß sich Nannen auf Verlangen des Verlages deshalb von Bissinger trennte, weil dieser sich weigerte, einen Artikel zu dementieren, in dem von der Kapitalflucht großer Unternehmer ins Ausland berichtet wurde und dabei das eigene Unternehmen aufgeführt gewesen war.

In einer spektakulären Vollversammlung der »Stern«-Redaktion, in der sie die Entlassung Bissingers diskutierte, bin ich gegen Nannen aufgestanden und habe gesagt, der »Stern« wäre, wenn es zu der Entlassung Bissingers käme, nicht mehr der, der er bis dahin gewesen ist. Ich machte diese Bemerkung nicht, weil ich Bissinger für unersetzbar gehalten hätte - wer ist das schon? Ach ja, Hitler, in der Tat, der war unersetzbar! -, sondern weil ich der Ansicht war und bin, daß einer Redaktion, die eine solche Maßnahme ihres Chefs schluckt, das Kreuz gebrochen ist. Und so war es. Damals hat jener die politische und journalistische Substanz des »Stern« ausfräsende Prozeß begonnen, der von Jahr zu Jahr von Nannen im Einvernehmen mit den Verlagsherren immer radikaler betrieben worden ist. Nun hat das liberale Blatt sein trauriges Ende ganz im Sinne derer gefunden, die zwar am »Stern« eine Masse Geld verdienen, denen es aber immer unbehaglich wurde, wenn sie ihn lasen. Jetzt ist entschieden, daß der Gaullist und militante Antikommunist Scholl-Latour sich künftig mit dem - Bilderarrangeur Gillhausen die Blattleitung teilen wird, während der wendige Gross zusammen mit Scholl-Latour in den Vorstand einzieht. Mit anderen Worten, der Kompromiß ist oberfaul. Die Redaktion hat ihn hingenommen und das Grundgesetz der BRD, wonach Kapital immer über politische Moral siegt, ist wieder einmal erfüllt. So gehe ich davon aus, daß zwar nicht der »Stern«, der Farbfotos jener Nazisse Leni Riefenstahl von einem Negerstamm und von Korallen prominent publiziert hat, zu Ende ist, wohl aber wird ihm politisch endgültig der Hals abgedreht. Die »Wende«, die ökonomisch nur ein Phantom ist, hier vollzieht sie sich, und der Schaden, der für das liberale Element in unserer Gesellschaft, soweit noch vorhanden und ohnehin im Schwinden begriffen, ist unermeßlich. In der Konzernleitung muß der Jubel groß sein, und ich frage mich, ob sie nach dem kurzfristigen Schock, den die Nachricht von der Fälschung vielleicht auch bei ihr ausgelöst hat, sich nicht sagt, daß sie noch niemals runde 50 Millionen (Honorare, Schmiergelder, Abfindungen etc.) so gut angelegt hat wie jene, die sie unterm Strich das »Heidemann«-Komplott gekostet hat. Dafür haben die Eigner und Manager nun endlich, was sie sich schon immer erträumten: eine zweite »Bunte«, die auch noch die neuen Raketen streicheln wird, mit denen Mr. Reagan die Sowjetunion vernichten will. Das ist fürwahr billig!

Mit dem Ergebnis der Aktion »Hitler im Stern« sind offenbar auch jene zufrieden, die das Wiedererstehen des Dritten Reiches ersehnen und dafür »Aufklärungsarbeit« leisten. Einer ihrer Anführer namens Kühnen ließ sich vernehmen: »Uns kann es egal sein, ob die Tagebücher echt sind oder nicht. Auf jeden Fall wird nun über den Führer diskutiert. Es nützt uns immer, wenn über den Führer diskutiert wird.« Ja, hätten die »Stern«Leute die Diskussion über den Führer mit ernsthaften Fachleuten der Zeitgeschichte gesucht, es wäre ihnen der Skandal erspart geblieben, aber auch die »Wende«. So haben alle Dinge ihre zwei Seiten!

Ein persönlicher Satz sei mir abschließend erlaubt: Es ist mir bitter, diese Analyse anstellen zu müssen, obschon ich der Redaktion nicht mehr angehöre. Aber ich weiß dort Kollegen, die mir Freunde sind, und ich habe dort über Jahre gern meine Arbeit gemacht. Ich empfinde auch keinerlei Schadenfreude darüber, daß Henri Nannens vordem so glänzende journalistische Laufbahn dieses schmähliche Ende gefunden hat, sein ganzes so zielbewußt aufgebautes Prestige zum Teufel ist, und ich sage das, obwohl ich in den letzten Jahren meiner »Stern«-Zugehörigkeit den gewissermaßen von ihm verordneten Verfall der Redaktion erlebt habe. Jetzt muß ich von außen ihre Zerstörung mitansehen. In den sechziger Jahren habe ich ein Buch mit dem Titel veröffentlicht: Siegt Hitler bei Bonn? In Hamburg, Warburgstraße 50, hat er jedenfalls jetzt gesiegt.

Konkret 06/83, S. 22

Warner Poelchau

»Das Klima hat sich geändert«

Wenige Monate nachdem der Neonazi Michael Kühnen aus dem Gefängnis entlassen wurde, schlossen sich mehrere Nazi-Splittergruppen in Rheinland-Pfalz zusammen. Sogar ein »Mädel-Bund« wurde gegründet. Die Polizei sah zu und schützte die Veranstaltung.

Während vor dem »Ratsherren-Stüble« in Bad Bergzabern die Polizeihunde linke Demonstranten ankläfften, bejubelte in der Gaststätte ein Nazi-Führer den Einsatz ihrer Herrchen. Michael Kühnen, 27 Jahre alter Organisationsleiter der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA), geriet während seiner Rede geradezu ins Schwärmen: »Volksgenossen, liebe Kameraden, im Jahr 1978 hat die ANS in Lentförden ihre erste zentrale Kundgebung durchgeführt. Unser Motto war: Gerechtigkeit für Adolf Hitler. Damals ist uns die Veranstaltung von der Polizei zerschlagen worden, heute schützt die Polizei eine unserer Veranstaltungen. Das ist ein deutliches Zeichen für eine Änderung des sozialen politischen Klimas in diesem Land.« Kühnen, nur zufällig kurz nach Kohls Wahl zum Kanzler vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen, präzisierte seine Vorstellung von dem neuen politischen Klima so: »Wir haben keine Angst, und wir ha ben auch keine Angst zu haben.«

Der Verlauf der »Heerschau der national- und sozialrevolutionären Kräfte« (so ein Neonazi-Flugblatt)-am 30. April in der Südpfalz gibt ihm Recht. Obwohl den Behörden schon lange bekannt war, daß die Veranstaltung der ANS/NA stattfinden und unter dem Motto: »l. Mai 1933 - 1. Mai 1983: 50 Jahre Sozialismus der Tat! « eine nationalsozialistische Propaganda-Schau werden sollte, unternahmen Regierung und Landesbehörden nichts gegen die Veranstaltung.

Die Polizei kam erst, als die Wirtin sie rief - die Beamten möchten doch verhindern, daß die Journalisten den Namen der Gaststätte'»Ratsherren Stühle« veröffentlichten. Die beiden Herren von der Kripo machten aber etwas anderes: Sie handelten mit dem Obernazi Michael Kühnen und seinem Stellvertreter Thomas Brehl folgenden Deal aus: Da einige hundert Demonstranten im Anmarsch seien, sollten sich die uniformierten Kundgebungsteilnehmer möglichst nicht vor dem Lokal zeigen. Dafür werde man die Demonstranten in gebührendem Abstand halten und für den ungestörten Ablauf der Veranstaltung sorgen.

Und pünktlich vor Beginn des neonazistischen Spektakels verließ die Polizei die mit Runen und stilisierten Hakenkreuzfahnen geschmückte Kneipe. Die Gründung der ANS/NA-Anti-Gewerkschaft unter Führung eines »deutschen Arbeiters und Nationalsozialisten«, die ersten Mitglieder des »Mädelbundes«, die Petition an den Bundestag, das NSDAP-Verbot aufzuheben, Kühnens Ankündigung, nach der Machtergreifung »entsprechende Lager« für die »Pöbelhorden« einzurichten, und sein Bekenntnis, daß jeder »Versuch, heute militärischen Widerstand zu organisieren, moralisch gerechtfertigt« sei - das alles wollten die Ordnungshüter nicht hören. Sie kamen erst einige Stunden später und standen Spalier, als sich die Neonazis mit erhobenem rechten Arm verabschiedeten.

Seit dem 30. November 1982 ist Michael Kühnen wieder raus aus dem Knast. Vier Jahre und sechs Monate hat er insgesamt abgesessen - wegen nationalsozialistischer und rassistischer Propaganda. Neun Monate hatte er sich im Gefängnis eingehandelt, weil er, seinem Idol Adolf Hitler folgend, hinter Gittern eine Hetzschrift mit dem Titel »Mein Kampf« verfaßt hatte.

Konnte er im Gefängnis nur schreiben, stürzt er sich nun wieder in die organisatorische Arbeit. Nach Kühnens Angaben bestehen bereits in 26 Städten »Stützpunkte«. In der »Inneren Front«, einem internen Mitteilungsblatt der ANS/NA schreibt er dazu im März dieses Jahres: »Das Ergebnis von drei Monaten Aufbauarbeit kann sich sehen lassen. Mit nunmehr knapp 30 Kadermitgliedern, rund 200 Nationalen Aktivisten und vielen Tausend offenen und geheimen Anhängern ist die ANS/NA die stärkste Bewegung in unserem Lager.«

Diese Aufbauarbeit der Nazis geschah vor den Augen der Öffentlichkeit - angeblich ohne Möglichkeit, dagegen vorzugehen.

Doch im Fall Michael Kühnen stimmt das nicht. Von den neun Monaten für »Mein Kampf« wurden ihm drei auf Bewährung erlassen. Obendrein wurde Kühnen der Führungsaufsicht mit der Auflage unterstellt, nicht bei bestimmten Nazis zu wohnen und keine Angehörigen der ANS oder der illegalen NSDAP/AO »zu beschäftigen, auszubilden oder zu beherbergen«. Ein Verstoß kann mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft werden, wenn man nicht - milde formuliert - so blind ist wie die Frankfurter Staatsanwaltschaft, die die zentrale ANS-Forderung nach Aufhebung des NSDAP-Verbots für legal hält. Denn Kühnen hat mit seiner »Aufbauarbeit« schon vielfach gegen das Verbot von NS-Propaganda verstoßen und damit seine Bewährung verwirkt.

Ähnliches gilt für die Auflagen der Führungsaufsicht. Kühnens Tätigkeit als Organisationsleiter der ANS/NA hat sicherlich mit dem »Ausbilden und Beschäftigen« von Neo-Nazis zu tun. In der »Inneren Front« teilt er am 5. März mit, daß er sich einen »persönlichen Adjutanten« zugelegt habe. Es ist Torsten König, ein seit Jahren der Polizei bekanntes Mitglied der

ANS. Über 10 Monate hat König im Gefängnis gesessen, weil er mit von der Partie war, als im Sommer 1981 mehrere ANS'ler ihren »Kameraden« Johannes Bügner als »Schwulen und Verräter« umbrachten (KONKRET-Extra 12/82).

Der Hessische Innenminister Herbert Günther hat in der Zwischenzeit angekündigt, er werde »alle Möglichkeiten zum Verbot der ANS prüfen«. Als ob es da etwas zu prüfen gäbe.

Nach Artikel 139 Grundgesetz hat heute immer noch das »Kontrollratsgesetz Nr. 2« Gültigkeit, das die NSDAP für illegal erklärt. Laut diesem Gesetz ist auch die »Neubildung irgendeiner der angeführten Organisationen, sei es unter dem gleichen oder einem anderen Namen... verboten«. Nach eigenen Angaben versteht sich aber die ANS/NA als »legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung in der Tradition der SA. Sie bekennt sich zum Kern und Sinn des 25-Punkte-Programms vom 24.2.1920«, dem Gründungsprogramm der NSDAP.

Allein Kühnens Äußerungen würden für ein Verbot ausreichen. In Bergzabern malte der Jung-Nazi das Gespenst der antideutschen jüdischen Weltverschwörung an die Wand. Allerdings leicht verklausuliert - Offiziell verbietet er zwar seinen Anhängern »das Sammeln, Lagern oder den Einsatz von Waffen«. Aber das hat er schon seinen Freunden von der ehemaligen ANS vor fünf Jahren gesagt. Dennoch kamen aus deren Reihen fünf neonazistische Terroristen. Und auch in der Führung der »neuen« ANS/NA finden sich entsprechend geschulte »Volksgenossen«: So leitete Kühnens Stellvertreter Thomas Brehl bis vor kurzem eine »Wehrsportgruppe Fulda«. Und der Dritte in der ANS/NAFührung, Heinz-Arndt Marx, war bis zum Verbot der »Wehrsportgruppe Hoffmann« einer ihrer Ausbilder. 1980 ging der Aktivist für mehrere Monate mit Hoffmann und 15 anderen »Wehrsportlern« zum Guerilla-Training in den Libanon, um dort Schießen und Bombenbasteln zu lernen. Dabei waren auch die beiden Rechtsterroristen Ottfried Hepp und Hans Peter Fraas (KONKRET 4/83). Wegen Anschlägen auf amerikanische Einrichtungen wurde Fraas bereits verhaftet, nach Hepp wird noch gesucht. Heinz-Arndt Marx schwärmt noch heute von seiner Guerilla-Ausbildung: »Angesichts der wirtschaftlichen Lage und der vielen Arbeitslosen müssen wir uns schon jetzt auf einen Bürgerkrieg mit den Linken vorbereiten.«

Den immer wachsamen Staat störte das nicht, obwohl sich bereits vor 30 Jahren das Bundesverfassungsgericht zu solchen Sprüchen eindeutig äußerte. Gestützt auf die Erfahrungen mit den Nazis in der Weimarer Republik verbot das oberste Gericht damals die neofaschistische »Sozialistische Reichspartei« (SRP), weil solche Organisationen »mit Gewalt die verfassungsfeindlichen Ziele erst durchsetzen, wenn sie an der politischen Macht sind«.

Die Bundesverfassungsrichter bezogen sich dabei auf einen Brief des damaligen Göttinger Kreisvorsitzenden der SRP, Willi Krämer, in dem dieser die NSDAP als »die große Vorgängerin der SRP« bezeichnet hatte. Heute ist Willi Krämer Ehrenvorsitzender der ANS/NA, die neben der offenen Affinität zur ehemaligen Hitlerpartei noch weitere Gemeinsamkeiten mit der SRP hat. In der ANS/NA wird zum Beispiel nach dem nazistischen »Führerprinzip« verfahren, obwohl dies ein wichtiger Punkt im Verbotsurteil gegen die SRP war.

Dennoch greift niemand ein. Der Zeitgeist ist auch nicht danach. Ob Kohls geistig-moralische Wende in Bonn, ob Hitlers Tagebücher vom »Stern« in Hamburg - immer kann sich Kühnen und seine Truppe bestätigt fühlen. So konnte er in Bergzabern ruhig sagen: »Uns kann es egal sein, ob die Bücher echt sind oder nicht. Auf jeden Fall wird nun über den Führer diskutiert. Und es nutzt uns immer, wenn über den Führer diskutiert wird.«

Konkret 06/83, S. 26

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Der Zögling

Im schönen Schwabenländle herrscht Zucht und Ordnung. Neben vielen anderen sorgt dafür der Kulturminister und Fußballpräsident des VfB Stuttgart

Lauert ein uniformierter Wegelagerer mit Ruß im Gesicht und Gewehr im Anschlag hinter einer Hauswand – wer ist's?

Läßt sich ein Minister anno 83 in unserer Republik zum 50. Geburtstag von Schülern im Deutsch-, Rechen- und Gemeinschaftskundeunterricht Papierblumen falten und Baumkuchen backen – wer ist's?

Es ist der baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder, 50, ein unverfälschtes Produkt aus der Polit-Zucht des erfolgreichen Marinerichters Hans Karl Filbinger. Ihm diente er vierzehn Jahre lang als persönlicher Referent, als Leiter seiner Grundsatzabteilung und schließlich als Staatssekretär und engster politischer Berater.

Immer verteidigte er seinen Herrn, auch 1974, als der CDU-Abgeordnete Fritz Hopmeier die Gnadenrechtspraxis des juristisch so erfahrenen Ministerpräsidenten zu kritisieren wagte.

Da beschwerte sich Mayer-Vorfelder in einem Brief an den damaligen Fraktions-Vorsitzenden Lothar Späth, diese Kritik »ausgerechnet aus der CDU-Fraktion« habe » Belange von grundlegender staatspolitischer Bedeutung« berührt. Filbinger sei nun mal – so erfand Mayer-Vorfelder eine neue baden-württembergische – »nicht der Chef der Executive, sondern auch Staatsoberhaupt des Landes Baden-Württemberg«. In der Figur des Staatsoberhauptes – das in keinem Verfassungsartikel auftaucht – »wirkt in den deutschen Republiken seit 1918 etwas von der Monarchie fort, und zwar sehr zum Vorteil des demokratischen Staatswesen«. Da aber das Privileg der Monarchie das Gnadenrecht ist, wäre ein »Verlust dieser verfassungsmäßigen Kompetenz«, schrieb Vorfelder ahnungslos, ein »entscheidender Schritt in Richtung auf den Abbau des Staatsoberhauptes und den Verlust des damit verbundenen Ansehens des Ministerpräsidenten«.

Vier Jahre später wurde Filbinger tatsächlich abgebaut, auch weil er längst zuvor vom Gnadenrecht für den Matrosen Gröger keinen Gebrauch gemacht hatte. Doch Mayer-Vorfelder blieb als peinlichster Erinnerungsposten des furchtbaren Juristen im Stuttgarter Kabinett sitzen. 1980 avancierte der Staatssekretär – er hatte sich zuvor energisch für die Kanzler Kandidatur von Strauß eingesetzt – sogar zum Minister für Kultur und Sport. Seine Qualifikation: Seit 1974 ist er Präsident eines Vereins für Bewegungsspiele Stuttgart von 1893 e.V., des VFB Stuttgart.

Wie ein Groß-Tyrann schurigelt er das 100.000-Mann Heer der seinem Oberbefehl unterstellten baden-württembergischen Lehrer. Der Reserve-Oberleutnant, der sich bei seinen Fallschirmjäger-Übungen gern auch mal ein Bein bricht, will an Baden-Württembergs Schulen militärische Zucht und Ordnung einführen. In einer »nur für den Dienstgebrauch« bestimmten Geheimstudie des »Zentrums Innere Führung« über die »Zusammenarbeit Kultusministerium / Bundeswehr« handelte er sich ein »Sehr gut« für deine vorbildlichen Dienste bei der propagandistischen Infiltration der Schulen durch das Militär ein. Zusammen mit seinem rheinland-pfälzischen Kultus-Kollegen Georg Göter verfaßte Mayer-Vorfelder eine Denkschrift über »Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht«, die Entzücken in jenem Ministerium auf der Hardthöhe hervorrief, das wir ab 1984 gehorsam Friedenministerium nennen wollen. »Am Ende der Schulzeit« – verlangt die Denkschrift – sollen alle männlichen Schüler »die Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft einsehen«. Zu diesem Zweck müssen sie – das ist das Bildungsziel – zwei weitere Mayer-Vorfelder-Dogmen als unumstößlich wahr erachten: »Der Herrschaftsanspruch des Kommunismus bedroht die freie Welt.« Und »Wehrdienst in der Bundeswehr ist Friedensdienst.«

Damit die Kinder frühzeitig das Schießen lieben lernen, sollen sie Kasernen besuchen und ihre Schulen regelmäßig durch Jugendoffiziere inspizieren lassen. Jeder künftige Lehrer hat sich zu »Fortbildungsveranstaltungen« bei den Verteidigungsbezirkskommandos« einzufinden. Die Bundeswehr muß im »Lehrangebot der Hochschulen sowie in den Studien- und Prüfungsordnungen verankert« werden, als »fester Bestandteil verschiedener Fächer«. Pazifistische Regungen, im Religionsunterricht etwa, hat Mayer-Vorfelder schon lange den Kampf angesagt.

Schon vor dieser totalen Militarisierung von Schulen und Hochschulen sorgt der Filbinger-Zögling in seinem Musterländle für Kasernenhof-Disziplin unter Schülern und Lehrerpersonal. Der Minister, der zum Kopfschütteln noch ziviler Christdemokraten im Bundeswehrkampfanzug zu Regierungssitzungen antritt, hält bei anderen auf strenge Kleiderordnung. Schüler in friedlichen Turnschuhen werden von Prüfungen ausgeschlossen, und Lehrer rügt er, weil sie so aussehen, »als ob sie gerade aus dem Busch kommen«. Baden-Württemberg ist für ihn das »Bollwerk gegen falsch verstandene Konfliktpädagogik und Emanzipationslehre«. Gleich nach seinem Amtsantritt 1980 untersagte er die Teilnahme an der bundesweiten GEW-Aktion »Gläserne Schule« und drohte jedem Teilnehmer mit Eintrag in die Personalakte. Und da hagelte es ministerielle Prügel auf jeden Lehrer, der sich nicht duckte. Strafversetzt wurde zum Beispiel der Lehrer Klaus Schwarz, der seine Schüler bei einer Entlassungsfeier Texte über den Frieden von Kurt Tucholsky vortragen ließ.

Nur bei Aufforderungen zu schneller Selbstjustiz kann der ehemalige Filbinger-Referent sehr tolerant sein. Als ein Schulleiter erklärte, wer einen Familienvater wie Hans-Martin Schleyer umbringe, gehöre an die Wand gestellt, bedauerte der Minister auf Landtagsanfrage diese Äußerung, bekundete aber zugleich sein menschliches Verständnis.

Meinungsfreiheit reicht in Mayer-Vorfelders Machtbereich zum Lynchen, nicht aber für Meinungen, die von denen des Kultusministers abweichen. Zweihundert Lehrer, die zu seiner Bundeswehr Denkschrift auf Distanz gingen, indem sie öffentlich erklärten, sie wollten die junge Generation »im Geiste von Toleranz, Völkerverständigung und des Friedens erziehen«, bekamen ganz selbstverständlich einen Eintrag in die Personalakte. Ihre Friedenserklärung, so erfuhren sie, sei eine »schwere moralische Verunglimpfung der betroffenen Kultusminister« und des »obersten Dienstvorgesetzten«.

Keine Kritik mag dagegen die faschistische »Deutsche Nationalzeitung« an Mayer-Vorfelder vorbringen. Sie rühmt ihn, weil er es sich »zur Aufgabe gemacht hat, den schulischen Bereich durch eine sinnvolle Gegenreform von den Trümmern neomarxistischer Experimentiersucht zu säubern«. Das ist berechtigtes Lob von Leuten, die sich auskennen. Denn der Minister kämpft nicht nur gegen Heine und Tucholsky, er hat neuerdings auch anders jüdisches Gedankengut aus dem Unterricht hinweggesäubert. Gegen den Protest der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit ließ der Minister an den gymnasialen Oberstufen zwei Leistungskurse zum Fach Geschichte streichen. Der eine: »Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit im Altertum, Mittelalter und Neuzeit (Beispiel: Christentum, Judentum und Antisemitismus).«

Ach ja, sogar CDU-Parteifreund Hopmeier – der mit der Kritik an Filbingers Gnadenrechtspraxis – hatte schon damals, 1974, beschrieben, wie es unter Mayer-Vorfelder, dessen Berufsziel Ministerpräsident ist, weitergehen wird. Hopmeier über die Behandlung von Volksvertretern nach Mayer-Vorfelder-Art: «Renitente, eigene Gedanken entwickelnde und nicht vor Erhabenheit zerschmelzende Abgeordnete werden der Prügelstrafe ausgesetzt. Die Abgeordneten werden vom Staatsministerium ernannt, wobei zuvor eine ganz detaillierte Überprüfung des einzelnen auf Ideen- und Gedankenarmut und absolute Loyalität vorgenommen werden muß.«

Konkret 06/83, S. 28

Michael Jungblut

Wie ein Fluß stirbt

Eine gigantische Industrieansiedlung hat aus der Elbe eine stinkende Chemie-Kloake gemacht. Rettung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Wenn das neue Bayer-Werk in Brunsbüttel die Endausbaustufe erreicht hat, dürfen täglich 1,86 Millionen Tonnen Abwasser allein von dieser Fabrik in die Elbe gepumpt werden. Wie es der Chemie-Multi Bayer geschafft hat, sich von den Behörden diese Riesenmengen genehmigen zu lassen, enthüllt jetzt das Buch des Hamburger Reporters Christian Jungblut »Es war einmal ein Fluß ... «. Es sollte im Stern-Verlag erscheinen, doch der Chefreduktion war dieses Buch zu brisant. Wenige Tage vor Druckbeginn flog es aus dem Programm und erschien inzwischen im Hamburger Kabel-Verlag. Die Medien berichteten über den Vorfall, gingen jedoch auf die Enthüllungen nicht weiter ein. KONKRET veröffentlicht hier einen Auszug aus dem Jungblut-Buch.

Vorweg werde ich ein Geständnis machen. Im Winter 1973/74 schmuggelte ich mich unter falschem Namen in eine Sitzung, in der man sich mit der wichtigen Frage beschäftigte, welche Gifte in die Elbe gepumpt werden dürften.

Die Sitzung war ein sogenannter Erörterungstermin, der immer dann anberaumt wird, wenn ein neues Werk entsteht, das die Umwelt mit Abwasser, Abgasen oder Lärm schädigen kann.

In diesem Falle war es ein Chemiewerk des Bayer-Konzerns, das vor den Toren der Stadt Brunsbüttel gebaut werden sollte und dessen Abwässer man in die Elbe leiten wollte. Jetzt wollte die zuständige Wasserbehörde mit all jenen darüber diskutieren, die dagegen Einwendungen erhoben hatten.

Der Zankapfel war aus Papier. Er nannte sich »Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis nach § 7 WHG zur Einleitung der Abwässer aus dem Bayer-Werk Brunsbüttel in die Elbe bei Brunsbüttel am rechten Ufer bei Strom-Km 690,4 und 694,3«. Der Antrag war genial, so genial, daß es mir heute noch den Atem verschlägt über die Unverfrorenheit, mit der er vorgelegt wurde. Es war ein Rahmenantrag für die nächsten fünfzig Jahre. Er sollte ein halbes Jahrhundert lang die Abwasser-Einleitungen des Werks regeln, ohne im Detail zu sagen, was eingeleitet werden sollte. Eine Blankovollmacht für zwei Generationen, das wurde von Bayer verlangt.

Die Einwender, also jene, die diesen Antrag ablehnten, gehörten damals zur Vorhut einer Bewegung, zu deren Fahnen in den folgenden Jahren die Massen strömen sollten. Ich meine hier die Umweltschutzbewegung. Die hier in Brunsbüttel versammelten Einwender waren eine explosive Mischung aus Dame ohne Unterleib, Albert Einstein und Michael Kohlhaas. Eine Menagerie war langweilig gegen sie. In einem waren sie sich einig: Den Antrag zu Fall zu bringen.

Die gegnerische Partei waren die Antragsteller, die Manager und Angestellten des Konzerns. Sie hatten eine Meinung, die ihres Konzerns. Ich will hier ein paar Worte über ihren Arbeitgeber sagen.

Bayer ist der siebtgrößte Konzern der Bundesrepublik. Er ist der drittgrößte Konzern der Welt mit achtzig Werken in siebzig Ländern. Ich dachte, ich wüßte einiges über den Bayer-Konzern. Doch wenige Tage vor dem Erörterungstermin besuchte ich einen Freund und erzählte ihm von meinem Vorhaben, zu der Sitzung zu gehen, und er fragte: »Kennst du die Familiengeschichte von *Bayer?«* Ich verneinte. Er brachte sie nur am nächsten Tag. Sie war kein saffiangebundes Buch, wie man es sonst von Firmengeschichten kennt. Sie war ein schmuckloses dünnes Büchlein.

Ich gebe es hier so wieder, wie es in meinem Gedächtnis haften geblieben ist. »Die Mutter des Bayer Konzerns«, las ich dort, »war der IG Farben-Konzern, der zur Zeit der Despotie der Nazis Häftlinge des Konzentrationslager Auschwitz für fünf Mark pro Tag auslieh, um direkt neben dem KZ ein Chemiewerk zu bauen.«

Es kam noch schlimmer. »Das Gas, mit dem die Häftlinge umgebracht wurden, hieß Zyklon B. Es wurde von der Firma Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung hergestellt, an der die IG Farben beteiligt war.« (KONKRET 9/82)

Dann las ich einiges über die Geburt der Tochter »Nach dem Krieg wurde der IG Farben-Konzern entflochten... es entstanden drei Töchter, eine davon war der Bayer-Konzern.« Von dem Folgenden will ich nur das erwähnen, was zum Thema steht. »Bayer einer der Haupt-Rheinverschmutzer«, las ich dort. Oder: »Jahrelang wurden Abwässer ungeklärt in den Rhein gepumpt.« Es entstand der Eindruck, daß es die Tochter *Bayer* ebenfalls zu einer traurigen Berühmtheit gebracht hatte. Als ich dann außerdem diesen Antrag gesehen und die Erläuterungen der Einwender gehört hatte, war mir klar, daß sie einen Gegner hatten, der nicht mit sich spaßen ließ.

Die Rollen in dieser Auseinandersetzung waren nach dem Gesetz so verteilt, daß die Behördenvertreter als neutrale Instanz mit den Einwendern die Probleme erörtern sollten. Sie sollten als Unparteiische ohne Beeinflussung durch die Einwender oder durch die antragstellende Firma ihre Entscheidung treffen, welche Abwässer in die Elbe gepumpt werden dürfen. Sie waren eine knapp zehnköpfige Gruppe, und rechnet man noch die wissenschaftlichen Gutachter hinzu, kamen sie auf ein gutes Dutzend. Sie hatten große altmodische Aktentaschen bei sich, aus denen sie Gesetzeswerke und Bündel von Akten hervorholten und vor sich auf dem Tisch aufbauten.

Wir tagten im Saal des Hotels »Kaiserhof«. Die Einwender und ich saßen im hinteren Teil des Saals, die übrigen Teilnehmer im vorderen.

Die Auseinandersetzung um das Abwasser begann. Als ich das erste Mal von den Mengen hörte, die in die Elbe gepumpt werden sollten, traute ich meinen Ohren nicht. Ich fragte meinen Nebenmann. Er mußte es mir noch einmal sagen und sogar noch ein weiteres Mal, weil ich ihn ungläubig anstarrte.

Als ich einem Wissenschaftler, der sich mit solchen Angelegenheiten auskannte, davon erzählte, sagte er: »Nein, nein, du hast dich geirrt, das sind nicht Kubikmeter, sondern Liter.«

»Nein, es ist schon richtig so, Kubikmeter.«

»Aha, dann hast du dich in den Nullen vertan, das passiert leicht. Du hast einige Nullen zuviel gezählt. Ein Kubikmeter ist nämlich tausend Liter!«

Ich holte den Antrag hervor und las ihm daraus vor.

»Das ist ja ebensoviel Wasser, wie die Weser mit sich führt. 22 Kubikmeter führt sie bei Niedrigwasser«, rief er aus, »ich habe eine Studie über die Weser gemacht. Diese Abwassermengen können nicht stimmen.«

Ich las ihm noch einmal ganz langsam vor, so wie es für die Endausbaustufe im Antrag stand. Das Abwasser war nach Kühl- und Betriebsabwasser getrennt angegeben:

Kühlwasser etwa:

17 cbm/s (Kubikmeter pro Sekunde)

60.000 cbm/h (Kubikmeter pro Stunde)

1.500.000 cbm/d (Kubikmeter pro Tag)

550.000.000 cbm/a (Kubikmeter pro Jahr);

Betriebsabwasser etwa:

4 cbm/s (Kubikmeter pro Sekunde)

15.000 cbm/h (Kubikmeter pro Stunde)

360.000 cbm/d (Kubikmeter pro Tag),

130.000.000 cbm/a (Kubikmeter pro Jahr).

»O Mann«, stöhnte er leise. Pro Tag war es genug Abwasser, um einen ganzen See damit zu füllen. Im Jahr war es ein kleiner Ozean.

Was diese Abwassermengen enthielten?

Das interessierte auch die Einwender. Man hätte erwarten können, daß dies alles im Antrag stehen würde. Aber gerade eben erklärte einer der Bayer-Angestellten, daß dies ja ein Rahmenantrag sei, für die nächsten fünfzig Jahre bestimmt. Und wer wisse heute schon, welche Stoffe die Abwässer dann enthielten, da man ja noch nicht einmal ahne, was man in so ferner Zukunft produzieren werde. Und von den Produkten hänge ja schließlich auch die Zusammensetzung der Abwässer ab.

Es war ein gutes Stückchen, das die Bayer-Leute da gleich zu Anfang brachten. Ich traue mir einiges zu, aber diese Chuzpe hätte ich nicht gehabt. Ich dachte, daß die Einwender hochgehen. Aber sie blieben ruhig.

So wurde diskutiert, was im Antrag unter der Überschrift » Abwasserbeschaffenheit« stand. Das Kapitel nahm ein Zehntel des gesamten Raums im Antrag ein. Es waren ein paar magere Zeilen und zwei Sätze. Jeder Satz warf ein gutes Dutzend Fragen auf. Und jede Leerzeile dazwischen noch einmal so viele Fragen. Der eine Satz lautete: »Die Abwässer werden so weit geklärt, daß sie nach Einleitung in den Vorfluter für Mensch und Tier, insbesondere für Fische, sowie für den Prozeß der biologischen Selbstreinigung im Vorfluter hinsichtlich Toxizität, Geruch und Farbe sowie der sonstigen Beschaffenheit *keine nachhaltigen Schäden* hervorrufen.«

eine nachhaltigen Schäden« habe ich unterstrichen. Die nämlich interessierten Jürgen Westphal, einen Einwender mit spitzer Nase. Er sah immer so aus, als hätte er starken Schnupfen. »Was ist unter 'keine nachhaltigen Schäden' zu verstehen?« fragte er gedehnt.

Dr. Hans Hermann Weber, der Umweltfachmann von Bay*er,* sollte die Antwort geben. Er zögerte einen Moment. Dann antwortete er mit sanfter Stimme: »Ich möchte nicht die nachhaltigen Schäden definieren. Sondern folgendes dazu sagen - die Formulierung steht im Erlaubnisbescheid eines anderen Bundeslandes.«

»Damit haben Sie also zugegeben, daß Schäden überhaupt zu erwarten sind«, sagte der Einwender mit der spitzen Nase.

Die Antwort des Umweltfachmanns war gespickt mit vielen Beteuerungen - das Wort »wollen« war das häufigste -, aber welche Schäden überhaupt zu erwarten sind, erfuhr niemand. Es gehörte allerdings nicht viel Phantasie dazu, sich solche Schäden vorzustellen, die nicht nachhaltig sind.

Zum Beispiel für die Fische: Gerade dort, wo die Abwässer in die Elbe geleitet werden sollen, war der Abschnitt mit dem größten Vorkommen an Aalen. In den Herbstmonaten hatten die Elbfischer an der Stelle 30.000 Kilogramm Aal herausgeholt. Früher aß ich diesen Aal gern. Nun sage mir aber einer, sind zwei oder drei verkümmerte Aale ein nachhaltiger Schaden? Und wenn es sogar der halbe Fang ist, wer beweist überhaupt, daß sich die Aale diese Schäden durch die Abwässer von Bayer geholt haben? Denn sie schwimmen ja wohl nicht nur in diesem Abschnitt der Elbe herum. Wahrhaftig, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, wenn es darum geht, sich vorzustellen, was »nicht nachhaltige Schäden« sind.

Wenn die Auskünfte über diesen einen Satz sehr mager waren, so ist doch zu hoffen, daß man über den anderen Satz des Antrags mehr erfährt. Der Satz lautet: »In Anlehnung an für die Werke am Rhein gültigen Einleitbedingungen glauben wir folgende Richtwerte einhalten zu können. « Sie finden diesen Satz harmlos? Gehen Sie ihn mal Wort für Wort durch. Die Einwender taten das. Sie wollten wissen, was es bedeutet, wenn die Antragsteller »glauben, Richtwerte einhalten zu können«? Denn die Worte »glauben« und »können« würden sie ja geradezu auffordern, die Richtwerte zu überschreiten.

Die Antwort war Schweigen.

Der Einwender Jürgen Westphal meldete sich. »Sie schreiben 'Einleitwerke am Rhein'«, fragte er, »sind das nun sehr scharfe Werte oder ganz laxe Werte, an die Sie sich anlehnen wollen? Was heißt das? Ist möglicherweise der schlechte Zustand des Rheins, den manche als die Kloake Europas bezeichnen, dadurch bedingt, daß die Einleitwerte nicht so scharf sind, wie sie sein sollten, und daß sich die Herren von Bayer deshalb daran anlehnen wollen?« Seine letzten Worte stieß er in einer Weise aus, daß ein amerikanischer Staatsanwalt vor Neid geplatzt wäre.

er angeklagte Umweltschutzmann des Konzerns gab sich bieder. »Ich will keine Bewertung der Werte vornehmen«, antwortete er beflissen, und ich erwartete eigentlich eine kleine Verbeugung.

Der Staatsanwalt mit der spitzen Nase hatte Geduld. Er redete seinem Gegenüber zu wie einem Kind, das nicht versteht, und fragte deshalb mit anderen Worten noch einmal: »Sind es nun Werte, die den heutigen Bedürfnissen des Umweltschutzes gerecht werden?«

Der Angeklagte begann zu erklären. Er erklärte sehr umständlich und kam vom Hundertsten ins Tausendste, er führte aus, daß er über alle Werke am Rhein nichts sagen könne, nur für die Bayer-Werke am Rhein. Seine letzten Worte schluckte er fast hinunter: »Diese Werte stammen aus Einleiterlaubnissen von einigen Jahren zurück.«

Auf die Fragen hätten natürlich die Gutachter antworten können, denn die Gutachter eines Erörterungsverfahrens sind die vom Staat bestellten Fachleute. Und die für dieses Verfahren herangezogenen Gutachter waren für mich zahlreich und kompetent. Vier Professoren waren es und ein Doktor. Sie hatten fünf verschiedene Gutachten erstellt, die sich alle mit dem Problem der Abwasser-Einleitung des geplanten *Bayer*-Werks beschäftigten.

Der bekannteste Gutachter unter ihnen war ohne Zweifel Professor Hubert Caspers vom Hydrobiologischen Institut in Hamburg. Dieser gutachtende Professor propagierte den Begriff von der »Selbstreinigungspotenz der Elbe«. Sie verknüpfen sicher wie ich mit diesem Begriff Vorstellungen von Kraft, Gesundheit, klarem, perlendem Wasser, grünbealgten Kieseln und enorme Widerstandsfähigkeit gegenüber eingeleitetem Dreck, der sich durch bloßes Zusammentreffen von Sonnenstrahlen und Wasserspritzern in Nichts auflöst. Selbstreinigungspotenz - dieses Wort gefiel mir. Ich drehte es wie eine Praline so lange im Mund herum, bis mich ein Einwender über den wahren Inhalt aufklärte. Nämlich, daß ein stinkendes Klärwerk die höchste Selbstreinigungspotenz überhaupt hat. Da schmeckte es mir nicht mehr.

Dieser Einwender - er war übrigens einer der Studenten von Prof. Hubert Caspers - erläuterte mir dann, daß ein klarer, sauberer Fluß am anfälligsten gegen jeden Dreck sei, weil seine Selbstreinigungspotenz außerordentlich schwach sei. Die steigt nämlich erst mit den Mikroorganismen und Bakterien im Wasser, die den Dreck abbauen. Je mehr Dreck in einen Fluß geleitet wird, desto mehr Mikroorganismen können sich entwickeln - solange sie nur genügend Sauerstoff bekommen. Und schließlich zischte der junge Wissenschaftler: »Die Unterelbe als ein über hundert Kilometer langes Klärwerk zu betrachten, ist doch wohl etwas stark.«

Meine Ehrfurcht vor dem Wissen eines Professors war damals noch gewaltig. Ich war gespannt. Aber dann hielten die Gutachter ihre Vorträge, die so kurz waren wie ein Atemzug, und viel mehr sagten sie auch nicht aus.

Ich will das anhand der giftigen Stoffe im Abwasser nachweisen. Bei einem Chemiewerk sind gerade die Anteile der toxischen, der giftigen Stoffe eines Abwassers wichtig, wichtiger als alle anderen Stoffe. Das wurde auch von einigen Gutachtern hervorgehoben. Trotzdem gingen sie davon aus, daß das *Bayer*-Werk keine giftigen Stoffe in die Elbe einleiten wolle.

Nehmen wir das Vorgutachten von Prof. Hubert Caspers mit dem Titel »Die biologische Selbstreinigungspotenz des Elbbereichs bei Brunsbüttel«. Erst auf der vorletzten Seite kam der entscheidende Satz: »Nicht in die derzeitigen Auswertungen eingeschlossen ist die Frage einer Einleitung toxischer Abwasserstoffe, wie sie bei der Großindustrie anfallen.«

Nun frage ich, wäre es zuviel verlangt gewesen, wenn Prof. Hubert Caspers sich den sehr kurzgefaßten Antrag von *Bayer* durchgelesen hätte? Dort sind nämlich zwei Gruppen von Abwasser-Inhaltsstoffen angeführt, die toxisch sein können. Ich sage hier extra können, denn nicht alle Substanzen dieser beiden Stoffklassen sind giftig. Aber wäre es für einen Gutachter seines Rangs eine Zumutung gewesen, auch die ungünstigsten Zusammensetzungen eines Abwassers zu berücksichtigen?

Bei den beiden im Antrag angeführten Stoffklassen handelt es sich um petrolätherextrahierbare Stoffe und Phenole. Unter den Phenolen gibt es Substanzen, die hochgiftig sind und krebserregend wirken. In der Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg liegt das »Handbuch der Frischwasser- und Abwasser-Biologie«, dort hätte er unter der Rubrik Phenole mindestens dreizehn Beispiele gefunden. Und was die Gruppe der petrolätherextrahierbaren Stoffe angeht: Von denen sind zwar etliche ungefährlich; aber eine der schädlichen Substanzen wurde später für Tod und Siechtum von Hunderten von Menschen in der italienischen Kleinstadt Seveso verantwortlich. Es war die petrolätherextrahierbare Substanz TCDD (Tetrachlordibenzo-p-dioxin), die dort als pulvriger Nebel die Menschen vergiftete.

Aus dem Gemurmel nach den Vorträgen der Gutachter erhob sich die Stimme eines Beamten. Sie war ein Massenprodukt wie Plastik. »Die Gutachter kommen zu dem Schluß, daß die beantragte Einleitung von *Bayer* unter Auflagen unbedenklich ist«, tönte die Stimme.

Das war eine so verdammt erstaunliche Feststellung, daß der Verdacht auftauchte, der Inhaber der Stimme habe womöglich eben den Vorträgen ganz anderer Gutachter zugehört.

Es war eine Herausforderung. Sie wurde von einem Mann angenommen, von dem ich schon vorher einiges gehört hatte. Es war Dr. Reinmar Grimm vom Zoologischen Institut in Hamburg, der ebenso wie Prof. Hubert Caspers einen Begriff geprägt hatte - den vom »Gesamtökologischen Gutachten für die Unterelbe«. Es sollte eine Bestandsaufnahme dieses Flusses sein, eine Grundlage für die industrielle Belastbarkeit der Elbe. Aber Dr. Reinmar Grimm stand hier nicht als bezahlter Gutachter, sondern als Einwender. Er faßte die Aussagen der Gutachter zusammen und fragte spöttisch: »Wie kann man da zu dem Schluß kommen, daß die Einleitung nach Meinung der Gutachter unbedenklich ist?«

Der Vorsitzende beeilte sich. Er bat die Gutachter, sich zu äußern. Jetzt solle es Klarheit geben. Am besten sollten sie mit Ja oder Nein antworten. Ich gebe ihre verblüffenden Antworten so wieder, wie sie zusammengefaßt im Protokoll nachzulesen sind.

Prof. Hans Partenscky, der Rohrbau-Gutachter und Ingenieur, antwortete wie ein Ingenieur. Die sind gewohnt, mit der Mikrometerschraube nachzumessen. Er sagte exakt und knapp: »Aus meiner Sicht bestehen keine Bedenken.«

Aber dann kam Prof. Werner Thorn, der Biochemiker, an die Reihe. Ich weiß nicht, wie er gerade auf diese Antwort kam. Er sagte: »Unter petrolätherextrahierbaren Stoffen ist eine Anzahl von Substanzen zu verstehen.«

Das löste Erstaunen unter den Einwendern aus. Ich dachte, sie würden ihn gleich mit wüsten Flüchen aus dem Saal jagen. Aber sie waren zu gespannt auf die Antwort von Prof. Hubert Caspers, dem Imperator der Gutachter. Sie hingen an seinen Lippen. Er ließ sich Zeit. Er überlegte wohl. Aber, Herrgott, so lange wird man doch nicht für eine so einfache Antwort brauchen! Da bewegte er seine Lippen und sagte: »Eine zusätzliche Einleitung im Winter ist gefährlicher als im Sommer.« Und führte das weitschweifig aus.

Mein Nebenmann erläuterte: »Erst die Gutachter legitimieren die Behörden, solche Anträge wie diesen von *Bayer* überhaupt zu genehmigen. Hinter ihren Gutachten kann sich die Behörde verschanzen. Das ist das Üble. Hat die Wissenschaft nicht eine Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung?«

Ich saß mittlerweile über zehn Stunden dort im Saal. Sie denken, ich wußte jetzt alles. 0 nein, jetzt sollte ich erfahren, wer hier das eigentliche Sagen hatte. Und damit wußte ich dann auch wirklich alles. Die Einwenderin Marie Schnetzler löste die ganze Enthüllung aus. Sie sah weit voraus in eine Zeit, in der das Werk die Abwässer wie beantragt in die Elbe leiten werde. Und sie führte ihre trüben Erfahrungen an, die die Bewohner der anderen Elbseite in Bützfleth mit dem Chemiewerk der Dow Chemical gesammelt hätten. Die Manager des Werks dort wollten nach einem Chlorgasausbruch einem geschädigten Bauern keinen Schadensersatz zahlen. Sie nahm ihre Brille, die sie immer an einer Kette um den Hals hängen hatte, vor die Augen und fragte: »Wie eigentlich ist es? Hat der Bürger die Möglichkeit zu klagen?«

Der Rechtsberater des *Bayer*-Konzerns war angesprochen. »Gnädige Frau«, knarrte er, »ob Sie Rechtsschutz haben oder nicht, das machen Sie bitte mit Ihrem Anwalt aus.« Er machte eine Pause. Sie war kurz und wirkungsvoll. Dann befand er streng: »Und Kritik hier am Gesetz zu üben, ist fehl am Platz.«

Ein anderer Einwender hatte noch nicht genug und er fragte: »Kann sich der Bürger bei Giftschäden an *Bayer* halten?«

»Das Thema möchte ich hier nicht behandeln«, ratterte der Rechtsberater als endgültigen Bescheid.

Der Vorsitzende saß da und schwieg. Und der Rechtsberater erteilte, wann immer er es wollte, Belehrungen.

Dann kam das Ende der Verhandlung. Die Einwender hatten einen Haufen Fragen gehabt, und keine war beantwortet worden. Da fragte der Vorsitzende laut in den Raum: »Hat noch jemand Fragen?« Er sah suchend in der Runde umher. Er wollte jedenfalls eine Regung. Aber es antwortete niemand, nicht einmal mit einem Kopfschütteln. Und dünn hingen seine Worte in der Luft: »Es gibt also keine Fragen mehr. Dann ist die Sitzung geschlossen.«

Fast auf den Tag genau ein Vierteljahr nach der Sitzung wurde den Beteiligten der Erlaubnisbescheid zugestellt. Ich blätterte in den Nebenbestimmungen, wo die Inhaltsstoffe des Abwassers aufgeführt waren. Ich las: »Phenol unter 0,5 Milligramm pro Liter, Quecksilber und Kadmium je unter 0,01 Milligramm pro Liter, Blei unter 1 Milligramm pro Liter.« Ich wollte mich schon über die geringen Mengen dieser Stoffe freuen, die hochgiftig sein können. Ich sah vor meinen Augen verschwindend kleine Dosen von Giften, nicht weiter der Rede wert. Aber dann rechnete ich zusammen. Ich bezog die Milligramm pro Liter auf die beantragten und auch genehmigten Abwassermengen. Und mir wurde heiß und kalt.

Für petrolätherextrahierbare Substanzen, also jene Stoffklasse, deren eine Substanz in Seveso Hunderte von Menschen vergiftet hatte, waren zwar nur 5 Milligramm pro Liter angegeben. Aber auf die Abwassermenge bezogen, darf Bayer der Endausbaustufe des Werks in einem Jahr 3.348 Tonnen petrolätherextrahierbarer Substanzen in die Elbe leiten. 134 Güterwaggons könnte man damit füllen.

Für Phenole berechnete ich pro Jahr 64,8 Tonnen. Das sind drei Güterwaggons. Nach Untersuchungen gilt ein Fisch schon dann als ungenießbar, wenn nur ein hundertstel Milligramm einer giftigen Phenol-Substanz in ihm gefunden wird.

Und so ging es weiter, Blei, Kadmium, Quecksilber, Fluor, Eisen und übrige Schwermetalle. Ein Zug mit 309 Waggons voller gefährlicher Stoffe kam so zusammen. Fast acht Kilometer lang war der Gifttransport, der nach dieser Genehmigung jährlich in die Elbe geleitet werden durfte. Und jedes Jahr kam ein neuer Zug mit 309 Waggons hinzu, beladen mit Giften, die auf Dauer ihre Wirkung behalten. Und in meiner Vorstellung sah ich eine unendliche Kette von Zügen die Elbe wie einen nimmersatten Hexenkessel füllen.

Vielleicht ist es ratsam, daß man angesichts solcher potentieller Bedrohung durch diese Giftmengen die Augen verschließt oder sich zumindest ein dickes Fell zulegt. Aber dieser Erlaubnisbescheid brachte mich auf achtzig. Ich rief einen Einwender an, um seine Meinung zu hören. Er sagte: »Man kann fast noch froh sein. Stellen Sie sich vor, wir hätten nichts gesagt, dann wäre es noch weitaus schlimmer gekommen.« Er erzählte mir, daß gegen den Erlaubnisbescheid geklagt werden solle. Ja, ein Gericht sollte diesen Wisch für ungültig erklären. Er ist nichts anderes als ein Todesurteil für den Fluß, das über Jahre, ja Jahrzehnte vollstreckt werden würde. Wer anders als ein Gericht konnte feststellen, daß dies alles nicht sein durfte.

Ich hörte später, wie die Gerichtsverhandlung abgelaufen war. Dr. Reinmar Grimm, der Wissenschaftler mit dem großen Engagement für die Elbe, vertrat die Stadt Cuxhaven, die gegen diesen Bescheid geklagt hatte. Ihm gegenüber saß Dr. Weher, der Umweltfachmann von Bayer, der so nichtssagende Antworten gegeben hatte. Im Gerichtssaal ging es wieder zu wie beim Erörterungstermin. Der Richter lehnte die Klage ab. Der Bescheid blieb bestehen.

Draußen vor dem Gerichtssaal trafen der Wissenschaftler und der Umweltfachmann von Bayer mit den vielen Antworten aufeinander. »Sie haben uns ein Dreivierteljahr Zeitverlust und 1,5 Millionen Mark gekostet«, sagte der Prozeßgewinner zu dem Wissenschaftler.

Später war in den Tageszeitungen eine halbseitige Anzeige im Auftrage der Kieler Landesregierung mit einem Foto des Werks zu sehen und dem Text: »Schleswig-Holstein hat Bayer ein Angebot gemacht. Hier sehen Sie das Ergebnis.«

Christian Jungblut, »Es war einmal ein Fluß ... «, Kabel-Verlag Hamburg, 240 Seiten mit Farbfotos, 22,80 Mark

Konkret 06/83, S. 38

Werner Heine

Wer bläst denn da so falsch?

Im Konzert zwischen Hamburgs Stromversorger HEW und dem Senat gibt es Dissonanzen - wieder einmal. Die Töne sind dieselben wie vor dem Klose-Rücktritt: Das Kernkraftwerk Krümmel geht noch immer »im nächsten Frühjahr« ans Netz, die HEW halten am Atommeiler Brokdorf fest und der Senat will's alles anders haben.

Wer zahlt, bestimmt die Musik. Das ist die Grundregel überall dort, wo das Recht auf Eigentum noch was gilt, also andere zum Spielen verpflichtet. Schöner ist jedoch, wenn die Kapelle das Wunschkonzert bläst, und jemand anders zahlt, ohne das Programm ändern zu können. Dieses Stück läuft in Hamburg wie ein Ohrwurm. Der Refrain heißt Brokdorf.

Vor vielen Jahren beschlossen die in Hamburg regierenden Sozialdemokraten den Ausstieg aus der Kernenergie. Der Stadtstaat bezog damals Atomstrom aus den AKWs Stade und Brunsbüttel, der Meiler Krümmel war seit sechs Jahren im Bau in Brokdorf stand nur der Bauzaun. Der Parteitagsbeschluß der Hamburger SPD entsprach der politischen Lage. In der Wilster Marsch hatten Hunderttausende gegen Brokdorf protestiert, die Jungwähler waren auf dem Weg zu den Alternativen, der Reaktorunfall in Harrisburg hatte offenbart, was von den Sicherheitsbeschwörungen der Atomindustrie zu halten war, die Energiebedarfsprognosen gerieten ins Wanken, der Stromverbrauch stagnierte.

Dennoch regte sich sofort Widerstand in den eigenen Reihen. Die SPD-Abgeordnete Maring erklärte vor der Hamburger Bürgerschaft, ihre Fraktion denke nicht daran, die AKWs Stade und Brunsbüttel stillzulegen, und die Fertigstellung des AKW Krümmel sei notwendig, »um Hamburgs Energieversorgung sicherzustellen«. Das Argument war damals schon mehr als brüchig. Es beruhte auf den Prognosen derselben Fachleute, die den Zusammenbruch der Stromversorgung für die »Winterspitze 1978/79« angekündigt hatten, wenn Krümmel nicht gebaut würde. Diese Spitze war ein Jahr zuvor problemlos bewältigt worden.

Die Zweifler an der Glaubwürdigkeit der Atomkraft-Prediger, die vielmehr die Gefahr der Abhängigkeit vom Atomstrom heraufziehen sahen, setzten sich weiter durch. Bis Anfang 1981 hatten Partei wie Senat mit Mehrheit den Ausstieg aus Brokdorf beschlossen, wo inzwischen der Bau begonnen hatte, Krümmel war nun seit zwei Jahren überfällig und wurde immer noch nicht vermißt.

Die Beschlüsse durchzuführen, hätte einfach sein müssen. Die Strombeschaffung obliegt den Hamburgischen Electricitätswerken (HEW), einer Aktiengesellschaft, deren Anteile zu 72,8 Prozent der Hamburger Senat hält. Überall, wo die Grundregel gilt, gibt in solchen Fällen der Haupteigentümer eine Weisung an den Aufsichtsrat, und die Musik spielt. Nicht so bei den HEW.

Dort saßen und sitzen im Aufsichtsrat zehn Arbeitnehmervertreter (acht IG-Metaller, zwei DAG-Vertreter), die an die wachstumsfördernde Kraft der Atomenergie glauben. Auf der Bank der Kapitalvertreter sind nur vier Rathausleute an Weisungen des Senats gebunden. Die anderen sechs vertreten die Banken, die Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen, in denen die AKWs stehen, den AEG-Konzern, der Krümmel mitbaute, und den Siemens-Konzern, der - über die Tochterfirma KWU - Brokdorf baut und Brunsbüttel gebaut hat.

Der Senat unter seinem damaligen Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, versuchte vergeblich, in diesem Gremium die Änderung seiner Energiepolitik durchzusetzen. Die Bemühungen mußten als gescheitert betrachtet werden als der HEW-Betriebsratsvorsitzende Willi Burmester, zugleich stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, der »Zeit« in einem Interview erzählte, der SPD-Landesparteitag habe schließlich »nur mit vierzig Stimmen Mehrheit gegen Brokdorf gestimmt«. Außerdem gehöre er zur Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, »und die ist in Sachen Brokdorf ganz anderer Meinung als der Parteitag«.

Die »Zeit« fragte nach: »Kann sich der HEW-Aufsichtsrat auf Dauer der Politik des Senats und damit der Politik seines Großaktionärs widersetzen?« Burmester: »Nein, das will er auch gar nicht.« - »Zeit«: »Der Senat müßte nur seine Politik ändern?« Burmester: »So ist es.« Das Blatt gab dem Interview die Überschrift: »Brokdorfgegner haben keine Chance«.

Als der Senat daraufhin überlegte, die 50-Prozent-Beteiligung seiner HEW an Brokdorf durch Anwendung des Energiewirtschaftsgesetzes zu beenden oder notfalls die Firma zu verstaatlichen, verlor Klose in der Bürgerschaft die Mehrheit. Eine starke AfA-Truppe in der Fraktion rebellierte, der Fraktionschef Ulrich Hartmann erklärte Brokdorf zur »Gewissensentscheidung«, ihm gehe es um »die Lebenschance der jungen Generation«. Bürgermeister Klose trat zurück.

Sein Nachfolger Klaus von Dohnanyi wollte diese Auseinandersetzung vermeiden. Nach seinem Plan sollte sich der Ausstieg aus Brokdorf wie von selbst einstellen, als Ergebnis einer geänderten Energieversorgung durch mehr Fernwärme und neue Kohlekraftwerke. In einem gemeinsam von HEW und Senat verabschiedeten Konzept hieß es 1982 (die Fertigstellung Krümmels war gerade um ein weiteres Jahr auf 1983 verschoben worden), »daß Hamburg auf diese Weise von einem Strombezug aus Brokdorf unabhängig wird«.

Doch die Erreichung dieses Ziels, so dämmert es mittlerweile dem Senat, ist nicht die Sache der HEW. Und der Eigentümer weiß dabei nicht immer, was sein Versorgungsunternehmen treibt. Offenbar wurde nur, daß zum Beispiel ein umweltfreundliches Kraftwerkprojekt mit Wirbelschichtbefeuerung im geplanten Neubaugebiet Allermöhe scheiterte, weil die HEW den Strom aus diesem Projekt zu teuer befanden. Dagegen erfuhr der Senat, nur hintenrum, was die HEW offiziell bestreiten: Die Electricitätswerke ließen im letzten Jahr 20.000 Wohnungen mit Nachtstromspeicheranlagen ausrüsten. E-Heizungen garantieren Strombedarf in der Zukunft.

Über ihre Verkaufspolitik lassen die HEW ihren Besitzer traditionell im Dunkeln. Zwar müssen die Tarife von Senat und Bürgerschaft genehmigt werden, und denen wurde in den letzten Jahren einiges zugemutet, denn die HEW arbeiteten sich auf Platz zwei der Rangliste der teuersten Stromversorger vor. Aber über das Geschäft mit der Großindustrie erteilen die HEW keine Auskünfte. Der Senat weiß zum Beispiel nicht, wie hoch der Strompreis für die Hamburger Stahlwerke ist, einen der Großabnehmer in der Stadt. »Wir vermuten«, sagt Energiesenator Jörg Kuhbier, »wissen aber nicht, daß durch ständige Preiserhöhungen für die Kleinen die Großen ihren Strom billiger beziehen können.«

Nur der Fall Reynolds ist im Rathaus aktenkundig. Um den US-Aluminium-Multi Anfang der 70er Jahre an den Standort Hamburg zu locken, boten Senat und HEW einen 20-Jahres-Vertrag über einen Strompreis von zwei Pfennig pro Kilowattstunde. Aus der Ansiedlung wurde nicht viel. Heute arbeiten beim Reynolds-Nachfolger VAW (Vereinigte Aluminium-Werke) 1.200 Mann. Der Strompreis wurde durch einen gerichtlichen Vergleich auf 2,8 Pfennig erhöht. Die Differenz zu den Stromlieferungskosten - 50 Millionen Mark pro Jahr - zahlen die Hamburger Verbraucher über ihre Stromrechnung mit. Dazu kommen jährlich zehn Millionen an Steuergeldern, die der Staat den HEW zum Ausgleich zahlt. Das sind zusammen 50.000 Mark pro Jahr pro Arbeitsplatz an Subventionen - mehr als die Summe des gezahlten Lohns.

Der Senat ist auch wehrlos gegen die Absicht der HEW, die geplanten Kohlekraftwerke nur bis zur gesetzlich festgelegten Grenze zu entschwefeln. Das Argument, eine zusätzliche Abgasreinigung sei zu teuer, ist wenig überzeugend. Die HEW sind nach ihrer Satzung zur Versorgung verpflichtet, nicht zur Gewinnmaximierung.

Zumindest die GAL-Abgeordneten in der Bürgerschaft sind mittlerweile davon überzeugt, daß die Kohlekraftwerkprojekte der HEW auf ein geplantes Scheitern angelegt sind. So soll mitten in der Stadt, am Eimsbüttler Haferweg, ein Kohleriese gebaut werden, der gute Aussichten hat, von der Bevölkerung juristisch verhindert zu werden. Dann wäre Dohnanyis Energiekonzept gefährdet, und Hartmann, inzwischen Chef der Hamburger Gaswerke (HGW), behielte recht. Der soll auf einer HGW-Aufsichtsratssitzung gesagt haben, es müßten so viele Kohlekraftwerke gebaut werden, daß die Bevölkerung nach Kernkraft schreie.

Anlaß zum Wehklagen bietet aber eher die Atompolitik der HEW. Das AKW Brunsbüttel, ein Siedewasserreaktor der 800-Megawatt-Klasse, an dem die HEW zu 66 Prozent beteiligt sind, macht sich als »Schrottreaktor« einen Namen. Ein Störfall im Juni 1978, bei dem die Bedienungsmannschaft drei Stunden lang radioaktiven Dampf freisetzte, weil sie die Sicherheitsautomatik per Handschaltung »überbrückte«, offenbarte Mängel des Bausystems. Den Schaden, der in einer zweijährigen Reparatur behoben wurde, geben die HEW mit 310 Millionen Mark an. 450 Millionen Mark sollen die noch andauernden Arbeiten kosten, bei denen seit Mitte letzten Jahres alle Rohrleitungen ausgetauscht wurden. Der Preis des Reaktors hat sich damit auf 1,5 Milliarden Mark erhöht.

Durch die Stillegungszeiten wurde er in seiner siebenjährigen Laufzeit nur zu rund 35 Prozent genutzt, wurden bis jetzt nur 16 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert. Das heißt, daß bislang für jede Kilowattstunde mehr als neun Pfennig allein für die Anlage ausgegeben wurden. Dazu kommen die Betriebskosten, die Kosten für Stillegung, Wiederaufbereitung und Endlagerung. Wenn Brunsbüttel wieder Strom produziert, senken sich natürlich die Anlagekosten pro Kilowattstunde. Aber über die gesamte restliche Laufdauer ist eine Rentabilität des Reaktors nicht mehr zu erwarten.

Als Krümmel geplant wurde, rechneten die HEW mit 1,3 Milliarden Mark für diesen 1.300-Megawatt-Siedewasserreaktor, der jetzt ab 1984 Strom liefern soll. Die Systemmängel, die, in Brunsbüttel zur »Nachrüstung« führten, machten in Krümmel Umbauten notwendig, die den Preis auf über drei Milliarden Mark trieben. Trotz dieser Steigerung halten die HEW an ihrer Kalkulation fest: 8,94 Pfennig soll die Kilowattstunde kosten, das rechneten HEW-Vertreter dem Umweltausschuß der Bürgerschaft vergangenes Jahr vor.

Der Kalkulation liegt eine Modellrechnung des Energiewirtschaftlichen Instituts der Uni Köln zugrunde. In der Rechnung fehlen die Kosten für die Abschreibung auf den Wiederbeschaffungswert und alle kalkulatorischen Risikokosten, ein Fehler, der in jedem kaufmännisch geführten Betrieb zur Entlassung des Buchhalters führen würde. Die Kosten für die Stillegung sind pauschal mit zehn Prozent der Herstellungskosten veranschlagt. Diese Summe muß als frei erfunden betrachtet werden, da es in der Bundesrepublik keinen Erfahrungswert gibt, Wie teuer der Abbruch eines Siedewasserreaktors kommt, wird sich erst im Laufe der nächsten Jahre am Projekt Lingen zeigen. Das Abbauen kann durchaus teurer als die Anlage werden.

Die Wiederaufbereitungskosten für die Brennelemente gaben die HEW mit 2.200 Mark pro Kilogramm an. Gegenwärtig beträgt dieser Preis in Frankreich rund 4.500 Mark. Bis die Brennstäbe aus Krümmel wiederaufbereitet werden müssen,

dürfte der Preis bei 10.000 Mark pro Kilo liegen. Krümmel - letzter Siedewasserreaktor der Bundesrepublik - wird eine teure Pleite sein.

Als der Hamburger Senat jetzt gegenüber dem HEW-Chef Dr. Oberlack, vom Ex-Aufsichtsratschef Nölling humorvoll »Doktor Dämlack« genannt, das Wort »Fehlinvestition« fallen ließ und eine Neubesetzung des Aufsichtsrats forderte, heulten Springer-Presse und Aufsichtsräte unisono au . »Politische Verzögerungen« beim Bau von Brokdorf und Krümmel stellte »Bild-Hamburg« fest und öffnete seine Spalten dem Aufsichtsrat Willi Burmester zum Interview: »Ziele des Senats sind nach meinen Informationen: Ausstieg aus Brokdorf, Zusammenschluß von HEW, Gas- und Wasserwerken zu einem Stadtwerk.«

Das wäre tatsächlich eine Möglichkeit, die Musik bei den HEW zu bestimmen. Aber dann verlören Burmester und seine Kollegen vielleicht die paritätische Mitbestimmung, und Sozialleistungen wären in Gefahr. Die Belegschaft hält Aktien im Wert von 20 Millionen Mark und glaubt immer noch den Versprechungen des Vorstands, daß Atomstrom Gewinne bringt.

Die Auswechselung einzelner Aufsichtsräte auf der Kapitalseite ist für den Senat nicht ohne Risiko. Rat Plettner gebietet auch über Siemens, und der Konzern hat 4.000 Arbeitsplätze in der Stadt, die auch verlagert werden könnten. Ähnliches gilt für den Pleite-Manager Dürr. Die AEG kann aber nur mit Arbeitsplätzen im benachbarten Wedel drohen.

Burmester bot dem bedrängten Dohnanyi über »Bild« eine Chance, den Streit nochmal beizulegen: »Nur, wenn der Senat seinen Machtanspruch zurücknimmt ... «

Konkret 06/83, S. 40

Sabine Rosenbladt

Zum Beispiel Hunsrück

Während in Genf über den Abbau der Atompotentiale gefeilscht wird, beginnen vor unserer Haustür die Bauarbeiten für die Stationierung der amerikanischen Cruise Missiles und Pershing II. Die Bundesrepublik ist ein riesiges Atomwaffenlager.

Der Wind treibt einen feinen Nieselregen über den Hunsrück. In Gemünden, einem kleinen Dorf etwa in der Mitte zwischen Trier und Wiesbaden, sammeln sich die Bürger trotzdem an diesem Sonntagmittag auf dem Dorfplatz. Die 8. US-Infanterie-Division hat ihnen zum Abschluß des Manövers »Compass-Point« ein Platzkonzert versprochen.

Drei Wochen - wegen der ungünstigen Witterung um eine Woche verkürzt - spielen die Amerikaner zu Beginn des von Ronald Reagan verkündeten »Jahres der Bibel« Krieg. 15.000 Soldaten mit 2.000 Lastwagen und Jeeps, 950 Panzern, 50 Flugzeugen und Hubschraubern - darunter auch Bundeswehreinheiten - waren »im Einsatz«. Über die Manöverschäden gibt es keine Zahlen. Die Lokalzeitung nennt sie »besonders gravierend«. Zwei Kinder wurden schwer verletzt, Personenwagen zerstört, Wälder, Felder und Wege ramponiert, Benzin und Dieselöl in Wasserschutzgebieten ausgekippt.

Trotzdem: Jetzt ist Platzkonzert in Gemünden. Militärisch zackig, in Tarnanzügen mit Stahlhelmen auf den Köpfen, marschieren die Soldaten des Musikkorps auf dem Dorfplatz auf. Bürgermeister Kurt Boch, ein SPD-Mann, steht in der ersten Reihe der Zuhörer. In der Hand hält er ein Buch, eingewickelt in rosa-golden-gestreiftes Glanzpapier: Sein Geschenk für den US-Commander.

Die Hunsrücker Friedensbewegung besteht inzwischen - nach Ostermarsch und vielen Veranstaltungen - aus etwa 1.000 besorgten Bürgern, darunter 200 aktiv handelnde Personen. Damals, im Januar, waren es noch wenige. Dennoch wagen sie es, mit Protestschildern vor dem Bauch, das Militärkonzert zu beeinträchtigen. Während die Kriegsmusikanten den Hoch- und Deutschmeister-Marsch intonieren, ist auf den Transparenten zu lesen: »Hunsrück ohne Militär« und »Was kostet der Manöverspaß?« Es gibt erste böse Blicke und Bemerkungen.

Als dann zwei Jungen ein großes Transparent mit der harmlosen Aufschrift »Friedensinitiative Rhein-Hunsrück - Hunsrück atomwaffenfrei« entfalten und sich damit auf die Straße setzen, um den ohnedies nur spärlich fließenden Verkehr zu blockieren, da ist es den Gemünder Bürgern zuviel. Ein Pulk Zuhörer läßt Musik einfach Musik sein, stürzt sich lautstark auf die Demonstranten und zerreißt das Transparent. »Druff! Druff! Einfach drüberfahren!« werden Autofahrer angefeuert. Herr Boch, im wehenden karierten Trenchcoat, stürzt sich auch ins Getümmel. Das heißt, er wirft sich auf mich, als ich versuche, die haßerfüllten Gesichter zu fotografieren. Krampfhaft hält er das rosa-golden verpackte Geschenk vor meine Kamera, und mit der freien Hand reißt er an meiner Schulter.

Das Transparent liegt längst, in Fetzen zerrissen, im Simmerbach. Die Kapelle spielt »Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wiederha-ha-ha-ben«. Vor allem die älteren Frauen und Männer klatschen demonstrativ Beifall. Zu den Friedensmahnern heißt es: »Geht doch arbeite!«, »Ihr lebt doch von unserer Steuer!«, »Wißt ihr überhaupt, was schaffe ist?« und »Ja, wenn der Adolf nochmal käm, der würd' mit euch aufräume!«

Der Einsatz von Kernwaffen mit einer Sprengkraft von zehn Kilotonnen oder weniger ist gestattet in befreundeten und neutralen Ländern ... Der Einsatz von Kernwaffen mit einer größeren Sprengkraft als zehn Kilotonnen erfordert die besondere Genehmigung des US-Oberkommandos in Europa.«

So steht es im Operationsplan für das 5. US-Korps in Frankfurt/Main.

Im November 1982 wird bekannt, daß in Wünschheim, rund zwölf Kilometer von Gemünden entfernt, erste Bauarbeiten für die Stationierung von Cruise Missiles im Gang sind. Die NATO-»Nachrüstung« ist längst im Gange, für den Hunsrück sind die Genfer Verhandlungen eine Farce. Schon jetzt läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß kaum ein anderes Fleckchen Erde auf der ganzen Welt so vollgestopft ist mit Vernichtungsinstrumenten jeder Art wie der Hunsrück, des Schinderhannes' Räuberwald.

Es ist nicht auf den ersten Blick zu erkennen: Waldige Hügel, zerfurchte Bergrücken, Täler mit Fachwerkhäuschen, eine Landschaft wie aus dem Reisekatalog. Aber: Das hübsche Tal ist in Wahrheit ein gigantisches Munitionslager. Der Berg ist unterhöhlt, ist Bunker, Radarstation und Luftüberwachungszentrale. Das Wäldchen tarnt eine Nike-Herkules-Raketenstellung. Früher oder später enden viele Spaziergänge an einem Stacheldrahtzaun und Schildern wie: »Halt! Militärischer Sicherheitsbereich!« Oder »Vorsicht! Schußwaffengebrauch!«

Atomwaffenlager sind von »konventionellen« Munitionsdepots einfach zu unterscheiden. Sie sind mit doppeltem Stacheldrahtzaun umzogen, haben einen Wachtturm und sind nachts mit orange-farbenen Lampen ausgeleuchtet. So das Lager bei Morbach, aber auch die »US Air Base« Hahn. Hier stehen die ersten 70 F-16-Bomber, ausersehen als Trägersysteme für die »Taktischen Marschflugkörper Cruise Missiles«. Hahn ist Standort des »50th Tactical Fighter Wing« der US-Air-Force. Das Emblem des Geschwaders ist ein Atompilz auf blauem Grund, ein Greifvogel mit Ölzweig und das Motto: »Master of the Sky«. Eine Broschüre erklärt das so: »Der Blitzstrahl und die Wolke verkörpern die Kraft des 50.

Taktischen Jagdgeschwaders, während der Olivenzweig auf die Weisheit und Friedensliebe hinweist, die diese furchtbare Kraft zähmt. Der Wahlspruch 'Beherrscher der Lüfte' bezeichnet unsere Luftüberlegenheit«. Tödliches Pathos der Soldaten.

Die höchste Erhebung des Hunsrück ist der Erbeskopf, 818 Meter über dem Meer. An seiner Flanke führt ein schmaler Waldweg zu dem Dörfchen Börfink. Plötzlich verbreitert sich die Straße, eine Lichtung wird sichtbar mit einem internationalen Parkplatz: Privatwagen mit amerikanischen, kanadischen, belgischen, englischen und französischen Kennzeichen. Ein Stacheldrahtzaun mit schwerbewachtem Eingang. Dahinter liegt der oberirdische Teil des Bunkers.

Das ist die »Anlage ERWIN«. Wozu sie dient, das enthüllt ein kurzer Absatz in einer Festschrift der Luftwaffendivision Birkenfeld mit der Überschrift »Stabs- und Versorgungskompanie DDO SWHQ AFCENT«. Übersetzt heißt das: »Dienstältester Deutscher Offizier im *Kriegshauptquartier* der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte«.

Ein ehemaliger Bundeswehrsoldat, der Mitte der 70er Jahre den Bunker betreten durfte, berichtet von »off-limits«-Bereichen, in denen nur US-Militärs Zutritt haben, von riesigen Mannschaftsräumen und Computeranlagen für die Luftüberwachung, »viele Stockwerke unter der Erde«. Besonders geschockt habe ihn damals die Mitteilung, daß dort unten der Kommandostab »auch im Atomkriegsfall mindestens ein Vierteljahr überleben« könne.

Im Hunsrück gibt es Städte, in denen das Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern 1 : 5 ist. In Baumholder etwa leben rund 20.000 GIs und 4.500 Deutsche, die sich an die Gegenwart von Soldaten aber seit Generationen gewöhnt haben: Schon 1938 ließen die Nazis in der Umgebung von Baumholder 14 Dörfer kurzerhand räumen und auf der so gewonnenen Fläche von über 100 Quadratkilometern einen Truppenübungsplatz einrichten.

»Höhere Gesichtspunkte und Erfordernisse der nationalen Landesverteidigung zwingen dazu, weite Räume als Übungsplätze für die Wehrmacht bereitzustellen, damit die Soldaten ihr Handwerk so gründlich erlernen und erproben können, daß im Ernstfall kostbarstes Blut möglichst erspart wird,« schrieb der NSDAP-Kreisleiter 1938 in der Chronik einer der aufgelösten Gemeinden.

Nach dem Krieg übernahmen die Siegermächte den Platz und dehnten ihn als NATO-Kriegsspielgelände auf seine heutige Größe von 150 Quadratkilometern aus.

Auch seine größten Straßen verdankt der Hunsrück dem Militär: Die »Hunsrückhöhenstraße« etwa, von Göring gebaut. Zur Zeit wird die Stadt Idar-Oberstein durch ein besonders absurdes Projekt, die »Nahe-Überbauung« verschandelt.

Für »Truppentransporte gebraucht« wird - so der rheinland-pfälzische Verkehrsminister Holkenbrink - die geplante neue Autobahn A 60 von Antwerpen nach Frankfurt, deren Teilstück von der belgischen Grenze bis Bitburg (Eifel) bereits im Bau ist.

Man braucht nur die Landkarte anzuschauen, um zu verstehen, von welch hohem militärischen Interesse eine schnelle Verbindung zwischen dem »Big Lift«-Landehafen Antwerpen und den im Rhein-Main-Gebiet stationierten US-Verbänden ist. Die Trasse der »NATO-Rennbahn« verbindet »praktisch alle US- und NATO-Flugplätze, Stützpunkte, Munitions- und Tanklager im Eifel- und Hunsrückraum mit der US-Air-Base Rhein-Main in Frankfurt«, wie es in der Broschüre »Waffeneifel« heißt. Die US-Flugplätze Bitburg, Spangdahlem und Hahn, die Radarstation Prüm, die Munitionsdepots Wittlich und Bad Kreuznach und der Truppenübungsplatz Baumholder werden direkt an der neuen Autobahn liegen.

Der Widerstand in der Bevölkerung gegen das Projekt ist erheblich: Insgesamt liegen 13.000 Einsprüche vor. Ob der Protest jedoch erfolgreicher sein wird als der gegen die Startbahn West in Frankfurt, ist sehr zweifelhaft.

Überhaupt wird derzeit viel gebaut im Hügelland zwischen Mosel, Nahe, Rhein und Saar. in öffentlichen Ausschreibungen der Staatsbauämter Mainz-Nord und Trier-Süd werden Baufirmen aufgefordert, sich an Betonierungs- und Erdarbeiten, Wasser- und Stromversorgungsmaßnahmen, maschinentechnischen Einrichtungen und Straßenbauten für NATO- und Bundeswehranlagen zu beteiligen . Getreu der noch von SPD-Bundeskanzler Schmidt ausgegebenen Devise, die Stationierungsvorbereitungen für Nachrüstungs-»Pershings« und »Cruise Missiles« seien »unter Deckbezeichnungen« einzuleiten, werden von keiner offiziellen Stelle nähere Angaben über den Zweck der Bauten gemacht. Sogar Ralph Herberholz, bis zum März für die SPD im Bundestag und 1979 noch NATO-Doppelbeschluß-Befürworter, fragt sich jetzt: »Inwieweit Werden wir alle beschissen?« Heute bekennt Herberholz öffentlich, daß er seine Zustimmung zum Nachrüstungsbeschluß »bereut«. Als Grund gibt er an, daß sich »hier gewisse militärische Entwicklungen verselbständigt haben, die sich unserer Kontrolle entziehen«. Joachim Mertens, SPD-Fraktionsvorsitzender im Rhein-Hunsrück-Kreis, hat schon vor Monaten gesehen und auch gesagt, daß die seltsamen Bauarbeiten im Hunsrück die Stationierung von Marschflugkörpern bedeuten können. »Unsere Möglichkeit, dies zu verhindern, sind nahe Null«, so Mertes laut »Lokal-Anzeiger«, denn »die Souveränität der Bundesrepublik sei nun einmal nicht mit dem US-Staat Texas zu vergleichen«.

Was diese Sozialdemokraten heute »unerträgliche Informationspolitik« nennen, hat. Ex-Genosse Karl-Heinz Hansen schon vor Jahren in KONKRET als »Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk« bezeichnet. Danach flog er aus seiner Partei, der SPD.

Ein Raketenwerfer vom Typ F 42 rasselte am 23. August 1982 in das Hunsrück-Dorf Hottenbach (nicht zu verwechseln mit dem US-Atomziel Hattenbach). Seine Fracht: Eine LANCE-Atomrakete (Reichweite maximal 110 Kilometer). Im Dorfkern übte das 5. Raketenartilleriebataillon 150 aus Idar-Oberstein den Einsatz im Krieg. Übungsaufgabe der 100köpfigen Batterie war, die Rakete »im Schutz der Ortslage« zusammenzubauen, sie außerhalb des Dorfes in ein Waldstück zu transportieren und von dort den Abschuß zu simulieren.

Hottenbachs Bürgermeister Hallmann berichtet in den »Gemeindenachrichten«: »Angefangen hat alles mit einem Brief des 5. Raketenartilleriebataillon 150, datiert vom 26.4.82, dessen dreisten Beginn ich im folgenden wörtlich zitiere: *'Sehr geehrter Herr Ortsbürgermeister! Nach persönlicher und telefonischer Rücksprache haben Sie sich einverstanden erklärt, daß unsere Batterie die Gemeinde Hottenbach als sogenannten 'Verfügungsraum' benutzen darf... '* Soweit der Batteriechef«, fährt Bürgermeister Hallmann fort, aber »bedauerlicherweise schädigt er mit diesen Worten das Ansehen der Bundeswehr, denn sie entsprechen nicht der Wahrheit. Ich habe weder persönlich noch telefonisch diese sehr weitgehende Zusage gemacht; ich habe weder mit dem Batteriechef noch mit sonst jemand gesprochen.«

Am 4. Mai ist der Gemeinderat dann einhellig zu dem Ergebnis gekommen, das Ansinnen der Bundeswehr abzulehnen. Im August fuhr Bürgermeister Hallmann in Urlaub. Am 23. August rollte die Rakete ins Dorf, nachdem eine »Besprechung mit den beteiligten Stellen« den Gemeinderat (ohne Hallmann) zu der Erkenntnis bewegt hatte: »Diese Übungen erfolgen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen und können nicht untersagt werden.«

Zwei Monate nach der Raketenübung in Hottenbach tagte der Ortsgemeinderat von Herrstein, einer Nachbargemeinde. Auf der Tagesordnung stand unter Punkt 6: »Atomproblematik für den Raum Herrstein«. Gemeinderatsmitglied Uwe Anhäuser, parteilos, hat den Antrag eingebracht: »Die Ortsgemeinde und Gemarkung Herrstein wird zur atomwaffenfreien Zone erklärt. Lagerung, Transport und Einsatz atomarer Waffen in Ortsbereich und Gemarkung Herrstein sind untersagt.« Anhäusers Begründung: »Nachdem US-Politiker jüngst bekanntgaben, daß sie einen begrenzten Atomkrieg in Mitteleuropa für möglich und siegreich durchstehbar halten, ist die Apokalypse in größere Nähe gerückt. Die Verfügungsgewalt über atomare Einsatzwaffen liegt in der Zuständigkeit amerikanischer Militärs. Sie haben insofern das Geschick unseres Landes in ihrer Hand. Der Ortsgemeinderat von Herrstein lehnt dieses bedingungslose Ausgeliefertsein aufgrund seiner demokratischen Verantwortung ab.« So kam es, daß der Gemeinderat die Gemarkung Herrstein mit sechs Stimmen (von Parteilosen und SPD) gegen vier Stimmen der CDU zur atomwaffenfreien Zone erklärte.

Das Militär haben die Hunsrücker seit mehr als vierzig Jahren ertragen gelernt wie die Unbilden der Natur: Tagsüber werden ihre Trommelfelle vom Dröhnen der im Tiefflug über sie hinwegdonnernden Phantom-Jäger, Starfighter und F-16-Bomber malträtiert. Nachts zittern ihre Betten von den Detonationen auf dem nahen Truppenübungsplatz Baumholder, wo achtzehn Stunden pro Woche das Schießen in der Dunkelheit geprobt wird. Im Durchschnitt werden die Dörfer hier jährlich von 400 militärischen Aktionen und Manövern heimgesucht. Das sind mehr Übungen, als das Jahr Tage hat.

»Aber«, sagt Uwe Anhäuser, »das Militär ist der größte Arbeitgeber im Hunsrück, ungefähr 40 Prozent der Arbeitsplätze hängen davon ab. Auch das macht die Leute still.«

Als bekannt wurde, daß im Hunsrück-Dorf Wüschheim 96 »Cruise Missiles« stationiert werden sollen, hat das Pfarrerehepaar Jutta und August Dahl aus Bell ein Bettlaken aus dem Fenster gehängt mit der Aufschrift: »Du sollst nicht töten, weder in Ost noch in West.«

»Ich hatte mir vorgestellt,« sagt Pfarrerin Jutta Dahl, »daß dieses nur das erste von vielen, vielen Spruchbändern sein würde, daß der ganze Hunsrück in irgendeiner Form Widerstand gegen die Raketen demonstrieren würde.« Langsam findet sie Gehör, vor allem bei den Frauen des Kreises. »Hunsrücker Frauen fasten für den Frieden« war das Motto einer vielbeachteten Aktion in der Karwoche, an der auch viele ältere Frauen der Mittelschicht teilnahmen. Andere trafen sich auf dem Marktplatz von Kastellaun, in dessen Mitte noch immer ein Hakenkreuz im Pflaster zu erkennen ist. Sie bildeten einen Kreis, auf dem Rücken trugen sie Papptafeln mit Buchstaben, die den Satz »Wir betrauern die Toten des dritten Weltkrieges« ergaben. Wenn sie sich umdrehten, wurden Seiten aus dem Kastellauner Telefonbuch sichtbar...

Aber die Bösen, das erlebt die ständig wachsende Friedensbewegung im Hunsrück immer wieder, die Bösen sind sie, die den Leuten schreckliche Geschichten erzählen, und sie aus ihrem Dämmerschlaf reißen wollen. Wie Kinder, die vor dem Zubettgehen kein Märchen vom bösen Wolf mehr hören wollen, sind die Hunsrücker vergrätzt und beschimpfen die Erzähler. »Und dann, nachdem der Pfarrer uns zwei Stunden von den Atombomben geredt' hat«, berichtet eine Frau aus dem Bibelkreis, »da hab ich ablenken wollen und hab das Gesangbuch aufgeschlagen - und was schlag ich auf? Ausgerechnet die Stelle mit dem Lied: 'Wach auf, wach auf, du deutsches Land, du hast genug geschlafen!'«

Konkret 06/83, S. 47

Kai Hermann

KONKRET-Extra: Machtkampf der Mullahs

Emotionen beherrschen die Auseinandersetzung über die Islamische Revolution. Für eine Minderheit hat im Iran eine der wenigen klassischen Revolutionen der Neuzeit stattgefunden. Für die Mehrheit, auch der europäischen Linken, ist die Revolution dagegen nur die Machtergreifung von »Klerikal-Faschisten«. Doch die Realität ist komplizierter. Die Berichterstattung über den Iran beschränkte sich bisher meist auf blutrünstige Foltergeschichten und prophezeite das Ende des Regimes. Jetzt gewinnen auch konservative Blätter der Diktatur des Islam bessere Seiten ab und schreiben von Konsolidierung. Ein deutliches Zeichen, daß die Revolution in der Krise steckt.

Die Lufthansa-Maschine nach Teheran ist ausgebucht. Manager und Monteure saufen auf Vorrat und plaudern sich mit Gruselgeschichten aus dem Land der Ayatollahs in den Schlaf. Im Morgengrauen am Flughafen hat der unrasierte Revolutions-Zöllner nur einen müden Blick für den Kofferinhalt. Autoverkehr und Abgaswolken sind so mörderisch wie zu Schahzeiten. Im »Interconti« ist kein Zimmer mehr frei. Wiedersehen nach fast einem Jahr mit der Islamischen Revolution. Es hat sich, auf den ersten Blick, einiges verändert. Damals jedenfalls waren Flugzeug und »Interconti« fast leer, die peinlichen Kontrollen im Flughafen dauerten gut drei Stunden, und die Autos stauten sich allenfalls vor den Tankstellen.

Nun sagt der Generalvertreter von Krupp in Teheran, ein Herr Keller, auf die Frage nach den Geschäften: »Ja, wenn ich's mal so ausdrücken darf, man schnuppert schon allgemein Morgenluft.« Und ein alter Freund, Universitätsprofessor, vor einigen Monaten noch voll unerschütterlichem islamisch-revolutionären Optimismus, meint: »Vieles macht mir Angst, was im Land geschieht. Aber die anderen werden es zu weit treiben. Die Massen spüren, was geschieht. Imam Chomeini wird sie wieder rufen, und sie werden die Revolution weiter führen.«

Es sind keine oberflächlichen Veränderungen, die wir schon in den ersten Tagen registrieren. Realisten und Romantiker einer gesellschaftlichen Revolution im Iran sind sehr leise geworden. Verabredungen mit Anhängern der marxistischen Linken klappen nicht. Auf dem Bazar sind die Gesichter sehr zufrieden.

Ich war vorgewarnt. Die »FAZ« hatte die zuversichtliche Hoffnung geäußert, daß »die islamische Revolution beginnt, erwachsen zu werden«. Der »Spiegel« gar, für den die Islamische Revolution vier Jahre lang nichts als die Terrorherrschaft einiger blutrünstiger Mullahs war, kommt drauf: »Unbestritten ist das Ansehen des Alten (Chomeini) bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.« Das Magazin orakelt vom »Beginn einer neuen Ära« im Iran, daß »Chomeini sich erlauben kann, die Zügel ein wenig zu lockern«.

Die Informationen allerdings bleiben dürftig. Nicht einmal die banalsten, jedem Tagestouristen in Teheran zugänglichen Fakten, hat der angeblich in den Iran entsandte »Spiegel«-Mitarbeiter in seinem Bericht vom 25. April registriert.

»Spiegel«-Zitat: »Die Universitäten sind seit vier Jahren geschlossen mit Ausnahme der Theologischen Fakultät.«

Tatsache: Alle großen Universitäten im Lande haben schon im vergangenen Jahr den nahezu vollen Lehrbetrieb wieder aufgenommen. Mit Ausnahe - wie in Teheran - der Theologischen Fakultät.

»Spiegel«: Das Benzin sei rationiert. Hamsterfahrten »mangels Treibstoff kaum mehr möglich«.

Tatsache: Es gibt keine Treibstoffrationierung und Benzin im Überfluß.

»Spiegel«: »Aber Chomeini ist krank und schwach und nur noch sehr selten in der Öffentlichkeit zu sehen.«

Tatsache: Chomeini greift aktiver in die Revolutionsgeschäfte ein als je zuvor und tritt ein- bis zweimal in der Woche öffentlich auf.

»Spiegel«: Im Kino gibt es »nur noch persische Produktionen«.

Tatsache: Es laufen fast ausschließlich Filme aus westlichen Ländern.

»Spiegel«: »Selten ist nach Sonnenuntergang noch ein Restaurant geöffnet.«Tatsache: Die meisten Restaurants öffnen dann erst wieder.Und so fort. Alles in drei Spalten. Aber auch der »Spiegel« wird schon bald drauf kommen, wie sehr sich das Leben im Iran »normalisiert« hat. Etwas später eben als Krupp-Manager und »FAZ«, die solche Entwicklungen schneller und sensibler registrieren. Denn vorläufiger Höhepunkt der »neuen Ära« im Iran ist die Jagd auf Kommunisten.

Doch von vorn. innerhalb der islamischen Revolutionsführung hat es in den vergangenen Monaten entscheidende Machtverschiebungen gegeben. Zugunsten nicht des liberalen aber des konservativen Flügels.

Die gängigen west-östlichen Polit-Etiketten passen allerdings kaum für die verschiedenen religiös-politischen Schulen und Gruppen, die von Chomeini in der islamisch-revolutionären Bewegung vereint wurden. Grob vereinfacht gibt es zwei Lager. Auf der einen Seite stehen die Anhänger der »Imam-Linie«. Unter ihnen sind Verfechter eines aufgeklärten islamischen Sozialismus ebenso wie sozialreformerische Dogmatiker eines religiösen Radikalismus. Gemeinsam ist ihnen die Forderung, die Revolution, gestützt auf die Massen des städtischen Subproletariats und der Bauern, voranzutreiben.

Ohne Rücksicht auf die Bourgeoisie des Bazars oder den »verwestlichten« Mittelstand. Um nach der erfolgreichen islamischen Kulturrevolution auch entscheidende gesellschaftspolitische Veränderungen zu erzwingen.

Gegen die Imam-Leute, die in den ersten Phasen der Revolution die Entwicklung entscheidend bestimmten, formierte sich eine breite Koalition um die konservative Theologen-Gruppe der »Hujatije«. Zu ihr gehört der traditionell mit dem Großgrundbesitz und dem Bazar verbundene Teil des Klerus, reaktionär-religiöse Geistliche wie »liberale« Pragmatiker. Ihre Verbündeten sind Technokraten und die Bürokratie in den Ministerien. Sie propagieren ein Konzept der Konsolidierung. Sie setzen auf wirtschaftliches Wachstum durch Pragmatismus, Versöhnung mit dem mehrheitlich oppositionellen Bürgertum und die Beendigung der sozialen Reformen.

Zwischen den politisch so unterschiedlichen Gruppierungen gab es in den vergangenen zwei Jahren ein paralysierendes Gleichgewicht. Kaum eine wesentliche Entscheidung zur gesellschaftlichen Neuordnung des Iran wurde getroffen - von der Landreform bis zur Rechtsordnung. Es war ein Gleichgewicht der Unsicherheit, das vom fruchtbaren revolutionären Chaos an der Basis zu Lähmung und Willkür der Führung führte.

Ayatollah Chomeini drängte seit mehr als einem Jahr in fast allen seinen Reden auf Entscheidungen. Nun fallen sie. Und entschieden wird von der konservativen Koalition. Zwar berufen sich die revolutionären Anhänger der »Imam-Linie« auf Imam Chomeini. Doch der Revolutionsführer hat sich bislang, jedenfalls in der Öffentlichkeit, aus Machtkämpfen herausgehalten, bis sie entschieden waren. Er schien auf den Selbstlauf der Revolution zu vertrauen.

Und nun schlägt er sich wieder auf die Seite der stärkeren Bataillone innerhalb der islamischen Bewegung. Zum ersten Mal seit der Revolution kommen sie aus dem vorwiegend konservativen Lager. Ihr wirksamstes Argument in der internen Diskussion: Nach vier Jahren revolutionärer Drangsal und Entbehrung brauche es zumindest eine Atempause, wenn man das Volk nicht überfordern wolle. Der Imam teilt offenbar diese Sorgen. Er entdeckte plötzlich »Unzufriedene und Mäkler« unter seinen Anhängern, die offensichtlich seine Formel, man habe die Islamische Revolution schließlich »nicht für mehr Wassermelonen gemacht« kaum befriedigte.

So war es dann Chomeini selbst, der in den letzten Monaten mit für ihn ungewöhnlich konkreten Forderungen und Anordnungen die permanente Islamische Revolution stoppte. Die Beendigung der Unsicherheit, die Schaffung von Recht und Ordnung wurde zum Grundthema seiner Reden. Und viele seiner Maßnahmen zielten sehr direkt auf die Versöhnung mit den Profiteuren des Schah-Regimes, Oberschicht und Mittelstand.

Persönlich lud der Ayatollah die einst als »korrupte Figuren« gescholtenen Revolutions-Flüchtlinge ein, in den Iran zurückzukehren. Den oft nicht ganz freiwillig Gebliebenen versprach er freie Ausreise. Er ließ die Komitees auflösen, die in den Betrieben vor allem Bewerber um besser bezahlte Posten eher auf Rechtgläubigkeit prüfte als auf berufliche Qualifikation. Seitdem er den Komitees »kleinlichen Extremismus« bescheinigte, zählt bei Einstellungen berufliche Qualifikation mehr als eine dunkle vorrevolutionäre Vergangenheit.

Vor allem aber schränkte Chomeini die Rechte der bewaffneten revolutionären Avantgarde, der Pasderan ein. Der Imam entließ die »Revolutionswächter« aus ihrer Rolle als oft selbstherrliche und ruppige Tugendwächter und schränkte ihre Befugnisse als allgegenwärtige Hilfspolizisten ein. Der Ayatollah untersagte ihnen eigenmächtige Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, erklärte das Abhören von Telefonen oder andere Lauschaktionen zur Sünde. Und wenn die Revolutionswächter bei der Terroristenjagd, so Chomeini, »irrtümlich ein Privathaus oder eine Arbeitsstätte betreten und dabei auf Glücksspiele, Prostitution oder andere Vergehen stoßen, haben sie kein Recht, mit anderen darüber zu sprechen«.

Die Anordnungen des Revolutionsführers sind gewiß notwendige Maßnahmen, um die von ihm selbst ziemlich unumwunden beklagte Rechtsunsicherheit im Iran einzuschränken. Sie sind aber vor allem gezielt auf die weniger strenggläubigen Angehörigen der Mittel- und Oberschicht, die sich von den Revolutionswächtern drangsaliert fühlen.

Chomeini hat kaum plötzliche Zuneigung zur Bourgeoisie entdeckt. Aber er scheint sich von der Fraktion der Pragmatiker beeindrucken zu lassen, die für ehrgeizige ökonomische Pläne qualifizierte Experten braucht. Und die findet sie nicht bei den revolutionär gestimmten Massen, sondern in den Villenvierteln der Städte und unter den Emigranten.

Die bürgerlichen Oppositionellen trauen allerdings keinem Chomeini-Wort. Die Revolution kann allenfalls auf den traditionellen, grenzenlosen Opportunismus in den iranischen Oberschichten bauen. Dort spricht man nicht von beginnender Liberalisierung, aber man nutzt sie zu verbissen ausgelassenen Festen, als bräche der islamische Sozialismus morgen doch noch aus. Batterien von verbotenen Whiskey-Flaschen sind auf Parties im Norden Teherans nicht nur Zeichen ungebrochenen Wohlstands, sondern auch Symbol des Widerstands.

In dem St. Moritz nachempfundenen Skizirkus in den 1 Bergen oberhalb der Hauptstadt hat sich die Jeunesse dorée lange nicht mehr so ungezwungen getummelt wie dieses Frühjahr. Bärtige Revolutionswächter bemängelten die »unislamische Kleidung« fescher Skihasen, störten Pisten-Flirts und drohten mit der Stillegung der Lifte - in offensichtlicher

Überschreitung ihrer vom Imam eingeschränkten Kompetenzen. Aber da oben jedenfalls nahm sie kaum einer noch ganz ernst, und die Lifte fuhren bis zur Schneeschmelze.

Realer Islam in den Bergen. Realer Islam auch in der verstaatlichten Autofabrik »Iran National«. Der Generalsekretär mag sich kaum noch daran erinnern, daß es einmal erklärtes revolutionäres Ziel war, die von ausländischen Zulieferungen abhängige iranische Montageindustrie zu reduzieren, daß der Bau von Personenwagen einmal ganz eingestellt war. Der Generalsekretär spricht heute von Produktionssteigerungen und Expansion. Der Import von Mercedes-Motoren laufe wieder reibungslos. Einige Herren aus Untertürkheim inspizieren gerade das Werk.

Wie es um die Rechte der Arbeiter, um die islamische Demokratie am Arbeitsplatz stehe? Ja, da gäbe es den Entwurf zu einem neuen Arbeitsgesetz. Zum Inhalt möchte sich der Generalsekretär noch nicht äußern. Die Vertreter des Islamischen Arbeiterrates tun es auch nur zögernd: »Wir diskutieren diesen Vorschlag der Regierung noch. Wir konnten aber feststellen, daß er nicht in allen Punkten islamischen Grundsätzen entspricht.«

Tatsächlich ist dieser Gesetzesentwurf der bislang kühnste Vorstoß der konservativen Fraktion. Weder Arbeitszeit noch Mindestlöhne wurden festgesetzt, kollektive, überbetriebliche Tarifverhandlungen sind nicht vorgesehen. Die Arbeiter sollen das mit ihrem jeweiligen Arbeitgeber regeln -. »im Geist der Menschlichkeit und Brüderlichkeit«.

In der Lobby des Parlaments ist der Abgeordnete Fazel Harandi, Mullah der »Imam-Linie«, sehr deutlich: »Arbeiter und Bauern haben unsere Revolution gemacht. Für den Islam und um ihre soziale Situation grundsätzlich zu ändern. Da ist dieses Arbeitsgesetz so, als verschreibe man einem Krebskranken Grippetabletten. Wir werden das diskutieren und ändern.«

Indes lobt im Plenarsaal ein Lobbyist der Händler-Bourgeoisie seine und seinesgleichen Verdienste im Kampf gegen das Schah-Regime. Er wird von einer Minderheit der Abgeordneten ausgelacht und niedergeschrieen. Sie werfen ihm die Verfilzung von Bürokratie und Bazar vor, äußern am konkreten Beispiel den Verdacht der Korruption.

Tumulte sind im Parlament an der Tagesordnung. Bei oft belanglosen Detailfragen werden ideologische Gegensätze mit viel Emotionalität ausgefochten und live im Radio übertragen. »Aber die wichtigen ideologischen Grundfragen wurden hier nie wirklich ausdiskutiert«, klagt der Abgeordnete Harandi. »Und das wäre jetzt wirklich an der Zeit.«

Im Parlament gibt es noch eine knappe Mehrheit für »antikapitalistische« Reformen. Aber parlamentarische Macht ist im System islamischer Gewaltenteilung begrenzt. Ein »Expertenrat« islamischer Schriftgelehrter prüft jedes verabschiedete Gesetz auf islamische Prinzipientreue. Und in dem Rat ist die Mehrheit konservativ.

Auf dem Weg durch die islamischen Institutionen scheiterte vorerst auch die Landreform. Bis 1980 wurden Großgrundbesitzer spontan und selbstverständlich von Bauern und revolutionären Organisationen enteignet. Bis das Parlament ein immer noch radikales Landreform-Gesetz verabschiedete. Der »Expertenrat« legte sein Veto ein. Das Parlament modifizierte das Gesetz. Seit über einem Jahr liegt es nun wieder bei den Schriftgelehrten, die es einfach nicht behandeln. In einigen Teilen des Landes blieb der Großgrundbesitz bis heute unangetastet, in anderen beginnt schon die Rückgabe von »widerrechtlich» enteignetem Land. Auch dafür gibt es pragmatische Gründe. Die planlose Landverteilung hat die Erträge nicht unbedingt gesteigert.

Fazel Harandi meint: »Natürlich ist es mit der Parzellierung des Landes nicht getan. Wir müssen den Boden an Gruppen von Bauern geben, die kooperativ zusammenarbeiten.« Doch solche Pläne, die noch vor einem Jahr offizielle revolutionäre Politik waren, gelten den Konservativen heute als Indizien für den »Einfluß des gottlosen Kommunismus« auf die Islamische Revolution. Und mit dem Einwurf - »das sind alles lügnerische Behauptungen der kommunistischen Tudeh-Partei« - bringt auch im Parlament der Sprecher der Bazarhändler seine »Korruption!« schreienden Gegner zum Schweigen.

Der Vorwurf, mit Kommunisten im Bund zu sein, ist heute beinah so tödlich wie bislang der Verdacht, für den CIA zu arbeiten. Denn mit dem Beginn der »Liberalisierung« im Iran wurde auch die Hatz auf Kommunisten freigegeben. Schon im vergangenen Februar brachten Revolutionswächter den Führer der kommunistischen Tudeh-Partei Nureddin Kianuri und einige andere Mitglieder des Politbüros ins Evin-Gefängnis. Anfang Mai wurde die Tudeh offiziell verboten und gegen alle »Kader ersten und zweiten Grades« Haftbefehl erlassen.

Der Schlag gegen die Kommunisten ist das spektakulärste Zeichen für die Tendenzwende im Iran. Denn die Tudeh hatte wie die Mehrheitsfraktion der marxistischen Fedayin bis zuletzt »kritische Solidarität« zur Islamischen Revolution gelobt. Und diese Solidarität war zweifellos mehr als blanker Opportunismus. Denn Tudehis arbeiteten in der Opposition gegen den Schah mit islamischen Führern zusammen, saßen mit ihnen in denselben Gefängniszellen und wurden gemeinsam gefoltert. Sie analysierten früher als andere Linksgruppen, daß im Iran die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Revolution unter marxistischer Führung nicht gegeben waren. Sie setzten auf eine nationale, nicht-kapitalistische, antiimperialistische Revolution. Sie strebten weder eine pluralistische Demokratie noch die Diktatur des Proletariats an,

sondern akzeptierten von Beginn das Diktat des Islam als Voraussetzung gesellschaftlicher Veränderung. Und Chomeini war für sie der unbestrittene Führer dieser Revolution.

Die Kommunisten fühlten sich als Verbündete der revolutionären Religiösen von der »Imam-Linie«, denen sie ihre Unterstützung geradezu aufdrängten. Sie haben dabei wohl das abgrundtiefe Mißtrauen auch der progressiven Mullahs gegen die materialistische Weltschau unterschätzt. Und sie haben das rigide antikolonialistische Weltbild Chomeinis offenbar nicht ganz ernst genommen. Für den Revolutionsführer sind die Vereinigten Staaten von Amerika der Feind Nr. 1 der unterdrückten Völker, gefolgt von der zweiten Supermacht Sowjetunion. Und das hat auch etwas mit historischen Ängsten des Iran vor dem großen Nachbarn im Norden zu tun und mit der Situation in Afghanistan und mit dem Krieg gegen den Irak.

Denn gerade der Angriff des Irak schien die These Chomeinis von der Verschwörung der beiden Supermächte gegen den Rest der Welt zu bestätigen. Denn der Irak bekam die Waffen für den Angriffskrieg sowohl von den USA und ihren Verbündeten als auch von der Sowjetunion. Die Raketen, die in den letzten Wochen in den dichtbesiedelten Grenzstädten des Iran Hunderte von Zivilisten töteten, waren aus sowjetischer Produktion und heizten die antikommunistische Kampagne an.

Die Tudeh aber diente bis zuletzt der Islamischen Revolution ihre sowjetischen Freunde als natürliche Verbündete an. Die Bindungen der iranischen Kommunisten zur großen Bruderpartei sind traditionell sehr eng. Der Vorwurf der Spionage für die Sowjetunion, der gegen die Verhafteten erhoben wird, mußte wohl nicht einmal konstruiert werden. Denn nach islamisch-revolutionärem Rechtsverständnis gilt schon die Verbindung einer politischen Gruppe zu einer ausländischen Macht als Spionage und Hochverrat.

Dennoch ist die Verhaftung der Tudehis, von denen einige ein Vierteljahrhundert in Schah-Gefängnissen verbracht haben, ohne die innenpolitische Wende nicht zu erklären. Der ermordete politische Kopf der islamischen Bewegung, Beheschti, diskutierte mit Marxisten stundenlang im Fernsehen. Vor einem Jahr noch erschien die Zeitung der Tudeh in hunderttausender Auflage. Bis zum vergangenen Dezember, wenige Wochen vor seiner Verhaftung, konnte Parteiführer Kianuri seine Stellungnahmen publizieren, in denen er zum Beispiel Foltervorwürfe gegen das Regime erhob. Nun ist die totale Verfolgung der Kommunisten der offene Bruch mit dem erklärten Prinzip der Revolutionsregierung, nur gegen terroristische Gruppen mit Gewalt vorzugehen.

Es ist zudem auch unter dem Gesichtspunkt islamischer Revolutions-Raison eine überflüssige Maßnahme. Denn die Tudeh-Partei hatte allenfalls in ihrem Selbstverständnis irgendeinen wesentlichen Einfluß auf die Revolution. Sie kam wie alle nicht-islamischen politischen Gruppierungen im Iran aus dem Bürgertum, wurde gegründet und geleitet von Intellektuellen und ehemaligen Offizieren. Die Tudeh wurde wie Nationalliberale oder Sozialdemokraten mit ihren »importierten kolonialistischen Ideologien« total von der islamischen Bewegung überrollt, in der die iranischen Massen zum ersten Mal ihre politische Identität fanden.

Die Jagd auf die Tudehis ist auch Konsequenz der Auseinandersetzung innerhalb der islamischen Bewegung. So ist es nur scheinbar ein Widerspruch, daß der vermeintliche Verbündete der Kommunisten, die Vertreter der »Imam-Linie«, die Kampagne gegen die Tudeh am lautstärksten führen. Aus ihrer geschwächten Position versuchen die islamischen Revolutionäre so den Vorwurf abzuwehren, sie seien marxistisch unterwandert.

Es ist nicht das erste Mal, daß den Revolutionären droht, die Kontrolle über die Revolution zu verlieren. Die Phasen der Auseinandersetzung im Iran haben Beispiele in anderen klassischen sozialen Revolutionen.

Nach dem Sturz des Schah-Regimes kam es zur Koalition zwischen den radikalen islamischen Fundamentalisten und dem nationalen Unternehmertum. -Erster Regierungschef wurde Bazargan, ein Unternehmer mit ausgewiesener islamischer Gesinnung. Er wollte nach ein bißchen Kulturrevolution einen nationalen Kapitalismus unter dem Dach einer parlamentarischen Demokratie, in dem die traditionellen Parteien des Bürgertums Pluralismus demonstriert hätten. Für ihn und seine Freunde war die Revolution die Befreiung vom übermächtigen Konkurrenzdruck des internationalen Finanzkapitals und der multinationalen Industrie, denen der Schah das Land ausgeliefert hatte. Trotzdem strebten Bazargan und die Bazaris eine »westliche« Orientierung des Iran an und bereiteten die Aussöhnung mit den USA vor. Unterstützt wurden sie von einem nicht unwesentlichen Teil des Klerus unter Führung des damals nach Chomeini einflußreichsten Ayatollahs, Schariatmadari.

Als sich Bazargan mit dem US-Chefagenten Brzezinski in Algier zu Geheimverhandlungen traf, erkannte ein Teil der islamischen Bewegung die Gefahr. Die Gruppierung der »Imam-Linie« formierte sich. Mit einer dramatischen und ungemein wirksamen Aktion unterlief sie die innen- und außenpolitischen Ambitionen der Regierung: Sie besetzte die US-Botschaft. Die Imam-Gruppe schuf durch ihren Coup einen nach außen und innen gesetzlosen Zustand. Mit der Geiselnahme gelang es ihr, die Massen wieder so zu mobilisieren wie in den Tagen des Umsturzes und den Einfluß der Ministerialbürokratie weitgehend auszuschalten. Während der Zeit der Geiselnahme erzwangen revolutionäre Organisationen auch die wesentlichsten gesellschaftlichen Veränderungen wie die Verteilung von Großgrundbesitz.

Neuer starker Mann wurde der Präsident Bani Sadr, der sich mit radikalen Reden zum populären Volkstribun machte, dessen wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm aber eher islamisch-sozialdemokratisch war. Mit reformerischem Pragmatismus wollte er das auf wundersame Weise funktionierende ökonomische Chaos in den Griff bekommen. Er versuchte, islamische Revolutionäre aus wichtigen Regierungsämtern rauszuhalten und besetzte Schlüsselpositionen mit Technokraten. Mit Hilfe der Bürokratie beschränkte er den Einfluß der revolutionären Organisationen. Eine zweite Machtbasis wollte er sich nach dem irakischen Angriff in der Armee suchen, die plötzlich wieder ein wichtiger Faktor wurde, obgleich das Offizierscorps nicht gerade der zuverlässigste Partner der Revolution war.

Doch gerade der irakische Oberfall bewirkte das Gegenteil von dem, was die neuen, hilfsbereiten Freunde des Saddam-Regimes in den USA und in den Golf-Scheichtümern erhofft hatten. Eine dritte Welle des revolutionären Enthusiasmus ging durch den Iran. Held der Abwehrschlachten und schließlich der Siege über die Invasionsarmee war nicht die durch Säuberungen und weltweites Waffenembargo geschwächte Armee, sondern das kaum ausgebildete, miserabel bewaffnete Freiwilligenheer der zum Märtyrertod bereiten Revolutionsgardisten.

Bani Sadr verlor den Machtpoker. In Selbstüberschätzung und totaler Fehleinschätzung der realen Situation verbündete er sich mit seinen bis dahin erbittertsten Gegnern, den links-islamischen Volksmudjahedin. Gemeinsam rief die seltsame Koalition den bewaffneten Volksaufstand gegen Chomeini aus. Zum Volksaufstand kamen nur die für den Bürgerkrieg hochgerüsteten Kader der Volksmudjahedin. Und statt der Massenerhebung begann folgenschwerer Massenmord, Terror und Gegenterror.

Eine der Ursachen für die Schwächung der revolutionären Fraktion innerhalb der islamischen Bewegung ist die Attentatsstrategie der bewaffneten Opposition. Denn mit ihren rund tausend »revolutionären Hinrichtungen« liquidierten die Mudjahedin fast die gesamte politische und religiöse Führungselite der Revolution. Es ist kaum der pure Zufall, daß in der Mehrzahl Vertreter der »Imam-Linie« getötet wurden. Bei dem Attentat im Juni 1981 auf das Hauptquartier der Islamisch Republikanischen Partei wurden Mitglieder des eher progressiven Flügels mit fingierten Telefonanrufen an den Ort der vorbereiteten Explosion gelockt. Unter den 72 Todesopfern waren neben Parteiführer Beheschti vier Minister und 23 Parlamentsabgeordnete. Daß es in den politischen Grundfragen zwischen Volksmudjahedin und Anhängern der »Imam-Linie« ursprünglich kaum fundamentale Gegensätze gab, mag diesen mörderischen Bruderkampf gerade erklären.

Der Terrorismus hat zwar den absoluten Machtanspruch der sich auf Chomeini berufenden Gruppen eher gefestigt. Aber die ermordeten Führer waren nicht zu ersetzen. Es wurde schnell deutlich, wie klein die Gruppe derjenigen war, die die Revolution auch politisch geführt hatte. So gab es niemanden mehr, der das politische Format von Beheschti gehabt hätte. Vor allein auf die wichtigen Regierungsposten rückten Mitläufer aus dem zweiten Glied nach, die das Ziel der Revolution vor allem in der Festigung klerikaler Machtprivilegien und der Durchsetzung religiöser Formalien sehen. In ihren Ämtern lassen sie die aus der Schah-Ära weitgehend übernommenen Bürokratien der Ministerien gewähren.

Es gibt allerdings auch einige objektive Gründe für die Schwächung revolutionärer Positionen. Ein entscheidender ist die Fixierung der Massen auf Chomeini. In dem unerschütterlichem Glauben, daß der Imam stets allein ihre Interessen vertreten wird, daß allein die Befolgung der islamischen Gesetze ihre Situation entscheidend verändern wird, haben sich weder Arbeiter noch Bauern zu eigenständigen Organisationen zusammengeschlossen. Die »Imam-Linie« hat damit keine organisierte Basis. Und die Massen werden den Revolutions-Prozeß mit ihren Millionen-Demonstrationen nur beeinflussen, wenn Chomeini sie ruft.

Die Konservativen können sich dagegen auf das machtbewußte, gut organisierte Handelskapital des Bazars verlassen, mit dem selbst das Schah-Regime nie fertig wurde.

Der Krieg gegen den Irak schließlich, der bis zu den überraschenden Siegen der Iraner Revolutionsstimmung anheizte, wird nun im verlustreichen Stellungskrieg zu einer immer größeren Belastung für die Revolution. In den Freiwilligen-Bataillonen starben die aktivsten und engagiertesten Anhänger der Revolution zu Zehntausenden. Geschätzte 15 Millionen Dollar in Devisen kostet jeder Kriegs-Tag den Iran, der sich Waffen und Ersatzteile zu Wucherpreisen auf dem internationalen Schwarzmarkt organisieren muß, während das mit Milliarden subventionierte Regime in Baghdad waffentechnisch immer überlegener wird.

Dieser »heilige Krieg« gegen den Stellvertreter aller Feinde islamischer Unabhängigkeit hat wohl schon zu viele Opfer gekostet, als daß man einen sieglosen Waffenstillstand aushandeln könnte, ohne einen großen Vertrauensverlust bei den Gläubigen zu riskieren. Denn die Propaganda hat die »Befreiung« der irakischen Glaubensbrüder zum wichtigsten Ziel der Islamischen Revolution gemacht. Eine nicht durch militärischen Erfolg versöhnte Armeeführung hätte nach einem Waffenstillstand Muße für politische Ambitionen und könnte dabei möglicherweise mit der Resignation der Massen kalkulieren.

Die gefährlichsten Deformationen der Revolution aber hat der mörderische Bürgerkrieg hinterlassen. Die Revolutionsführer, die einst als Zeichen ihrer Volksverbundenheit mit dem Autobus fuhren, sind auf gepanzerte Mercedes-

und BMW-Limousinen umgestiegen und mit ihnen alle, die sich auch für unentbehrlich halten. Sie werden ihren Wagenpark kaum aufgeben, wenn der bewaffnete Widerstand endgültig zerschlagen ist.

Der Unterdrückungsapparat,. der gegen die terroristischen Gruppen geschaffen wurde, hat sich längst verselbständigt. Wie sonst hätte Ayatollah Chomeini wiederholt gemahnt, daß die Mißhandlung von Gefangenen eine schwere Sünde sei. Nun erklärte der Imam die Situation in den Gefängnissen zu einem »wichtigen Problem« und berief eine Untersuchungskommission, die in den Strafanstalten nach dem Rechten sehen soll. Gleichzeitig setzte er überall im Land für die Strafverfolgung Zuständige ab.

Der Erfolg dieser Maßnahmen scheint zweifelhaft. Die Mullahs, die zunächst überrascht und hilflos dem perfekten Terror der bewaffneten Opposition gegenüberstanden, haben sich dann bei ihren Gegenmaßnahmen nicht unbedingt von islamischen Skrupeln leiten lassen. Sie überließen die Schmutzarbeit Spezialisten, die sich dazu berufen fühlten. Und es ist wohl mehr als ein Gerücht, daß ehemalige Experten der Savak aus Todeszellen wieder in die Büros der Gefängnisse umzogen.

Bislang jedenfalls war der Umgang mit dem Bürgerkriegs-Feind eher vom Prinzip der Blutrache geprägt als von den humanistischen Idealen des schiitischen Islam. Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheit ist noch immer schwer zu recherchieren. Das liegt nicht zuletzt an der Propaganda-Praxis der Mudjahedin, die schon in der Schah-Ära fantasievolle Horrorgeschichten für wirksamer hielten als Tatsachen und damit auch seriöse Berichte über Savak-Verbrechen unglaubwürdig machten. Unbedingt glaubwürdig in Sachen Iran ist auch Amnesty International nicht, wenn die Hilfsorganisation entgegen ihrer sonstigen Praxis die schweren Vorwürfe gegen das Regime nicht mit einem einzigen selbst recherchierten Fall belegt.

Rational -argumentierende Oppositionelle in Teheran meinen, daß man das absolute, von Chomeini bestätigte Folterverbot des schiitischen Islam nur insoweit respektiere als raffinierte Folterinstrumente nicht eingesetzt würden. Dagegen werde die unter bestimmten Umständen zulässige Prügelstrafe in der Praxis zu einem Mittel der schweren Folter. Glaubwürdig sind Berichte auch aus jüngster Zeit von physischen Mißhandlungen durch Revolutionswächter schon bei der Festnahme.

Wir waren zum zweiten Mal im Evin- Gefängnis, ohne neue Erkenntnisse zu gewinnen. Wir konnten uns wiederum nur in dem Trakt für reumütige politische Gefangene relativ frei bewegen. Ein Gespräch mit dem in Evin inhaftierten Tudeh-Chef Kianuri ließ Gefängnisdirektor Ladjewardi nicht zu.

Der Oberste Staatsanwalt der iranischen Revolutionsgerichte, Mussawi Tabrizi, hält die Inspektion der Gefängnisse durch die Chomeini-Kommission offenbar für überflüssig. »Natürlich weiß der Imam, daß sich unsere Strafverfolgung strikt an die islamischen Gesetze hält,« sagte er uns. Später räumte er dann ein, daß die Kommission doch Ungesetzmäßigkeiten finden könne, denn schwarze Schafe gäbe es schließlich überall. »Dann werden sie mit aller Schärfe bestraft.« Wir werden sehen. Zum Beispiel, was mit den inhaftierten Kommunisten geschieht.

Es gibt auch bei Anhängern der Revolution im Iran mittlerweile einige Skepsis und viel Ernüchterung.

Nach langem Suchen finde ich Massud Bonakdar wieder. Vor einem Jahr war er Abteilungsleiter der revolutionären Aufbauorganisation »Djehad«. Damals zitierte ich ihn in KONKRET mit scharfen Attacken gegen die Bürokratie der Ministerien. Er behauptete, mit 400 Mitarbeitern mehr Projekte zu verwirklichen als das Landwirtschaftsministerium mit 3500 Angestellten. Er war sich sicher, daß Geist und Arbeitsweise der revolutionären Organisationen die bürokratischen Apparate schließlich zerschlagen würden.

Mittlerweile ist der in der Bundesrepublik ausgebildete Wissenschaftler Angestellter des Landwirtschaftsministeriums. »Was soll's«, sagt er, »bei 'Djehad' hat die Bürokratisierung auch längst begonnen.« Tatsächlich werden die revolutionären Organisationen nun Ministerien unterstellt. Ich meine, mich besser als er daran zu erinnern, daß Massud Bonakdar damals von einem industriellen Neuaufbau träumte, der dem Entwicklungsstand des Landes angepaßt ist und zunächst auf hochentwickelte Technologie verzichtet, die Abhängigkeit von den Industrieländern schafft.

Nun steht Massud vor einer riesigen Maschine, in die auf der einen Seite aus Deutschland importiertes Plastik-Granulat reingeblasen wird, und auf der anderen Seite gefüllte Wegwerf-Milchflaschen rauskommen. Schwedische Techniker warten die Maschinen.

Massud Bonakdar ist mittlerweile Direktor einer gigantischen vollautomatisierten Milchfabrik, die den Bedarf der Millionenstadt Teheran beinah deckt. »Es ist das Erbe«, sagt er. »Natürlich brauchten wir nicht gerade Plastik-Milchflaschen. Aber die Maschine stand schon da und hat wahnsinnig viel Geld gekostet. « Bonakdar sagt, er wolle die Kapazität seiner Riesen-Molkerei allmählich verringern. Im Moment aber ist es das Hauptproblem, die Milchversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. »Es ist das Erbe«, sagt er auch, als wir auf die Bürokratie zu sprechen kommen. »Es ist ein sehr schweres Erbe«, meint Bonakdar, als wir von der wachsenden Tendenz sprechen, mit dem Koran unter dem Arm da wieder anzufangen, wo das Schah-Regime aufgehört hat.

Die Architektur-Fakultät der Teheraner Universität hat Pläne vorgelegt, neue Dorfschulen in der traditionellen Lehmbauweise zu errichten, eine Technik, die in Europa gerade wiederentdeckt wird. Das Ministerium lehnt die Pläne ab, weil die Größe der Fenster nicht den Normen entspräche. Die Kräne an den Betongerüsten der Trabantenstädte, die der Schah noch im letzten Amtsjahr mit internationalem Kapital hochziehen ließ, werden schon wieder gewartet. Nach der Revolution sollten diese Monumente »unislamischer Unmenschlichkeit« gesprengt werden. Nun feilschen die internationalen Baukonsortien nur noch um Zinsentschädigung für die vierjährige Baupause, bevor sie die Hochhausblöcke fertigstellen.

Krupp arbeitet mit Hochdruck an einer der modernsten Kupfer-Raffinerien der Welt. Und es ist nur noch eine Frage der politischen Opportunität, wann die Ministerialbürokratie offiziell bekannt gibt, daß die gigantische Atomenergie-Anlage in Buscher von der deutschen Industrie weitergebaut wird.

»Dieses Erbe der Schah-Ära kann man eben nicht mit revolutionären Parolen einfach verschwinden lassen, auch das geistige Erbe nicht«, meint Massud Bonakdar. »Glauben Sie mir, es ist sehr viel schwerer eine Revolution zu machen, als über eine Revolution in Deutschland zu schreiben.« Und bei all meiner Analysiererei vergesse ich natürlich immer eins, könne es als Europäer wohl auch nicht begreifen: den Einfluß, den der islamische Glaube auf diese Revolution habe.

Daß das religiöse Bewußtsein schließlich das gesellschaftliche Sein bestimmt, ist die Grundüberzeugung aller islamischer Revolutionäre. Das religiöse Phänomen ist für unsereins tatsächlich eher zu spüren als zu begreifen.

Vor allem unter den Hunderttausend beim Freitagsgebet oder während einer Audienz bei Ayatollah Chomeini.

Da warten einige hundert Auserwählte, Angehörige von Kriegs-»Märtyrern«, drei Stunden in der schäbigen Moschee aus blankem Beton und etwas bröckelnder Farbe des Imam Chomeini. Sie starren auf einen abgewetzten Sessel mit einem weißen Laken drauf, der Chomeinis Thron ist. Sie bereiten sich auf das Erscheinen des Imam vor. Da ist ein ungeheurer Fanatismus im Raum. Aber dieser Fanatismus hat nichts gemein mit fanatischen Ausbrüchen in unserem Kulturkreis. Er scheint merkwürdig gebrochen. In einem Moment werden mit erhobenen Fäusten haßerfüllte Parolen gegen die USA, die Sowjetunion oder Israel geschrien, im nächsten werden die Gläubigen von Weinkrämpfen geschüttelt, weil jemand in selbstgemachten Versen die unzähligen Tragödien des schiitischen Islam bis zur Gegenwart besingt. in diesem Fanatismus ist mehr Trauer und Melancholie als Haß und Selbstbewußtsein. Denn nicht der Sieg, sondern das Märtyrertum ist sein höchstes Ideal.

Als Chomeini endlich erscheint, bleibt nichts von der gespannten Atmosphäre. Sie weicht beinah kindlicher Ausgelassenheit. Es ist, als hätten die Menschen eigentlich gar nicht mehr erwartet, ihren Imam lebend zu sehen, als wären sie plötzlich von der Furcht erlöst, die nächste große Tragödie hätte schon stattgefunden.

Denn die 1.400jährige Geschichte der Schiiten ist eine Geschichte der permanenten Niederlagen. Nur am Anfang war ein Sieg. Der Prophet Mohammed entmachtete an der Spitze eines Volksaufstands die herrschende Händler-Klasse von Mekka und verkündete die klassenlose Glaubensgemeinschaft. Doch die mächtigen Familien Mekkas paßten sich schnell an, traten zum Islam über und sicherten ihre Privilegien, indem sie über die Nachfolger Mohammeds als Kalifen mitbestimmten oder sie gleich aus den eigenen Reihen stellten.

Die Schiiten aber bekennen sich ausschließlich zu jenen Mohammed-Nachfolgern, die den Kampf gegen die herrschende Klasse wieder aufnahmen und dabei unterlagen.

Der erste von ihnen war der engste Vertraute und Vetter des Propheten, Ali. Er herrschte nur wenige Jahre in einem Teil des arabischen Reiches. Alis Entwurf einer gerechten Gesellschaft ist das religiös-politische Leitbild der iranischen Revolution, jedenfalls für die Anhänger der » Imam-Linie«. Ali zerschlug die korrupte Bürokratie und baute ein basisdemokratisches System auf. Er selber wollte nur »Berater« des Volkes sein. In einer Art früher Genfer Konvention wies er seine Heerführer an, niemals einen Angriffskrieg zu führen und niemals Verwundete, Fliehende oder Gefangene zu töten. In einem überlieferten Brief an einen seiner Gouverneure warnte er vor der »Arroganz der Macht«, mahnte zum demokratischen Regieren, »denn Gott wird jeden arroganten und gnadenlosen Tyrannen demütigen«. Vor allem warnte er vor der herrschenden Klasse: »Die reichen und mächtigen Personen haben gar keinen Reichtum geschaffen, sie haben ihn lediglich aus den Massen herausgesaugt. Bedenke, daß diese privilegierte Schicht der Abschaum der Menschheit ist ... Dagegen sind, die einfachen Menschen, die Armen, die Randgruppen unserer Gesellschaft, die Pfeiler des Islam.«

Ali wurde von einem Kaufmanns-Clan besiegt und ermordet. Alle seine von den Schiiten anerkannten und als Imame verehrten Nachfolger wurden ermordet oder starben als Märtyrer im Kampf gegen die mächtigen Handels-Dynastien. Der zwölfte Imam verschwand nach der schiitischen Überlieferung. Er wird danach erst wieder erscheinen, wenn die Voraussetzungen für die »gerechte Gemeinschaft« geschaffen sind, um den Gottesstaat auf Erden zu verwirklichen.

Ayatollah Chomeini gilt wie andere religiöse Führer vor ihm als der vom Volk berufene Stellvertreter des verschwundenen zwölften Imam. Die Gläubigen in seiner Moschee rufen ihm zu: »Gott erhalte Dein Leben, bis der 12. Imam erscheint.«

Ein frommer Wunsch. Denn Chomeinis Staatswesen ist noch ziemlich weit entfernt von jener Gesellschaft, die nach religiöser und historischer Überlieferung der Propheten-Vetter Ali vor fast anderthalb Jahrtausenden anstrebte. Und die Gefahren für die Islamische Revolution sind denen nicht unähnlich, die elf Imame im frühen Mittelalter umbrachten.

Konkret 06/83, S. 60

Peter Meleghy

Hamburger Modell

Ärzte, die sich mit ihrer Standesorganisation oder der Krankenkasse anlegen, haben nichts zu lachen. Und Augenärzte sollten sich tunlichst davor hüten, Streit mit »ihrem« Optiker anzufangen. Nicht gerade zum Wohle der Patienten, wie die Geschichte von Dr. Karsch zeigt.

Der Augenarzt Dr. Thomas Bruno Karsch ist ein Gerechtigkeitsfanatiker. Und neben dieser gefährlichen Leidenschaft kann er auch nicht den Mund halten. Deshalb geht es dem Doktor schlecht.

Alles hatte so schön angefangen. Gleich zu seiner Approbation 1974 waren ihm von dem Optiker-Unternehmer Fielmann geeignete Praxisräume zur Miete angeboten worden. Und das im Hamburger Villenvorort Volksdorf, eine Voraussetzung, die das Herz eines jeden Augendoktors höher schlagen lassen. Auch Dr. Karsch war nicht abgeneigt. Zumal Fielmann ihm versicherte: »Ich will Ihnen die Räume nicht aufdrängen.« Das war auch gar nicht nötig. Selbst die Tatsache, daß Optiker Fielmann dieser Praxis gegenüber eine Filiale besitzt, hat den jungen Doktor nicht gestört. Denn weder Besitz noch Betrieb eines Optikerladens hielt er damals für unmoralisch, und er unterschrieb den Mietvertrag beim Brillenhändler.

»Das ist eine ganz alltägliche Geschichte«, erzählt Bruno Karsch heute. »Bereits Assistenzärzte an Universitätskliniken bekommen derartige Angebote. In meinem Vertrag hat sogar dringestanden, daß mein Vermieter in einem Umkreis von zwölf Kilometern mit keinem anderen Augenarzt 'zusammenarbeiten' dürfe. Nun, er hat's getan, aber das war gar nicht so wichtig.«

Das Schlimmste für den damals 32jährigen Augendoktor, der nicht nur Geld verdienen, sondern auch die (Ein-)Sicht eines ganzen Stadtteils verbessern wollte, hat mit einer schlichten Lesebrille begonnen. »Eines Tages«, berichtet er, »hat mich eine ältere Patientin angerufen, der ich eine Lesebrille verschrieben hatte. Sie sehe mit der Brille eigentlich ganz gut, nur sei ihr alles zu dunkel, vor allem das Lesen falle ihr schwer. Ich war einigermaßen erstaunt und habe ihr gesagt, daß ich das Ding gern sehen würde. Als sie zur mir gekommen ist, hab' ich noch mehr gestaunt - die Lesebrille war dunkel getönt. 'Aber ich hab Ihnen doch helle Gläser verschrieben', war meine spontane Reaktion, und sie bestätigte es auch, 'Jawohl, aber der Optiker hat gesagt, getönte Gläser seien besser für meine Augen. Und mehr Geld gekostet haben sie auch.'«

»Das muß man sich einmal vorstellen«, erzählt Dr. Karsch, »da verpaßt ein Optiker einer 60jährigen Frau eine getönte Bifokalbrille, mit der sie selbstverständlich auch Auto fährt. Daß sie bei Dämmerung kaum etwas sehen kann, das weiß der Optiker zwar, stört ihn aber kaum. Denn er hat ein paar Mark mehr verdient.« Der Doktor: »Wahrscheinlich brauch' ich es nicht besonders zu betonen, daß ich diese Praxis für kriminell halte und daß ich sie verbieten würde, wenn ich nur könnte.«

Dr. Karsch weiter: »Nachdem die Patientin gegangen war, hab' ich den Geschäftsführer angerufen, der die Filiale gegenüber der Praxis geleitet hat. Ich war empört, hab' das auch nicht verheimlicht und ihn naiv gefragt: 'Wie konnten Sie nur?' Doch der antwortete kühl, ich möge mich um meinen eigenen Dreck kümmern und nicht vergessen, von wem ich meine Praxisräume miete. Daraufhin hab ich ihm versprochen - so ruhig ich in der Aufregung nur konnte - alles zu tun, damit er seinen Job loswerde.« Mit Erfolg.

Zunächst ging's mit dem Doktor bergauf. Er vergrößerte seine Facharztpraxis, gründete eine Kontaktlinsen-Firma in einem Raum nebenan und stellte einen diplomierten Augenoptiker ein. Aber nun waren Ärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung entsetzt - er habe den Feind eingestellt. »Dazu muß man wissen«, sagt Dr. Bruno Karsch, »daß zwischen Optikern und Augenärzten schon seit Jahrzehnten ein heißer Kampf tobt.« Es geht - natürlich - ums Geld. Und um das Problem, daß beide meistenteils das gleiche tun: Refraktion, zu deutsch Brillenbestimmung. Etwa 60 Prozent der Patienten kommen wegen einer Brille zum Augenarzt oder zum Optiker. Als die Ärzteorganisationen den Optikern verbieten wollten, die Brillenstärken zu bestimmen, haben die Optiker geklagt und Anfang der 70er Jahre gewonnen. Seitdem funktioniert es so, daß die Optiker in allen einfachen Fällen die Brille anpassen - und das oftmals auch bei der 'Erstbrille', was sie nach diesem Gerichtsurteil eigentlich nicht dürfen. Ich bin allerdings schon vor acht Jahren der Meinung gewesen, daß eine einfache Brillenanpassung keine ärztliche Leistung ist, sondern eine technische, die jeder ordentlich ausgebildete Optikermeister spielend erledigen kann - und hatte mit dieser Meinung alle Ärzteorganisationen gegen mich. Aber damit nicht genug. Denn umgekehrt war ich der Meinung, daß die Anpassung einer Kontaktlinse, die ein direkter Eingriff am Auge ist, unbedingt von einem Augenarzt ausgeführt werden soll - und hatte mit dieser Meinung die Optiker gegen mich.«

Obwohl alle betroffenen Standesorganisationen dagegen waren - die Praxis lief. »Jahre später«, berichtet Dr. Bruno Karsch, »haben die Krankenkassen erkannt, daß die Lösung für sie billiger ist, und die gehen heute mit meiner Idee hausieren und nennen sie das 'Hamburger Modell'. Allerdings haben sie wenig Erfolg damit, denn für dieses Modell sind Idealisten notwendig, die viel arbeiten aber nicht so viel Geld verdienen wollen. Der Optiker in der eigenen Praxis kostet nämlich mehr als er einbringt, er ermöglicht aber, daß der Kontakt zwischen Arzt und Patient besser funktioniert.«

Doch 1975 wurde das, was Dr. Karsch versuchte, noch nicht »Hamburger Modell« genannt. Er war ein Schandfleck für den Stand. Und so hat's begonnen, wie immer, wenn den Kassen - und im Hintergrund der Ärztekammer - einer nicht paßt: Ihm wurde vorgeworfen, er habe die »ärztliche Beratung« (Position Nr. 1 in der Gebührenordnung) zu oft abgerechnet. »Stimmt«, sagt Dr. Karsch. »Ich habe die 'eins' auch dann abgerechnet, wenn der Patient 'nur' vom Optiker bedient und beraten worden war. Insgesamt hab' ich aber mehr 'Beratungen' geliefert als abgerechnet - bei den meisten Krankenkassen laßt sich diese Position nur einmal im Quartal in Rechnung stellen. Das war auch kein echter Vorwurf.«

Um den mißliebigen Doktor auszuschalten, kamen ihm die Krankenkassen außerdem mit dem »Fallgruppenwert«. Das ist die Durchschnittszahl der Medikamentenpreise, die die Ärzte pro Patient verordnen. Also eine statistische Zahl, die über den Einzelfall nichts besagt. Wem vorgeworfen wird, er habe den Fallgruppenwert überschritten, der hat den Patienten angeblich zu teure Medikamente verordnet. Und wer so etwas getan hat, bekommt einen Brief von der Kasse: »Sie haben den Fallgruppenwert um 80 Prozent überschritten, wenn das noch einmal vorkommt, werden wir Abzüge von Ihrem Honorar vornehmen.« Nur - diese Verwarnungen kommen mit erheblicher Verspätung an, die bis zu einem Jahr betragen können. So liest der Delinquent im nächsten Quartal gleich die folgende Mitteilung: »Sie haben den Fallgruppenwert wieder um 80 Prozent überschritten, wir kürzen Ihr Honorar pro Schein um 50 Pfennig. Sie können gegen diesen Beschluß Widerspruch erheben.« Bruno Karsch: »Ich habe also Widerspruch erhoben. Daraufhin wurde ich vor ein Tribunal zitiert, da sitzen Leute von der Kassenärztlichen Vereinigung, von der betreffenden Kasse, außerdem Ärzte, meist ältere Kollegen. Diese Anhörungen finden abends um zehn statt, ich war immer hundemüde. Meine medizinischen Argumente, warum ich wann was verordnet hatte, waren sorgfältig ausgearbeitet, logisch begründet, und ich hab sie mit wohlformulierten Sätzen überzeugend zum besten gegeben - hab' ich mir gedacht. Doch das Gegenargument der Herren lautete: 'Ja, glauben Sie denn, daß Sie klüger sind als wir?' Daraufhin hab' ich kapituliert und ehrlich gestanden: 'Nein, das glaub ich wahrhaftig nicht. Ich habe an der Universität Medizin gelernt und keine Geschäftemacherei. In dieser Beziehung sind Sie mir haushoch überlegen.'«

Was die meisten Ärztekollegen besser können, erklärt Dr. Karsch so: »Die Sache ist geradezu teuflisch: Krankheiten wie Bindehautentzündung oder Lidrandentzündung kann ich mit einem wirksamen Präparat relativ schnell ausheilen, der Patient kommt nicht wieder, aber für das Quartal wird es teuer. Kollegen, die bessere Rechner sind, verordnen Salben, die zwar nicht heilen, aber billig sind. Das hat gleich zwei Vorteile: Die Patienten kommen wieder, und die Kassen lieben die Ärzte wegen ihrer 'Sparsamkeit'. Um es mit einem schlichten Satz zu sagen: Ich halte das für dumm und kriminell.«

Mit seinem Verhalten ist Dr. Bruno Karsch eine ausgesprochene Ausnahme unter den deutschen Medizinern. »Ich habe die jungen Kollegen gesehen,« sagt er, »die vors Krankenkassentribunal zitiert worden sind, aschfahl und zitternd. Die werdenden ominösen Fallgruppenwert nie mehr überschreiten. Die werden verordnen, was billig ist, auch wenn's nur dem Hersteller nützt. Das ist doch letztlich ein Betrug an den Patienten. Ihnen wird das Recht genommen, auch im nächsten Vierteljahr ordentlich und wirksam behandelt zu werden. Ich klage meine Professoren an der Universität an, daß sie mir nichts von den Widrigkeiten eines praktizierenden Mediziners gesagt haben. Die herrschende Praxis macht es mir unmöglich, meinen Patienten das zu verordnen, was ich meiner Familie und mir selbst verordnen würde. Das allein halte ich für meine Pflicht.

Und wenn ich das nicht tue, bin ich ein Schwein.« Nach endlosen und zermürbenden Debatten mit Ärztekammer und Kassenärztlicher Vereinigung hat Doktor Karsch schließlich das Handtuch geworfen. »Gut, hab ich mir gesagt, ich bin nicht an Hamburg gekettet, ich liebe meinen Beruf, ich gehe in ein 'Notstandsgebiet', wo es weit und breit keinen Augenarzt gibt, vielleicht werden mich die Kassen dann liebgewinnen.« .

Er ging nach Elmshorn in Schleswig-Holstein - warum auch nicht - und beantragte seine Kassenzulassung. Dr. Karsch: »Die Kassenärztliche Vereinigung antwortete meinem Anwalt, ich solle erst meine Hamburger Zulassung zurückgeben. Mir ist das zwar ein wenig komisch vorgekommen, aber auch mein Anwalt hat mir zugeraten, und so hab ich es getan. Sie, ahnen schon was kommt. Die Kasse hat geschrieben: 'Wir geben Ihnen die Zulassung nicht.' Und ich hab geschrieben, 'ja, aber nur deshalb hab' ich doch meine Hamburger Zulassung freiwillig zurückgegeben.' Und die Kasse hat geschrieben: 'Ihr Fehler'.«

Weil er keine andere Wahl hatte, eröffnete Augendoktor Karsch eine Privatpraxis, eine Alternative, von der es sich auch in einem medizinischen Notstandsgebiet nicht leben läßt - und klagt weiter auf Kassen-Zulassung. »Das Kurioseste ist,« sagt er bitter, »daß ich inzwischen auf die Kassenzulassung pfeife, weil sich die Arbeitsbedingungen so verschlechtert haben, daß ich allein fürs Überleben eine Patientenschleuse einrichten müßte. Die Klage freilich kann ich nicht zurückziehen, sonst sagen die Kassen, na bitte, er fühlt sich doch im Unrecht. Aber ist das nicht ein Skandal, daß dieser Streit auf den Rücken der Patienten ausgetragen wird, die in einem medizinischen Notstandsgebiet einen Doktor weniger haben?«

Heute arbeitet Dr. Thomas Bruno Karsch als Schiffsarzt. Zwischen den Reisen macht er Praxisvertretungen. In einigen dieser Facharztpraxen für Augenkrankheiten arbeiten Augenärzte und Optiker zusammen. Die Krankenkassen sind mit der Lösung zufrieden. Sie nennen sowas das »Hamburger Modell«.

Konkret 06/83, S. 64

Karl Pawek

Von der Milchkuh zum Menschen

Alternativen zur Antiquiertheit linker Politik

Natürlich können wir so weitermachen, aber so kann es nicht weitergehen. Vielleicht gelingt es uns sogar, eine fünfte Million. Unterschriften gegen die »Nach«-rüstung zu sammeln und für die nächste Friedensdemo achtzigtausend Menschen mehr zu mobilisieren. Tausende Menschen in diesem Land arbeiten dafür, opfern viel Zeit und Geld. Trotzdem werden neue Raketen bei uns aufgestellt werden, weil wir Rüstungsgegner - gemessen an der Zahl der Gesamtbevölkerung - eine erbärmlich kleine Minderheit sind, im Ernstfall vielleicht ein halbes Prozent. Diese 300.000 Bundesbürger werden im Herbst versuchen, die Entladung und den Transport der Raketen zu verhindern und dafür Prügel, Gas und Schüsse in Kauf nehmen. Die Polizeiführung hofft insgeheim (einer ihrer Vertreter hat es bereits ausgesprochen), daß der erste Tote ein Polizist sein möge, ein jungverheirateter Vater wäre am geeignetsten, damit die folgenden Knüppelorgien gerechtfertigt erscheinen.

Nun bietet ein heißer Herbst, so zynisch dies klingen mag, politisch durchaus interessante Perspektiven: er wird die schleichende Repression durch das hier herrschende Regime aus den Kulissen des scheindemokratischen Rechts-Staates hervorlocken, sie als brutale Staatsgewalt sichtbar machen. Aber gaukeln wir uns nichts vor. Abgesehen von jenen Wenigen, mit deren Beulen auch ihr Bewußtsein wächst, wird die Wirkung unseres Widerstandes gering bleiben. Die Herrschenden, das haben die Auseinandersetzungen um besetzte Häuser in Berlin bewiesen, sind lernfähig und verfügen über die materiellen, wissenschaftlichen und publizistischen Mittel, uns zu isolieren. Sie können dies, weil die überwältigende Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung ahnungslos-ohnmächtig aus diffusen Ängsten und in dumpfen Gefühlen einer Politik, die sich meßbar gegen ihre Interessen richtet, Gefolgschaft leistet.

Hätten die Bundesdeutschen am 6. März wirklich bewußt und frei wählen können, wäre die regierende Rechtskoalition an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert. Doch die Mehrheit der Bundesbürger vertraut den Konservativen und rechten Sozialdemokraten. Wir Linken sollten gelegentlich auch einmal Kneipen aufsuchen, die nicht zur Szene gehören, zu Tanzveranstaltungen gehen, uns in Kleinstädten und Dörfern umsehen, auf Kegelbahnen und in unserer Verwandtschaft: Ängste, Minderwertigkeitsgefühle, verinnerlichte Normen, Riten bestimmen das Leben der Menschen (auch unseres, nur sind wir uns bestenfalls dessen bewußt). Diese verzweifelt ordentlichen Menschen, diese ausgelaugten, immer zu kurz gekommenen Mütter mit ihren gepanzerten Brüsten und den Dauerwellen auf den Köpfen, diese gebückten geilen Männer mit dem akkuraten Haarschnitt sind nicht böse und nicht dumm. Sie sorgen sich aufrichtig um ihre Kinder und ihren Besitz, sind rührend zu Tieren und verstehen viel von ihrer Arbeit und ihren Hobbys. Aber sie sind nicht fähig, bewußte politische Entscheidungen zu treffen, weil sie psychisch krank sind. Generationen von Herrschern und ihre Büttel, die Priester, Beamten, Lehrer und Schreiber, haben ihnen unsichtbare Zwangsjacken verpaßt, deren infamer Mechanismus jede Absicht in ihr Gegenteil verkehrt. Wenn der Träger einer solchen Zwangsjacke einen Mitmenschen umarmen will, schlagen seine Arme zu, statt zu streicheln. Und wenn er jene, die ihn um den Lohn seiner Arbeit betrügen, an diesem Diebstahl endlich hindern will, packen seine Arme statt dieser einen Genossen, der sich aus seiner Zwangsjacke befreien konnte, um ihn anklagend vor die Obrigkeit zu schleppen.

Wissen allein garantiert keine vernunftgemäße Entscheidung. Zunächst müssen die Voraussetzungen geschaffen sein, dieses Wissen zu akzeptieren und in eine Handlung umsetzen zu können. Die Studentenbewegung, solange sie eruptiv war, ahnte dies. Sie suchte neue Formen des Zusammenlebens, wollte sich von der sexuellen Zwangsmoral befreien, Hierarchien beseitigen, die Schule gründlich verändern, um so die Menschwerdung der Kälber zu ermöglichen.

Doch den Nachwuchspolitikern in ihren eigenen Reihen, den verkrampftesten unter ihnen, die sich lieber profilieren als befreien wollen, gelang es, die Bewegung zu kanalisieren, bis sie in einzelnen, streng voneinander getrennten Kanälen versickerte. Heute bieten Psychologen Therapiekurse an für Wohngemeinschaften, flüchten Jugendliche wieder in Zweierbeziehungen, feiern Religiosität und Innerlichkeit beklemmende Urstände, gründen bewegte Bürger freie Schulen, um ihrem Nachwuchs den falschen bürgerlichen Traum von der seligen Kindheit zu verwirklichen. Wilhelm Reich geriet wieder in Vergessenheit, und die angestrebte pädagogische Revolution hatte allein eine Verfeinerung, eine psychologische Verbrämung der Disziplinierungs- und Abrichtungsmethoden zur Folge.

Trotzdem müssen wir es erneut versuchen; es gibt keine Alternative, diese Gesellschaft zu verändern. Eine revolutionäre Situation ist auf absehbare Zeit nicht einmal denkbar. Zu differenziert und vollkommen sind inzwischen die Steuerungsmöglichkeiten der Herrschenden. Kapital, Wissenschaft, Technologien und Medien ermöglichen es ihnen heute, jede revolutionäre Entwicklung im Keim zu ersticken (und wenn sie sich dazu der Sozialdemokratie bedienen müssen). Aber auch wenn es einer Avantgarde gelingen würde, die Macht in unserem Land zu übernehmen, wäre dies keine ermutigende Lösung, wie die Geschichte der sozialistischen Staaten beweist. Ein erzwungener Sozialismus muß sich nicht

nur gegen seine äußeren Feinde wehren, sondern sich auch behaupten gegen seine eigenen Bürger, in deren Köpfen und Herzen der Morast unserer vieltausendjährigen Kulturgeschichte gärt.

Die Tatsache, daß wir Linken in der BRD nicht in der verführerischen Lage sind, gesellschaftliche Veränderungen gegen die Mehrheit der Bevölkerung zu erzwingen, ist auch eine historische Chance. Ein bundesdeutscher Sozialismus ist nur als Basisbewegung denkbar. Nur eine große Mehrheit engagierter und entschlossener Sozialisten kann hierzulande eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bewirken. Denn in hochindustrialisierten und somit auch hochorganisierten Gesellschaften bedarf es fast des gesamten Volkes, um die Macht der Herrschenden zu brechen. Das freilich macht die politische Arbeit so mühsam bei uns. Im Unterschied zu allen bekannten historischen Modellen müssen wir erst die Menschen, dann die Macht gewinnen.

Das setzt ein anderes, ein neues Verständnis von Politik voraus. Wir müssen endlich damit beginnen, unsere konservativen Mitbürger ernst zu nehmen in ihren Ängsten und Abhängigkeiten und dürfen uns nicht länger wie Prediger verhalten, die auf Plätzen und in Postillen Wahr- und Weisheiten verkünden, die niemand hören will und verstehen kann.

Die Anti-»Bild«-Kampagne ist ein Beispiel unseres traditionellen Politikverständnisses. Sie beruht auf der Vorstellung, ein unschuldig-edles Volk werde von ein paar bösen Lohnschreibern im Auftrag ihres Verlegers verhetzt. Aber »Bild« war und ist zuallererst nicht das Instrument eines reaktionären Verlegers, sondern raffinierter Ausdruck der Meinung und Stimmung von Millionen Menschen. »Bild« schafft keine falschen Bedürfnisse, bedient sie nur und verfestigt sie somit. Wenn es tatsächlich jemandem gelingen sollte, Springer zu enteignen, würde die bundesdeutsche Bevölkerung einen neuen Springer finanzieren.

Traditionelle Politik bietet den Menschen Formeln, Erklärungsmodelle, Zielvorstellungen an. Solche Parolen können nur wirksam werden, wenn die Angesprochenen intellektuell und psychisch in der Lage sind, sie als Lösungen ihrer ökonomischen Probleme und psychischen Ängste zu akzeptieren. Aber so vernünftig der antiimperialistische Kampf gegen die Monopole und für die Enteignung der Konzerne auch wäre, die Bevölkerung, in Wahlen befragt, wählt den ökonomischen Wahnsinn, wählt den Aufschwung des Kapitals auf Kosten der arbeitenden Menschen. Sie akzeptiert Lohn- und Rentenkürzungen, Kürzungen der Sozialausgaben, und wahrscheinlich kommt wirklich keiner auf die Idee, von sich aus einmal nach dem Rüstungsetat zu fragen. Vor diesem Hintergrund haftet der traditionellen politischen Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit der Linken etwas lächerlich Antiquiertes an.

Fortschrittlicher (häufig wohl wider Willen) und zukunftsreicher sind da schon die Grünen und die Frauenbewegung. Inhaltlich erscheinen viele ihrer Analysen und Forderungen ein Rückschritt hinter Marx und Bebel. Revolutionär aber sind ihre Wirkungen.

Unabhängig davon, ob man die Atomkraftwerke oder den Kapitalismus, den sauren Regen oder den Kapitalismus, die Unterdrückung der Frau oder den Kapitalismus für das entscheidende Übel hält, bewirken Grüne und Frauen für die Veränderung unserer Gesellschaft mehr, als die jahrzehntelange parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit linker Parteien es vermochte. Denn Grüne und Frauen verändern nicht (zumindest nicht primär) die Politik, sondern die Menschen und schaffen damit die Voraussetzung für eine veränderte Politik.

Jede Frau, die sich aus einem Abhängigkeitsverhältnis von Männern löst, ihre Beschränktheit auf eine Rolle überwindet, ihre intellektuelle Minderwertigkeit als Suggestion durchschaut, macht eine Metamorphose durch von der Milchkuh zum Menschen. Und jeder Bürger, jeder Jugendliche, der sich wehrt gegen die Entscheidungen der Flickvertreter, der Widerstand praktiziert gegen die Zerstörung seiner Umwelt, seines Lebens, entzieht sich dem Einfluß der Herrschenden sowie ihrer Ersatzspieler von der Sozialdemokratie und damit auch deren Manipulation.

Nur aus Handlungen gewinnt der Mensch Mut. Wer freilich nur demonstriert, nur studiert, nur bumst, wird dabei bestenfalls vorlaut. Mut ist nicht Aggressivität durch Verdrängung, Mut ist die Erfahrung der bewirkten Veränderung. Und nur mutige Menschen sind fähig, einen humanen Sozialismus zu erschaffen.

Linke Politik sollte sich weniger auf Theorien als auf Beobachtungen gründen, weniger auf vorformulierte Ziele als auf Bedürfnisse der Menschen. Und es reicht eben nicht aus, linke Politik an dem Bedürfnis nach Arbeit, Lohn und Frieden zu orientieren. 95 Prozent der Menschen, die am 6. März die Rechtskoalition gewählt haben, taten dies in der ehrlichen Hoffnung, die Konservativen würden ihren Besitz und Frieden sichern können. (Höchstens fünf Prozent der Wähler hatten wirklich ein ökonomisches Interesse an einem Sieg der Rechten.) Sie ahnten, daß eine sozialdemokratische Regierung vom Kapital boykottiert werden würde und zu schwach und perspektivlos wäre, diesen Boykott systemkonform zu überwinden. Und weitergehende Alternativen, als sie die Sozialdemokratie zu bieten hat, sahen sie nicht und konnten sie mit ihren Scheuklappen auch nicht sehen. Es klingt paradox, aber es waren gerade die klassischen linken Wahlparolen von Arbeit und Lohn, die die Wähler in die Arme Strohls trieben. (Wäre es der Nachrüstungspartei SPD gelungen, das Thema Frieden weiter in den Vordergrund zu drängen, hätte das Ergebnis der Wahl - Analysen beweisen es - anders ausgesehen.)

Verhaltensänderungen setzen Vertrauen und damit Gewohnheit voraus. Nur in den seltenen Fällen, in denen eine Erklärung politischer Vorgänge mit einer Erfahrung des Angesprochenen übereinstimmt (also z.B. *nach* dem atomaren Holocaust),

kann Theorie Abhängigkeiten und Tabus überwinden. Wer einem Jugendlichen ermöglicht, lustvoll sein Geschlecht zu begreifen, wer eine Haus- und Ehefrau aus ihrer doppelten Isolation in eine Frauengruppe führt, wer Männer zum Lachen bringt über sich selbst, wer seine kulturellen Bemühungen auf die Verbesserung von Essen, Trinken und Schlafen richtet, wer sich um die banalen Sorgen seiner Mitbürger kümmert, weil er weiß, daß Banalität nur die reduzierte Erscheinungsform eines immer bedeutsamen Phänomens ist, leistet für die Durchsetzung linker Politik mehr, als Karsten Voigt, Oskar Negt und Herbert Mies zusammen.

Wer dieses neue Verständnis linker Politik als politische Befähigung des einzelnen zur Politik nicht begreift, wird mit seinem traditionellen politischen Verständnis und Handeln an seiner eigenen Frustration ersticken. Denn natürlich können wir so weitermachen, aber so werden wir nicht weiterkommen.

Konkret 06/83, S. 66

Jack Lang

Handeln statt reden

Der französische Kulturminister Jack Lang gehört seit dem Amtsantritt von Francois Mitterrand zu den Stars der sozialistischen Regierung. Sein Etat wurde mehr als verdoppelt, er inszenierte die pathetisch-triumphale Amtseinführung des Präsidenten ebenso wie den pompösen Weltwirtschaftsgipfel in Versailles. Schwierigkeiten bekam Lang erst, als er den »kulturellen Imperialismus« der Amerikaner geißelte. Getreu seiner neuen Außenpolitik wies Mitterrand seinen Minister zurecht und stufte ihn zum Ministre délégué herab, der nicht mehr automatisch an den wöchentlichen Kabinettssitzungen teilnimmt. Dennoch bleibt er einer der wichtigsten Politiker der sozialistischen Regierung. Mit Jack Lang sprachen KONKRET-Mitarbeiter Jan-Phillip Sendker und Laurent Dispot.

KONKRET: Für Sie haben die Kultur und Kulturpolitik eine entscheidende Bedeutung im Kampf gegen die Wirtschaftskrise. Warum?

Lang: Seit Jahrzehnten wurde die Kultur als eine etwas abseits liegende Welt betrachtet, ohne direkte Verbindung mit dem sozialen Leben, wo jeder Zuflucht vor den wirtschaftlichen Problemen suchen konnte. Für mich, wie für alle, die seit 1981 in der französischen Regierung waren, ist Kultur weder ein Mittel zum Ausgleich, noch ein Mittel der Ablenkung, sondern im Gegenteil: sie stellt das Fundament einer Gesellschaft dar. Denn sie ist eine Kraft, die es jedem erlaubt, seine Umgebung besser zu verstehen und sie somit auch besser zu beherrschen. Deshalb ist der Platz der Kultur im Herzen der sozialen Veränderung.

Die Menschen zielen heute auf eine neue Organisation der Arbeit, und auf eine neue Konsumhaltung. Kultur kann nicht mehr nur auf die schönen Künste begrenzt werden. Sie bestimmt jedes Vorhaben, das die Regierung unternommen hat, ob Dezentralisierung, ob neue Arbeitsgesetze, ob Entwicklung oder Einrichtung neuer Kommunikationsnetze. Eine Gesellschaft, die den Willen hat zu erfinden, zu kreieren, ist besser gegen Krisen gewappnet. Deshalb zielt meine Politik darauf, die Initiative, die Vorstellungskraft und die Kreativität zu fördern. Parallel dazu will ich unser kulturelles Erbe für alle zugänglich machen, da das Wissen um die Vergangenheit die beste Lehre ist, um die Zukunft vorzubereiten.

KONKRET: Sie sagen: »Kultur und Wirtschaft, das ist derselbe Kampf.«

Lang: Ausgangspunkt des wirtschaftlichen Wettbewerbs ist doch die Initiative, ist der Einfall. Und es gibt keinen Einfall, keine Idee, keine Erfindung ohne vorhergehende Erziehung, ohne kulturelle Ausbildung. Außerdem ist die Kultur direkt an die wirtschaftliche Entwicklung gebunden: In den vergangenen zwei Jahren haben wir in Frankreich mehr als 10.000 Arbeitsplätze auf dem Gebiet der Kultur geschaffen.

KONKRET: Kultur und Wirtschaft. Haben Sie deshalb die »Ecole nationale de création industrielle« gegründet?

Lang: In Frankreich gibt es, mindestens seit dem letzten Weltkrieg, eine gewisse Gleichgültigkeit, was die Form von Mobiliar, Muster oder Industriedesign betrifft. Das hat zu Schwierigkeiten in diesen Bereichen beigetragen. Die Möbelfabrikation zum Beispiel befindet sich in Frankreich in einer Krise, weil es ihr an Innovatoren und neuen Formen fehlte. Konsequenz: Frankreich, das die größten Waldbestände Europas hat, exportiert sein Holz, um es dann in Form von Möbeln wieder zu importieren, anstatt sie selber herzustellen. Diese neue Schule für Industriedesign ist dazu bestimmt, Hersteller und Designer auszubilden.

KONKRET: Es wird Ihnen vorgeworfen, daß Sie Europa in Ihrer Politik vernachlässigen, und lieber eine Gemeinschaft der lateinischen Länder, vielleicht sogar unter französischer Führung, hätten?

Lang: Wir haben keine Lektion im »europäischen Patriotismus« zu erhalten, von wem es auch sei! Wir waren es, die die meisten Initiativen auf europäischer Ebene ergriffen haben. Die erste Konferenz der europäischen Kulturminister habe *ich* vorgeschlagen. Sie war in Neapel, vergangenen September. Und gerade habe ich ein Dekret unterzeichnet, daß den Status des *Théatre national de 1'Odéon* ändert. Es wird in ein Europa-Theater umgewandelt. Aus einem der ältesten Nationaltheater mitten im Herzen des Quartier Latin wird ein Europa-Theater mit Ausländern an der Direktion. Und außerdem: Nehmen Sie das Kino, die Steigerung der Co-Produktionen. Mit Deutschland haben wir ein ganz außergewöhnliches Projekt ausgearbeitet: einen gemeinsamen Fond, um Co-Produktionen zwischen Deutschland und Frankreich zu finanzieren. *»Querelle«* von Fassbinder wurde aus diesem Fond finanziert. Der Fond existierte bei meiner Ankunft auf dem Papier, war aber mit keinerlei Mitteln ausgestattet. Das ist der Unterschied zwischen denen, die reden und denen, die handeln. Ich glaube, daß der nächste Film von Schlöndorff nach Prousts »*Auf der Suche nach der verlorenen Zeit«* auch einen Zuschuß aus diesem Fond erhalten wird. Außerdem bereiten wir gerade eine Versammlung vor, die ich für den kommenden September vorgeschlagen habe. Eine Versammlung über die Filmproduktionen in Europa. Sie wird die Cineasten aus allen europäischen Ländern zusammenführen, um unsere gemeinsamen Interessen zu diskutieren: wie angesichts der neuen Technologie die filmische Kreativität europäischer Länder erhalten bleibt. Das ist sehr wichtig! Ich bin ein Fanatiker der europäischen Idee! Leider haben die, die immer vorgaben, gute Europäer zu sein, sich niemals um die Kultur gekümmert. Man hat von Wirtschaft gesprochen, man hat von Handel gesprochen, aber man hat nie über die Kultur

gesprochen. Und ich bin traurig, daß das kulturelle Europa sich nicht schneller aufbauen läßt, ich bedaure das sehr. Wenn europäische Minister zusammentreffen, dann spricht man von nichts anderem als von Karotten....

KONKRET: Seit Ihrer Rede auf der Weltkulturkonferenz in Mexiko, auf der Sie den kulturellen Imperialismus anprangerten, ist Ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gespannt...

Lang: Diese ganze französisch-amerikanische Geschichte, das ist reine Phantasterei, das ist eine Geisteskrankheit, reine Paranoia. In Wirklichkeit gibt es ein echtes Einvernehmen zwischen der künstlerisch-intellektuellen Gemeinschaft Frankreichs und der Amerikas. Ebenso wie ich meine, daß es dieses Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich gibt.

Das ist die Rechtspresse oder einige Männer der Rechten, die diese künstlichen, skandalösen Widersprüche zwischen Nationen und Ländern erfinden. Ich habe um so weniger Schwierigkeiten in Amerika, als ich viele Freunde dort habe, und meine Freunde sind nicht unbedingt die »Feinde meiner Feinde«. Wir haben im Februar eine Konferenz in der Sorbonne zum Thema Krise und Entwicklung veranstaltet. Viele Amerikaner waren dabei: so zum Beispiel Norman Mailer, Susan Sontag, der Volkswirtschaftler Galbraith, der Nobelpreisträger Leontiew, die Filmemacher Coppola und Samuel Fuller. Das war eine Delegation von ungefähr 25 Amerikanern, unter ihnen die bedeutendsten.

KONKRET. ...und?

Lang: ... und die haben bei der Rückkehr in ihr Land ihre Freundschaft für uns und unsere Politik ausgedrückt.

KONKRET: Empfinden Sie die amerikanische Kultur, oder Teile von ihr, als dekadent?

Lang: Ich weiß nicht, was das ist, die Dekadenz, ich weiß es wirklich nicht.

KONKRET: Hat das Wort keinen Sinn für Sie?

Lang: Nein.

KONKRET: Also gibt es keine dekadente Kultur?

Lang: Es kann etwas wirklich Dekadentes geben. ein zunehmender Verlust der Identität, der Verkümmerung von Initiativen und Erfindungen, eine Verarmung der Kreativität. Kann man das von den Vereinigten Staaten sagen? Ich glaube es nicht. Und ganz persönlich halte ich es für unmöglich, sehr tiefgreifende Bewegungen erkennen zu können - und kulturelle Bewegungen sind immer sehr tiefgreifende -, während man gleichzeitig die Nase gänzlich in die Aktualität des Tages steckt.

KONKRET: Sind Sie ein Kultur-Protektionist?

Lang: Der größte Protektionismus, den ein Volk der Kultur anderer Länder entgegensetzt, das sind keine Gesetze oder Reglementierungen, sondern das ist die gelebte Kultur eines Volkes. Das amerikanische Volk stellt einen solchen Protektionismus dem Eindringen kultureller Produkte von Übersee entgegen. Ich meine einen ganz natürlichen Schutz durch fehlende Anziehung. Die meisten europäischen Kinofilme zum Beispiel haben sehr große Schwierigkeiten, in den Vereinigten Staaten erfolgreich zu sein, nicht wegen der Gesetze oder Reglementierungen, sondern aufgrund des Geschmacks...

KONKRET: Aber Sie haben doch in Frankreich umstrittene Maßnahmen getroffen. Ein Beispiel: im französischen Fernsehen müssen 60 Prozent der gezeigten Filme aus französischer Produktion stammen.

Lang: Unser Land ist nicht protektionistisch, es ist offen für die Kunst der Welt! In Paris können Sie heute nachmittag zur gleichen Zeit 200 Filme aus allen Kontinenten sehen. Das gibt es nirgendwo anders! Ich weiß gar nicht, was Protektionismus heißen soll, den praktizieren wir ganz und gar nicht! Je mehr ausländische Künstler hierher kommen, um so glücklicher sind wir! Und das aus vielen Gründen: zuerst, weil es ganz egoistisch unser Interesse ist, daß Frankreich durch den Beitrag anderer Kulturen reicher wird. Frankreich hat in der Kunst große Zeiten gekannt, vor allem dann, wenn es durch Künstler aus anderen Ländern wie Deutschland, England, usw. provoziert worden ist.

KONKRET: Viele französische Intellektuelle haben ein ziemlich gespanntes Verhältnis zu Ihrem Ministerium und auch zu Ihrer Regierung.

Lang: Wir haben niemals behauptet, ein Einparteienstaat zu sein. Daß es da einige feindlich Gesinnte gibt, ist normal, das Gegenteil wäre anormal. Die Zahl derer, die mit uns arbeiten, die uns unterstützen, ist sehr beeindruckend. Gar nicht gerechnet die Theaterleute, die in der Mehrheit hinter uns stehen, wie auch die Mehrheit der Musiker und Cineasten. Aber das Verhältnis zwischen Macht und Intellektuellen ist natürlich immer zerbrechlich. Um so besser.

KONKRET: Sie arbeiten in der Regierung zusammen mit Kommunisten. Wir sind gerade im Jahr des 100. Todestages von Marx...

Lang: Marx ist einer der Riesen des 19. Jahrhunderts. Das ist ein Mann, der sehr oft bemerkenswerte Werke geschrieben hat, selbst wenn ihre Schlußfolgerungen mit der Erfahrung zu revidieren sind. Und obendrein ist er ein bemerkenswerter

Schriftsteller gewesen.

KONKRET: Was meinen Sie damit?

Lang: Für uns Franzosen denke ich an all die historischen Texte, die er über bestimmte Momente unserer Geschichte geschrieben hat, an den Staatsstreich von 1851, dem zukünftigen Napoleon III, oder was er den »Bürgerkrieg in Frankreich« nennt. Oder auch an den Text über die Pariser Kommune. Man kann nicht Marx für jene verurteilen, die ihn auf kriminelle Weise mißbraucht haben. Ich verurteile die, die behaupten, Marx habe diese Regime geboren. Das ist eine Absurdität! Aber ebenso wie den kommunistischen Totalitarismus verurteile ich die Niederwerfung verschiedener Völker im Namen der kapitalistischen Freiheit. Ich kann das Massaker an den Indianern in Guatemala nicht akzeptieren, ebensowenig wie die Versuche einer Invasion in Nicaragua, um dieses Volk daran zu hindern, frei zu leben, oder den Mord an Zehntausenden von salvadorianischen Bürgern. Leider hat für zu viele Regierungen, europäische eingeschlossen, der Mensch nicht immer den gleichen Wert. Als ob sein Leid von einem Kontinent zum anderen verschieden sei. Für uns ist ein Mensch ein Mensch, wie immer sein Verhalten sein mag, von welchem Kontinent er auch immer kommen mag.

KONKRET: Die französischen Sozialisten haben sich entschieden: Frankreich wird verkabelt. Warum?

Lang: Auf Dauer ist es nicht möglich, sich dem Fortschritt der Technik zu widersetzen. Im Gegenteil: man muß die Vorteile, die sie uns hinsichtlich kultureller und sozialer Vorhaben bietet, ausnutzen. Wir haben uns für die Glasfaser entschieden. Sie hat die Eigenschaft, eine interaktive Kommunikation zu ermöglichen. Das heißt: eine Kommunikation, mit deren Hilfe die Öffentlichkeit selbst handeln kann: eingreifen, bestellen, befragen, absenden, alles von Haus aus, mit so einer Art Computer. Es funktioniert in beide Richtungen, etwa wie ein Telefon - im Unterschied zu einem Verteilungssatelliten, der nur einseitig sendet. Der Bürger ist also nicht mehr nur ein Empfänger, sondern auch ein Absender. In Frankreich macht die geringe Anzahl der Frequenzen praktisch jede Form von lokalem Fernsehen unmöglich, außer eben mit einem verkabelten Netz. Vielleicht wäre es endlich möglich, die verschiedenen Zielgruppen zufriedenzustellen, anstatt sich die Bedürfnisse eines nicht existenten Durchschnittsbürgers auszudenken.

KONKRET: Sind für Sie denn mit der Einführung neuer Medien keine Gefahren verbunden?

Lang: Doch. Zum Beispiel, daß die Qualität der Programme unter den immensen Möglichkeiten der Technik leidet. Selbst heute schon gibt es in einem so großen Land wie die Vereinigten Staaten einen Hunger nach kulturellen Programmen, der nicht befriedigt werden kann. Die Frage, die wir uns stellen müssen: Kann man wirklich in diesem Rhythmus kreativ sein? Verliert man nicht den Sinn für die Zeit? Viele Journalisten scheinen zu glauben, man könne einen Schriftsteller fabrizieren wie man ein Radieschen züchtet...

KONKRET: Wer wird die Programme gestalten? Haben Sie schon ein Konzept, wie Sie den Gefahren begegnen wollen?

Lang: Wir werden alle möglichen Gebrauchsformen testen und so unsere Erfahrungen vermehren. Das Gesetz zur audiovisuellen Kommunikation von 1982 setzte das Monopol der öffentlich rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten außer Kraft. Die Programmgestaltung wird also von öffentlichen und privaten Gesellschaften abgesichert werden, die aber einer öffentlichen Kontrolle unterliegen.

KONKRET: Ihre Ausbildung als Jurist, Sie waren Dekan an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät in Nancy, wird im Ausland nicht immer wahrgenommen. Hilft Ihnen diese Ausbildung jetzt?

Lang: Ganz enorm! Ich habe das Glück, durch meine Ausbildung zum Juristen und auch durch meine zweijährige Erfahrung an der Spitze einer öffentlichen Einrichtung, dem »Théatre national de Chaillot«, Mechanismen und Getriebe ganz genau zu kennen. Ich kann mit hohen Beamten aus dem Budget- oder Finanzministerium ohne Komplexe diskutieren, ohne mich von ihren Spitzfindigkeiten oder ihren Tricks beeindrucken zu lassen.

KONKRET: Die Sprache der Kultur unterscheidet sich sehr von jener der Administration. Sie beherrschen beide?

Lang: In einem so durchorganisierten Staat wie dem französischen ist das keine schlechte Sache.

KONKRET: Zum Schluß eine persönliche Frage. Was hat Sie in den vergangenen zwei Jahren am meisten enttäuscht?

Lang: Oh, ich habe soviel Befriedigung erlebt, daß die Enttäuschungen, wenn es welche gab, verschwindend gering waren. Ich bin sehr zufrieden mit der getanen Arbeit, ich sage nicht: zufrieden mit allen Ergebnissen. Schauen Sie, das ist die Gradeinteilung: Das Wenige, was wir gemacht haben, ist sehr viel, denn wir haben in den zwei Jahren mehr getan als unsere Vorgänger in zwanzig, aber das, was wir getan haben, ist nichts im Verhältnis zu dem, was wir noch an Arbeit zu tun haben. Das heißt, wir müssen Kurs halten und hartnäckig bleiben.

KONKRET: Was haben Sie persönlich noch vor? Wollen Sie Ihr Leben lang Kulturminister bleiben?

Lang: (lachend) Warum nicht...

Konkret 06/83, S. 70

Caroline Fetscher

Geniale Dilettanten

Die Rockgruppe »Ton, Steine, Scherben« ist auf Tournee. Zusammen mit »Schröder Roadshow« rocken sie in 33 Städten 33mal vier Stunden lang.

Es ist Sommer in Nordfriesland. Die ländliche Musik-Bohème ist ausgeflogen, »Ton Steine Scherben« sind auf Tournee. Auf dem einsamen Hof sitzen nun fünf als Wächter und Schließer bestellte Paare bis in die Nacht wach und spielen Skat. Wir kennen uns erst seit heute.

Die gute Laune ist noch unsicher, als um zwei Uhr draußen Schritte scharren und die Hunde bellen. Nervös geworden greifen wir nach Schürhaken, leeren Flaschen, Werkzeugen, durchkämmen in unvermittelter Panik das Haus. Wir finden niemanden. Schließlich sagen wir uns, Einbrecher hätten es wohl auf die Anlage im Studioschuppen abgesehen gehabt. Doch nichts erklärt den wilden Angstausbruch von zuvor.

Heute weiß ich, vor wem wir den Scherben-Hof schützen mußten: Vor Rachegeistern nämlich, die die Gruppe fast schon seit ihrem Hit »Keine Macht für Niemand!«, 1972, verfolgen. Denn die Scherben leben einen Traum, den andre sich verbieten. Sie haben sich von niemandem zähmen lassen, keiner Mode gehorcht, sich nicht funktionalisieren lassen, den Deckel jeder Kiste gesprengt, in die man sie gesteckt hat, keinen Promoter den Rahm ihres Erfolges abschöpfen lassen, nicht zuzulassen, daß die Schrumpfkopfjäger der Medien sie abhäuten.

»Ton Steine Scherben« sind fünf Musiker - mitunter zwei bis drei mehr -, die 1970 als erste Rockband deutsche Texte schrieben.

Mit »Macht kaputt, was Euch kaputt macht« feierten sie ihr Debüt als Kampfgruppe der Berliner Subkultur. Im Gegensatz zu anderen utopisch-naiven Formationen gibt es sie heute noch. Im Mai und Juni dieses Jahres touren sie mit der Band »Schroeder Road Show« (»Bonn bei Nacht«) durch Deutschland. Berlins TEMPODROM wäre beim Konzert bald geplatzt, und das Publikum war jünger als im letzten Jahr. Sänger Rio Reiser: »Von zehn aufwärts singen die mit«. Evergreens und Hits sind härter, rhythmusbetonter geworden, voll kryptischen Witzes und manchmal verzweifelt die Songs der im März 1983 rausgekommenen LP »Scherben«, die seltsam selten im Radio gespielt werden.

Als die Scherben 1975 abgekämpft aufs Land umsiedelten, geben sie fast vier Jahre lang keine Interviews mehr. Von den Massenmedien fühlen sie sich »zugleich etikettiert und boykottiert«, um sich selbst betrogen. Die im gleichen Jahr aufgenommene LP »Wenn die Nacht am tiefsten« (... ist der Tag am nächsten!) und zwei Tourneen 1976 überbrücken die Schweigepause. Der Scherben-Musik fehlen jetzt Häuserkampf und Mach-ne-Faust-aus-deiner-Hand, dafür gesteht sie die Verunsicherung der Dürreperiode ein, in der die Szene, das ganze Land Identitätsnot leidet: »Ich komm aus der Wüste aus Stahl und Glas/Ich komm aus der Wüste aus Angst und Haß/Wo die Menschen verhungern auf der Suche nach Liebe ... zeig mir den Weg hier raus!«

Zur Jahrzehntwende brach offiziell die Eiszeit aus. Die Scherben wurden nicht tiefgekühlt, aber düsterer, verworrener, wie ihr schwarzes Doppelalbum »Scherben IV« vom Januar 1981, mit dem apokalyptischen »Jenseits von Eden«, dem Lied an das Ungeborene: »Bleib wo Du bist!«.

Die Wende in Bonn wendete auch die Scherben von heute. »Laß uns ein Wunder sein« heißt mutig eins der schönsten Lieder der neuen Platte. Ein Wunder *sind* sie. Denn sie sind weder glorreiche Komponisten noch Lyriker. Ihr Erfolg ist vielmehr ein alchemistisches Ereignis: Gewöhnliche Metalle verschmelzen zu Gold. Im Mittelalter wäre aus ihnen ein aufrührerischer Vagantenhaufen geworden, beim »Sturm und Drang« Kämpfer für Liebe und Freiheit.

Deshalb hat die Gesellschaft der Dekadenten und Zyniker, die Equipe der Coolness des modernen Musiktreibens, auch Grund zum Neid auf die von ihr verachteten, uncoolen Fossilien. Denn die Scherben sind zwar immer Zeitgeist, aber nie modisch. Sie verschenken sich, zersplittern, können trauern und sich wieder sammeln, und das macht stark.

Kern des Gruppenkerns und Herz der Scherben ist Rio Reiser, 32, Sänger, Berliner Prophet. Er ist zart, singt hart und warm und eigen. Mit jedem Publikum korrespondiert er: »Auf der Bühne habe ich kein Alter.« Er erscheint als der radikalste der Gruppe, Anti-Dogmatiker, Unakademiker, wie die andern: »Mit dreizehn wollte ich mich nicht konfirmieren lassen, ich dachte der Teufel versucht mich«, grinst er. Seine Ironie ist angeboren, sie ist berlinisch, nicht böse.

Sein Leben lang ist er von Ort zu Ort gereist, überall so zu Hause, wie in verschiedenen Religionen und Scenes. Schon die Mama, erzählt er, nahm den kleinen Rio Heiligabend nicht mit zu den sühnenden Brotkanten-Protestanten, sondern in die Heilige Messe, zu den Katholiken. »Die Show fand sie einfach besser«, wirft Rio salopp hin.

Von der Bibel und von Thomas Müntzer lernt Rio so gern wie von Patricia Highsmith und Lawrence Durrell und moderner Polit-Inszenierung. Im nordfriesischen Fresenhagen sieht man alle paar Monate die Peking-Oper auf Video. »Davon haben wir auch unsre Lightshow geklaut«, gibt Rio zu. Mao ist für ihn der Mann des Jahrhunderts. »Er hatte Humor, er war klar,

durchbrach immer wieder alte Grenzen.« Ebenso liebt er Papst Johannes Paul I., wegen seines Satzes: »Gott ist sowohl Vater als auch Mutter.«

Rio, wenn er im Konzert das Ende von Herr- und Knechtschaft besingt zu Jahrmarkts-Rockmusik »Der Turm stürzt ein! «, brüllt, läßt in der Ecke des Saales, wohin sein Finger weist, imaginäre Wolkenkratzer im Bruchstaub zerkrachen. Unwillkürlich dreht sich alles hin, um das zu sehen, erschrocken, begeistert, als der Rock-Prophet »Hallelujah!« ruft, und sich zum »Amen« beinah selbst auslacht.

Der Prophet hat nicht nur Charme und Kraft, er hat eine Erotik, die der von Mick Jagger gleicht. Nur ist sie zarter, schwankender, humaner. Er singt, auf Zehenspitzen federnd vorm zu hoch angebrachten Mikrophon, verströmt Power, daß sogar kleine, hartgesottene Punkies in seinen Liedern baden und ihr gefärbtes Igelhaar vorn vor der Bühne in Lärm und Licht auf- und niederfliegt. Dennoch: Die letzten Gerüchte von »Ton, Steine, Scherben« sind düster. Sie wollen sich auflösen.

Bitte, überlegt's Euch nochmal?

Konkret 06/83, S. 71

Sabine Bredy

Ich fühl mich gut - ich steh auf Ostblock

Seit Udo Lindenberg den »Honey« als Schrat anmacht und sich damit in die Hitlisten hochkatapultierte, schwappt die neue deutsche Ostwelle.

»Ich würd' gern einmal in Dresden singen/in Weimar, Halle oder Heinrichsruh/Namen sind das, die für mich mehr nach. Ferne klingen/als Singapur, Los Angeles, La Paz und Katmandu ... «

Schon morgens um sieben werden wir hellwach gerüttelt: Ach möcht so gern in Dresden singen.« Der verhinderte Sänger und Fernreisende ist Reinhard Mey. »Mit Liedern im Gepäck« sei er gefahren, »von Ort zu Ort in Nord und Süd und West«. Ober die DDR-Grenze hat er sein Gepäck bislang nicht gekriegt. Und daran muß er »ganz oft« denken, neuerdings. Der frankophile Liedermacher hat plötzlich sein Herz für den wilden Osten entdeckt. Den kennt er nur »aus zweiter Hand«. Die Städte hat er »mit eig'nen Augen nie gesehen«, seine Freunde kennt er »nur von Bildern, aus Briefen, die manchmal hin und her gehen«.

Hat Reinhard Mey ein schwaches Herz? Verwechselt er die DDR mit Albanien? Oder hat er etwa die 25-Mark-Mindestumtausch nicht auf der Naht? Immerhin war der »besinnliche« Sänger (Funkwerbung) länger nicht in den Charts (West). Ach, er möchte »so gern hören, daß die Lieder hier wie drüben klingen«, er weiß, »ein Lied würde das Eis wohl brechen«. Lustvoll zitiert der Eisbrecher die unaussprechlichen Namen seiner Traumziele: »Stendal, Meißen, Zittau und Küstrin«. Da beutelt ihn die Wehmut: »Mag sein, es wäre klüger, stumm zu bleiben, wenn ich mit meinem Lied nichts ändern kann. Mag sein, und doch, ich muß es einfach schreiben, zu lang schon und zu oft denk ich daran.«

Nie war Reinhard so modern wie heute. Denn nicht nur Eis, sondern auch Plattenverkaufsrekorde brach heuer ein anderer »unkluger« Sänger ostblöcklerischen Liedgutes: Udo Lindenberg. Sein »Sonderzug nach Pankow« ist zwar nicht dortselbst, dafür aber in den heimischen Hitlisten hervorragend angekommen. Kein Tag vergeht, an dem »Gospodin« Lindenberg den »Towarisch« Erich Honecker nicht per West-Radio um eine »Jodel-Lizenz« für den Arbeiter- und Bauernstaat ersucht. Allein das lohnt sich schon mehr, als tatsächlich dort hinzufahren/aufzutreten. Denn Udo will ja nur »wenig Money«. Sein liebster Auftrittsort sei der »Republik-Palast«, und er habe »furchtbar viele Freunde in der DDR, und täglich werden es mehr«.

Vor allem hier werden sie mehr. Liegt also plötzlich den bundesdeutschen Gottlieb-Wendehals-Fans ein ost-westlicher Kulturaustausch sehr am Herzen? Aber ach, da wird mit stumpfer Klinge dem Wohnzimmer-Konter-Revoluzzer Auftrieb gegeben. Das Risiko solch mutigen Aufbegehrens ist denkbar gering, wohnt man in der »BRD«. Köstlich, wie der Lindenberg den DDR-Fuzzies die Kante gibt! Nennt den Honecker einfach »Honey«! Will ihm rotzig die Lederjacke anziehen, einen lockeren Rocker aus dem sturen Schrat machen! Ein Teufelskerl, der Lindenberg, finden jetzt auch Mutti und Papi.

Und Lindi hat eine Höllen-Promotion. Passend zum Hit der »Offene Brief« an E.H.: »Hallo Honey, laß doch mal einen echten deutschen Klartext-Rocker in der DDR rocken!« Bei seinen Fans in Ost, West, Nord und Süd rennt er damit offene Türen ein, die Rublitschki geben ihm recht. Außerdem spart Lindi viel Geld für teure Anzeigen, denn es gibt genug Trottel (West), die solch kostenlose Werbung auch noch mutig abdrucken. Da antwortet prompt ein »Erich Honecker« (West) auf Lindis Brief, und ein Fernsehansager (West) hält das für erwähnenswert. Glückwunsch, Udo, das Konzept stimmt. Ostblock lohnt, ist mysteriös, weckt Emotionen.

Das finden auch die »Jacob Sisters«. Das sind keine Bohnenkaffee-Erbinnen, sondern drei Exilsächsinnen aus Aschaffenburg und seit Jahrzehnten im deutschen Schlagergeschäft (West). »Wir sind die Techterchen vom Erich«, antworten die dicklichen Wasserstoffblondinen (unveränderliches Kennzeichen: haben stets einen Pudel dabei) dem Udo in bestem Erfurter Dialekt. »Geschlossen gehn wir morgen vors Parteikomitee und fordern für den Udo da mal eine Tournee/sonst machen wir Randale/in der Parteizentrale ... « Ein Reizwort jagt das nächste, Pankow, Dresden, Tango, und der böse Erich sieht wieder nur Probleme, der alte Miesepeter. Die »Jacob Sisters« sind mit ihrem Lied in den Charts (West) und müssen nun nicht mehr im »Blauen Bock« auftreten.

Was Ulknudeln, Rocker und besinnliche Schöngeister da plattreten, hat auch in untergründigen Musikerkreisen längst viele Freunde. Freilich sind die extremer, also liebt man hier nicht die deutschen Brüder und Schwestern, sondern verschlägt sich ein paar hundert bis tausend Kilometer weiter gen Osten. Russen-Fieber herrscht vor allem in Berlin. Sie nennen sich dort »Aeroflot«, »White Russia« oder »C.C.C.P.«. Dimitri Leningrad, Sänger der Gruppe »Leningrad Sandwich«: »Für mich hat das einen enormen exotischen Reiz, man weiß rein gar nichts so Genaues darüber ... « Dimitri (eigentlich Dietmar) ist immerhin auf die Idee gekommen, doch einfach mal hinzufahren. Die hannoversche Avantgarde-Jazzband »Kosmonautentraum« (auf dem LP-Cover ist Jurij Gagarin zu sehen) skandiert. »Hammer und Sichel/ist nichts für den deutschen Michel.« Sie selbst sehen das anders und fordern: »Tanz den Kosmonaut!« Sie sind fasziniert von Jurij, weil er den »Weg in den Kosmos bahnte«.

Was ist bloß los? Bekannte Musikkritiker unterzeichnen plötzlich ihre Artikel mit »Andropow«, eine Gruppe »Neues Deutschland« versucht es mit einer »Zonenrandgebiet-Folksmusik«, das Berliner (West) Stadtmagazin »Zitty« schickt seine Reporter ins »VEBerlin«, um die »Pankower Nächte« zu erforschen. Die stellen dann fest (die Reporter West), daß man sich auch dort (in Berlin Ost) zu verschiedenen Zeiten und zu unterschiedlichen Preisen vollaufen lassen kann.

Meine Sommerhit-Tips '83: »Hallo hallo, ich bin die Leiche vom Transitweg« oder vielleicht »'Tschuldigen Sie, ist das das Tagebuch vom Ulbricht ... ?« -

Nasdrowje.

Reinhard Mey: »Die Zwölfte« (Intercord);

Udo Lindenberg: »Odyssee« (Polydor);

Jacob Sisters: »Die Techterchen vom Erich« (Blow up/Single);

Kosmonautentraum (Zickzack)

Konkret 06/83, S. 72

Jörg Lang

Zwischen Biedermeier und neuer alter Linker

Jörg Lang, Autor dieses Beitrags, ging 1974 ins libanesische Exil, weil er als Verteidiger von RAF-Gefangenen selbst zur Zielscheibe der Strafverfolgung geworden war. Im vergangenen Jahr kam der 43jährige zurück. Für KONKRET beschreibt er sein Wiedersehen mit der Bundesrepublik: Bürger in sterilen und perfekt herausgeputzten Städten. Ihr Weltbild ist geprägt von Nachrichtenchips ohne politische Hintergrundinformation.

Wer Beirut erlebt hat, wer die Slumstädte der abhängigen Länder, die zerfressenen Landschaften mit ihren Giftmüllbergen und Öllachen gesehen hat, dem erscheint die Bundesrepublik Deutschland auf den ersten Blick als heile Welt.

Durch jeden Winkel der neuen Naturparks begleiten dich die handgeschnitzten Holztafeln und helfen dir auf die Naherholungs- und Lern- und Trimm-Dich-Pfade. Auch der letzte Eichelhäher ist erfaßt und gehegt, die letzte Silberdistel als Schutzgut der Nation ausgewiesen. Die Stadtzentren haben mittelalterlich herausgeputzte Fußgängerzonen bekommen. Sogar die Betonklötze haben Erkerchen gekriegt.

In den Eigen- und Mietheimen der Bundesbürger macht sich Gemütlichkeit breit. Den sperrigen Nierenmöbeln der 50er Jahre sind inzwischen auch die technisch-konstruktiven Kreationen der späten 60er und frühen 70er auf den Sperrmüll gefolgt. Interlübke, Corbusier samt Vasarely und Warhol sind verstoßen. Statt dessen sind die stilvollen Werte traditioneller Wohnkultur in. Schwerlich haben in ganz Deutschland je so viele Bauern gearbeitet, wie Bauernschränke in den bundesdeutschen Wohndielen von 1983 stehen.

Ein ganzes Volk scheint auf der Suche nach der verlorenen Rustikalität, oder genauer gesagt, auf der Flucht in sie. Während Hinz und Kunz die Wiedergeburten klassischer deutscher Eichenmöbel und gediegener Kupferlampen bevorzugen, begnügt sich die Intelligentsia mit der naturbelassenen Einfachheit schlichter Rohhölzer, angereichert nur mit einem Vielerlei aus Geflochtenem und Gewobenem, aus Korbwaren und Bastmatten.

Der Bundesdeutsche ist Connaisseur geworden, er achtet auf Lebensart. Er speist gewählter, kennt sich in fremden Weinen und Küchen aus. Er sammelt alte Emailleschilder, klapprige Modelleisenbahnen, Nippes jeglicher Art. Kein Heim scheint zu klein, als daß es nicht mit etwas Geschmack, Geld und allerlei originellen Raritäten zu einem deutschen Museum im Miniformat ausgestattet werden könnte.

Auf den zweiten Blick ist es falsche Natur und falsche Natürlichkeit, aufgesetzte Heilheit und Heimeligkeit, ungemütliche Gemütlichkeit. Der sorgsam gepflegte deutsche Wald kann die Zerstörung nicht mehr verdecken, die vielen Wanderer in ihren zünftigen Bundhosen können die Tausende Sprengköpfe in den Silos des Todes nicht mehr vergessen machen. Wo Hänsel und Gretel, wenigstens aber Gutenberg oder Goethe zu wohnen scheinen, lassen fünf Minuten nach Ladenschluß Aldi und Hertie die Sicherheitsgitter runter. Die neue Nettigkeit, die sich mit Small talk, »hallo«, »Du«, »bis bald« locker und tolerant begegnet, erweist sich bei näherem Hinsehen als Ausdruck der Belanglosigkeit des privaten und gesellschaftlichen Lebens.

Ein Wirrwarr von Produkten, Informationen, Ideologien, Engagements, Ängsten und Sentimentalitäten verstopft Gehirn und Nerven. Es sieht so aus, als sei den mal hektisch, mal cool ergriffenen Aktivitäten sowohl der private Sinn wie auch ein wirklicher gesellschaftlicher Bezug verlorengegangen. Viele Menschen, mehr als je in der Geschichte der Bundesrepublik, äußern das Gefühl, daß irgendetwas mit dieser Gesellschaftsordnung nicht mehr stimme. Besonders die Mittelschichten spüren ihre gesellschaftliche, politische, kulturelle und moralische Deklassierung.

ie Bundesrepublik ist auffallend still geworden, trotz der vielen Arbeitslosen. Sogar die Betrunkenen sind leiser geworden. Die ganze Gesellschaft scheint unter einem Sedativum zu stehen: Die Kunden und Kundinnen, die vor dem Einkauf stundenlang die Prospekte und Zeitungsannoncen vergleichen, um dann bei Plaza, Karga oder Massa in den Laufställen herumzuirren; die Vorhallen der Einkaufszentren, wo die Leute schon am Vormittag bei Dauerschrammelmusik über den halbvollen Gläsern in den Kneipen hängen; die künstliche »Heut sammer-aber-lustig«-Stimmung auf den zahllosen neuen Traditions- und Stadtfesten; die glasigen Wochenendgesichter der Fußballfans und Bundeswehrsoldaten; arbeitslose Jugendliche, die die ganze Woche über mit den Wegwerfpullen in der Hand herumkurven; auch der gepflegte Alkoholismus zwischen Astrologiekursen und Fitnessprogrammen in den Chefetagen und politischen Zentralen; dann die Männer in den Kabinen der Peepshows.

in den erotischen Beziehungen hat man/frau sich mittlerweile im wesentlichen (wieder) auf der Basis von Zweierbeziehungen arrangiert. Auch die Veteranen/innen der libertinistischen Experimente und Schlachten, die Ende der 60er und Anfang der 70er meist in den Kreisen der revoltierenden Intelligentsia geschlagen wurden, befleißigen sich einer neuen, »vernünftig«-gewordenen Lustskepsis und Prüderie. Den sich selbst befreienden Individuen ist der große Dampf ausgegangen. Risiken und Konflikten nach außen geht man/frau nach Möglichkeit aus dem Weg und fixiert sich statt dessen auf das vertraute Innenverhältnis, wo auch die alten persönlichen Konflikte wieder mit großer Ausdauer und nur scheinbarer Rationalität breitgetreten werden. Es sieht so aus, als hätten sich die Frauen mehr emanzipiert. Die Männer

haben es jedenfalls schwerer, sich noch als die tollen Hechte und Schwerenöter aufzuführen. Aber das Ergebnis scheint bisher mehr verstärkte Isolation und Frustration auf beiden Seiten zu sein als mehr Freiheit und Glück.

Ein Teil der unzähligen neuen Frauengruppen hat sich anscheinend darauf konzentriert, an Stelle des Patriarchats den Mann zu bekämpfen. Die Suche nach einer alternativen Gesellschaftsordnung, die die wirtschaftlichen und politischen Gründe für die Unterdrückung und Frustration von beiden, Frau und Mann, aufheben würde, haben sie aufgegeben oder (angeblich) zurückgestellt. Statt dessen sind sie dabei, »direkt« die alternative Frau zu schaffen. Verändert hat sich auch das Bild der Jugend. Zunächst fallen die neuen Glattgescheitelten ins Auge: die Autoritäten an den

Haupt- und Realschulen, die sich mit positiver Anpassung wenigstens beim Bund einen Arbeitsplatz schaffen wollen; die adretten Popper an den Gymnasien, die nach Noten für den Numerus clausus streben; die farblosen Fachidioten an den Hochschulen. Auf der anderen Seite die vielen Hauptschüler und Lehrlinge, die bereits die Hoffnung auf eine Arbeit aufgegeben haben; an den höheren Schulen die vielen Laschies, die spätestens mit 16 auf nichts mehr Bock haben, den Druck nicht mehr aushalten und irgendwo »alternativ« jobben gehen möchten; an den Universitäten die Ströme der als-ob-Studierenden, die schon ahnen, daß ihre Ausbildung nicht nur keinen gesellschaftlichen Sinn hat, sondern ihnen auch keine Arbeitschance mehr eröffnen wird.

Dazu die Aussteiger: Die neuen Religiösen, die stundenlang von ihrer Erweckung schwärmen können; die Punks, die mit 17 wie Frankenstein persönlich aussehen wollen; und nicht zu vergessen die zahlreichen Jünger und Jüngerinnen vom einfachen, heilen und irgendwie »direkteren« Leben.

Wachsend offenbar aber auch die Zahl der neuen Realisten, die sich zur Wehr setzen, mit irgendwelchen praktischen Initiativen anfangen, sich für alternative Projekte engagieren wollen, vor allem auch in der Friedensbewegung fürs Überleben kämpfen, und die sich auch politisch zu organisieren beginnen in einer bewußten Opposition zu den herrschenden Verhältnissen.

Objektiv und materiell hat sich die Lage der Jugendlichen im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren jedenfalls grundsätzlich verändert und damit auch der Ausgangspunkt und die Perspektive der neuen Jugendopposition. Damals protestierte eine akademische Jugend, der Form nach radikal und total, dem Inhalt nach aber gegen die Vergewaltigung der bürgerlich-freiheitlichen Wertordnung und im Grunde eher, weil sie noch idealistisch an diese Wertordnung glaubte. Mit einer Kombination aus gezielter staatlicher Repression und Verbesserung ihrer materiellen Bedingungen gelang es, diesen Protest abzufangen. Staatlich-finanzierte gleiche Bildungschancen für alle, eine individualistisch-freie Ausbildungs- und Berufswahl für jeden und schließlich die optimale Verwertung für einen ewig wachsenden kapitalistischen Arbeitsmarkt - das ar das sozialdemokratische Rezept. Heute ist allein die rücksichtslose Anpassung an die chaotischen Bedingungen eines schrumpfenden Arbeitsmarktes geblieben. Die Integration der nachwachsenden Generation in das bestehende System lohnabhängiger Arbeiter scheitert immer offensichtlicher.

Ideologisch befindet sich die Bundesrepublik in einer verwirrten und verwirrenden Übergangsphase. Die noch vor zehn Jahren dominierenden Ideologien sind zerfallen oder in Auflösung begriffen. Noch ist nicht klar, was das Vakuum ausfüllen und die Konfusion ablösen wird.

An die staatlich verordneten Leitbilder von Erhards Sozialer Marktwirtschaft bis zum sozial-liberalen Reformismus glauben heute nicht einmal mehr die, die die frommen Lieder jahrelang predigten. Die Realität sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik hat den Aberglauben Lügen gestraft, daß ein geläuterter Kapitalismus fortan Wachstum, soziale Reformen und Chancengleichheit, Freiheit, Demokratie und Frieden, wenn nicht für die ganze Welt, so doch wenigstens für Westdeutschland, garantieren könne.

Der Kapitalismus bleckt wieder die Zähne. Die Sprache seines Zentralorgans »FAZ« ist weniger verblasen, präziser und schärfer geworden: Arbeiter haben auf Lohn zu verzichten, Auszubildenden, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern sind die Rationen zu kürzen. Den USA ist überall in der Welt freie Hand zu lassen, die Sowjetunion muß atomar totgerüstet und mit Blitzraketen bedroht werden. Die macchiavellisch vorgetragenen Zynismen dieser Helden verbergen aber kaum die ratlosen Köpfe, die dahinter stecken. Denn was bleibt, wenn auch die Reaganomics die Pferde nicht mehr zum Saufen bringen? Und wenn dann der Marsch ab in einen neuen Nuklearfaschismus gehen soll - wie will man dann noch die eigene deutsche Haut und die seiner Kinder retten?

Zerfallen ist aber auch die Ideologie der »Neuen Linken« der 60er Jahre. Sie hatte sich zur Kritik der kapitalistischen Entwicklungen einer oft subjektivistischen und voluntaristischen Rezeption des Marxismus bedient, die zugleich die traditionelle Arbeiterbewegung wie auch den Sozialismus der Sowjetunion und der DDR mit Verachtung strafte.

l% er Aufbruch einer westdeutschen Linken gegen Ost und West, alliiert allenfalls mit China oder Albanien, ist abgeblasen. Weder die Multis noch die Arbeiter, weder die Intelligentsia noch die Sicherheitsapparate, weder Ost noch West haben sich durch die flammenden Appelle, die ultralinken Analysen und Aktionen bewegen lassen.

Im wesentlichen hat sich die ehemalige »Neue Linke« als »linke« Variante eines ohnmächtigen Idealismus des niedergehenden Mittel- und Kleinbürgertums herausgestellt. Obwohl diese Schicht auch in der Bundesrepublik immer weniger eine eigenständige ökonomische Basis und politischen Einfluß hat, wirkt ihr ideologischer Niedergang weiter: in der allgemeinen Konfusion, der weitverbreiteten Theoriefeindlichkeit, auch in bestimmten Tendenzen der sogenannten Alternativbewegung.

Die wenigen Unentwegten der »Neuen Linken« trauern noch in Zirkeln der reinen Lehre nach oder beklagen bei einem Glas Retsina, daß weder in der Bundesrepublik noch in Polen die Welt nach ihrem Bilde läuft. Einige haben ihren Kompromiß mit der SPD gemacht, manche haben sich zu offenen Apologeten der herrschenden Ordnung gemausert. Viele haben bei der Alternativbewegung und den Grünen Unterschlupf gefunden oder beginnen sich neu in der Friedensbewegung zu engagieren.

Im übrigen scheint die westdeutsche Intelligentsia zur Zeit aber mit dem Rückzug ins Biedermeier und in die vielen privaten Höfle der neuen Innerlichkeit beschäftigt: am besten ein wirklicher, instandgesetzter Bauernhof, wenn nicht in der Toskana, so doch vielleicht im Odenwald oder auf der Schwäbischen Alb; und wenn es zum Bauernhof nicht reicht, dann doch zum praktisch eingerichteten und vielfältig bebastelten gemütlichen Heim. Oder das ideelle Höfle: die bewußt-alternative Lebens- und Ernährungsmethode; das organische Muttermilch- und Naturwolleprogramm fürs Baby; die integrierte Mutter-Kind-Spielgruppe; der biologisch-dynamische Wandanstrich; die Puppenspielerergänzungsausbildung; der Töpferei- oder Yogakurs; die autonome Frauen-, die autonome Lesben-, die autonome Schwulen-, die autonome Vegetarier-, die autonome Trinker- usw. Selbstfindungsgruppe.

Wieder einmal und gar nicht so neu in Deutschland soll die persönliche Selbstfindung die gesellschaftsbezogene Selbstverwirklichung und politische Organisation ersetzen. Während die Welt in Flammen aufzugehen droht, wollen die Freunde der neuen Lebensbewegung »erstmal« bei der Restauration von versehrten Mikrokosmen Kräfte sammeln. Dabei werden Teilprobleme der krisenhaften Gesamtentwicklung willkürlich zum existentiellen Überproblem erklärt, das dann zwanghaft das Denken, die Ängste und die Aktivitäten der betreffenden Personen in Beschlag nimmt. Die Gesellschaftskritik verkommt zur sektiererischen Marotte.

Die psychische Lage der Nation ist entsprechend. Wer aus einem Land kommt, dessen Bevölkerung seit Jahren unter Krieg und täglichem Terror leben muß, dem fällt auf, wieviele Menschen in der Bundesrepublik, derart von ihren Ängsten und Ticks in Beschlag genommen sind, daß sie lebensuntüchtig oder jedenfalls politisch handlungsunfähig geworden sind. Erstaunlich, wie viele aus der äußerlich so friedlichen Bundesrepublik von 1983 auswandern wollen - irgendwohin, wo die Welt und die Luft noch in Ordnung seien, am besten gleich nach Neuseeland oder Australien, wo man hofft, wenigstens den atomaren Erstschlägen zu entrinnen...

Ein Spiegelbild der Konfusion und Verdrängung bietet die offizielle Medien- und Kulturszene. Verglichen mit ARD und ZDF '82 verklärt sich nachträglich das arme libanesische Fernsehen, privat finanziert, staatlich zensiert und erpreßt von zig Organisationen und Gangs, zu einem Hort intellektueller Wahrhaftigkeit und politischen Freimuts. Aus den wie Werbespots aufgemachten Nachrichtenchips der »Tagesthemen« oder des »Heute Journals« sind alle wirklichen politischen Zusammenhänge und Hintergründe eliminiert. Beeindruckend die - beliebig auswechselbaren - politischen Kommentare der Lueg und Loch, welche tatsächlich minutenlang naßforsch ihre entschiedene Meinung von sich geben können, ohne ein Wort zu sagen. Wer dann noch in eine der politischen Sachsendungen gerät, etwa »Europa unterm Hakenkreuz«, wo in scheinbarer Naivität einfach alte Nazischinken wiederaufgewärmt werden, der muß noch dankbar sein, daß der Wehrmachtsoffizier Helmut Rompa wenigstens nicht schon im Dritten Reich Fernsehen machen konnte.

Die Regel sind allerdings - muß man hinzufügen - nicht mehr derartige Sachsendungen, sondern, in allen Sparten von Fernsehen und Rundfunk, die schlichten Nonsens-Programme US-amerikanischen Vorbilds geworden. Einfache Wiederholung, Imitierung oder witzigstenfalls Übertreibung tatsächlichen Unsinns wird schon als unterhaltend oder gar aufklärend ausgegeben. Das Lachen wird immer gleich mitgeliefert.

In den Buchhandlungen quillt einem neben der Renaissance besinnlicher Belletristik eine Flut von pseudoaktuellen und pseudowichtigen Publikationen entgegen, einschließlich einiger modischer »Alternativ«-Literatur. Sucht man aber nach einem westdeutschen Buch zur Analyse der ökonomischen, politischen und strategischen Situation der Bundesrepublik, so findet man nichts. Allerdings gibt es dazu eine offenbar wachsende Zahl neuerer Publikationen aus kleineren Verlagen, die jedoch sämtlich eher zu einer neuen Alten Linken als der alten »Neuen Linken« tendieren.

Jeder, der aus dem Ausland in die Bundesrepublik kommt, spürt die verheerende Wirkung der Berufsverbote und Radikalenerlasse aller Art. Weit über die Zahl der unmittelbar Betroffenen und Erfaßten hinaus hat sich eine personelle, organisatorische, aber auch inhaltliche Sperrzone des Duckmäusertums und der Verfassungsschutzmentalität gebildet. Das Ergebnis ist, daß etwa eine fundierte Analyse (oder Kritik) der Reaganschen Wirtschafts- und Aufrüstungspolitik und ihrer Ziele in Europa und auch der Bundesrepublik eher in der »New York Times« zu finden ist als in irgendeiner westdeutschen Tageszeitung. So kommt es auch, daß in der Bundesrepublik klarere politisch-ökonomische Analysen - natürlich vom

Klassenstandpunkt des Kapitals aus gesehen - in der »FAZ« stehen, die auch mal beiläufig schreiben darf, wenn Marx recht hatte, als in der alternativen »TAZ«.

Die Bewegungen der Grünen und Alternativen in der Bundesrepublik sind ihrer Entwicklung und Richtung nach noch nicht eindeutig, und sie sind schwer auf einen Begriff zu bringen. Sie nehmen - ähnlich wie die Friedensbewegung und teilweise zusammen mit ihr - den neuen Fundamentalprotest gegen die Bedrohung durch das bestehende System auf: den Rüstungs- und Nuklearkriegswahnsinn, die Umwelt- und Ressourcenzerstörung, die Krise der kapitalistischen Arbeitsorganisation, die Perspektivlosigkeit der Jugend, den Abbau der demokratischen und sozialen Rechte, den Zerfall des bisherigen bürgerlichen Wert- und Moralsystems.

Die bisher entwickelten Konzepte und Strategien rechtfertigen jedoch nicht den Begriff »alternativ«. Ihnen fehlt jede politisch-ökonomische Gesamtkonzeption, von vielen wird sie nicht einmal für wünschenswert gehalten. Offen ist, wie ohne eine zentrale Planung die geschmähten Monopole auf den Weg der globalen Vernunft und gesamtgesellschaftlich sinnvoller Investitionen gebracht werden können. Und eher reaktionär ist der Traum von einer »Dualwirtschaft«, wo die alternativen Netzwerke lediglich gewisse von den Monopolen ausgesparte Nischen beackern dürften, zugleich als Auffangbecken zur harmlosen Beschäftigung der aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß Ausgespuckten.

Noch bestimmen ideologische Unausgegorenheiten, psychologisierende Ökologie ohne politische Ökonomie, Verzettelung in Teilaspekte und mangelnde Organisation das Bild der grünen Bewegung. Läßt man sich von dem konfusen äußeren Bild nicht zu sehr verwirren, wird man auch feststellen müssen, daß trotz oder gerade wegen der Krisenerscheinungen der Einfluß der großen multinationalen Konzerne, ob sie nun in Frankfurt oder in New York ihren Sitz haben, in der Bundesrepublik von 1983 noch gewachsen ist. Sie werden das Leben auch in Zukunft mit ihren Strategien und Widersprüchen entscheidend bestimmen. Mit ihren Widersprüchen: ob sie mit Rüstung, Faschismus und Krieg der Krise zu entkommen suchen oder zu realistischen Konzessionen an den Sozialismus bereit sind, das heißt. wie sich ihr weiteres Verhältnis zu den sozialistischen Staaten Osteuropas entwickelt.

An diesen lebensentscheidenden Realitäten und Widersprüchen müßte sich auch die neu aufkommende Protestbewegung orientieren. Denn die Bundesrepublik wird sich ihnen weder mit ideologischer Konfusion und Augenwischerei noch mit dem Rückzug in neues Biedermeier und Innerlichkeit entziehen können.

Konkret 06/83, S. 78

Kulturnotizen

Die Feuilletonschlampen.

Ein Zitat und seine Rezitatoren

»Zu Hitler fällt mir nichts ein.« Mit diesem Satz beginnt Karl Kraus' »Dritte Walpurgisnacht«, die 1933 geschriebene, 280 Seiten lange Hinrichtung der nationalsozialistischen Unkultur. In einer Arbeit über dieses Werk hat der Germanist Jochen Stremmel* à propos des angeführten Zitats das Analphabetentum im bundesdeutschen Feuilleton dokumentiert:

Moritz Lederer in der »Deutschen Rundschau«:

»Zu Hitler fällt mir nichts ein« - auch dies notierte, »da die Erde krachte«, derselbe Karl Kraus, dem zum Ersten Weltkrieg das überdimensionale Drama »Die letzten Tage der Menschheit« eingefallen war.

Otto F. Beer in der »Zeit«:

Daß ihm »zu Hitler nichts einfiel« und seine Stimme immer dünner klang, je bedrohlicher sich die Apokalypse des Dritten Reiches entwickelte, ist oft erörtert worden.

Hermann Kesten:

(Karl Kraus), dem zu Hitler leider »nichts mehr einfiel«.

Hans Habe:

Der Zweiundsechzigjährige, dem vierzig Jahre lang zu allem und jedem etwas eingefallen war, stand erstarrt vor dem Phänomen Hitler, zu dem ihm, wie er selbst bekannte, »nichts einfiel«.

Bodo Scheurig im » Vorwärts«:

Als der Mann im Braunhemd und mit der Stirnlocke immer ohrenbetäubender trommelte, da entrang sich dem Meister der Sprache lediglich ein Satz: »Mir fällt zu Hitler nichts ein.«

Fritz J. Raddatz:

»Zu Hitler fällt mir nichts ein« (Kraus), ist kein Bonmot, ist eine Bankrotterklärung.

Anonymer Autor im »Stern«:

Aber Kraus fiel zu Hitler nichts mehr ein...

Erich Gottgetreu in der »Allgemeinenjüdischen Wochenzeitung«:

»Zu Hitler fällt mir nichts mehr ein«, erklärte er resigniert.

Pankraz (das ist: Günter Zehm) in der » Welt«:

»Zu Hitler fällt mir nichts mehr ein«, schrieb Karl Kraus kleinlaut im Jahre 1933.

Johannes Gross in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«:

Der treffliche Karl Kraus, dem zu einem falschplazierten Komma alles einfiel und zu Hitler, der ihn und seinesgleichen vernichten wird, nichts, bezeichnet die selbstgefällige Abdankung der Vernunft.

*Jochen Stremmel: »Dritte Walpurgisnacht - Über einen Text von Karl Kraus«, Bouvier Verlag, Bonn, 243 Seiten, 48 Mark

Feine Gesellschaft

Das kommt davon, wenn Verleger ihre eigenen Produkte nicht lesen. Zum 35. Geburtstag der Münchner Illustrierten »Quick« lobte Verleger Heinz Bauer: »In der redaktionellen Konzeption bekennen wir uns zu einer optimistischen Grundeinstellung. Wir wollen aber keine emotionelle Verzerrung von Tatbeständen, und wir wollen unsere Leser in keine Richtung ideologisch bevormunden. Neben der Unterhaltungsfunktion wollen wir mit der Quick eine Zeitschrift gestalten, die es dem mündigen Bürger erlaubt, sich eine objektive Meinung über die Themen unserer Zeit zu bilden.«

Telegrafische Glückwünsche zum Geburtstag kamen von den »Quick«-Lesern Kohl, Barzel, Genscher, Renger, Wischnewski, Baum, Möllemann, Warnke, Schneider, Geißler, Schwarz-Schilling, Wörner, Jenninger, Stolze.

Der andere Axel

In Berlin liegen sich die Superintendenten der evangelischen Kirche in den Haaren: Heinz Schladebach, der dieses Amt im Bezirk Reinickendorf versieht, forderte seinen Amtsbruder Dr. Manfred Karnetzki aus Zehlendorf auf, seinen Talar auszuziehen und in die Politik zu gehen. Karnetzki hatte am Ostermarsch der Friedensbewegung teilgenommen und sich in einer Rede auf dem Platz der Luftbrücke gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa ausgesprochen.

Der Briefwechsel ließ auch Verleger Axel Caesar Springer nicht ruhen. Er schrieb am 15. April 1983 an Heinz Schladebach:

Sehr geehrter Herr Superintendent,

von Herzen danke ich Ihnen, daß Sie einen politisierenden Amtsbruder aufforderten, den Talar auszuziehen. Mehr als vor jeder Rüstung fürchte ich mich vor dem Abfall von Gott. Mich irritieren viele Theologen, die auf mehr vordergründige Weise den Frieden sichern wollen. Auch der heilige Nikolaus von Flüe wußte um den Wert der Verteidigung.

So sehr er am Frieden hing, heißt es über ihn, und innerlich mit mancher Fehde nicht einig gehen mochte, so folgte er doch unverzüglich, wenn die Sturmglocken zum Kampfe riefen. Mochte er auch schweren Herzens den Melkeimer einem unmündigen Buben überlassen und Abschied nehmen von seinem friedlichen Herd, er wußte, daß Gehorsam gegenüber der Obrigkeit die wichtigste Grundlage des Staates ist und daß im Kriegsbrand kein Einzelglück bestehen kann, da mit dem ganzen Vaterlande Freiheit, Friede und Wohlstand des einzelnen Bürgers steht und fällt.

Theologie ist das eine, der Glaube das Größere. Wer wir dieser Gnade teilhaftig? Sind es letztlich die, die der Herr im Gespräch mit Nikodemus beschrieb? (Joh. 3, Vers 3-8). Das fragt einer, der vielleicht intensiver die Bibel liest als politisierende Superintendenten und darum weiß, daß Christus nicht von dieser Welt war und ist.

In Verbundenheit Ihr Axel Springer

Hexenjagd in Hildesheim

»Aufgrund der vorliegenden tatsächlichen Umstände und unter Abwägung aller dieser Umstände und unter Abwägung Ihrer und der Interessen der Stadttheater Hildesheim GmbH ist eine weitere Zusammenarbeit unzumutbar.«

So präzise kündigte der Geschäftsführer des Stadttheaters Hildesheim, Pierre Léon, am 23. März 1983 dem drei Wochen vorher eingestellten Pressesprecher und Werbeleiter Jürgen Meier.

Meier, 33, wurde gefeuert, weil er Mitglied im »Kommunistischen Bund Westdeutschland« (KBW) war. Obwohl er bereits vor Jahren aus dieser Organisation ausgetreten ist, und die Hildesheimer Kulturoberen dies bei seiner Einstellung wußten, drehten sie ihm nach 14 Arbeitstagen einen Strick daraus. Nach bewährtem Muster lief die Kampagne gegen den Öffentlichkeitsarbeiter Meier ab. In der »Hildesheimer Allgemeinen Zeitung« rechtfertigte der Vorsitzende des Stadttheater-Aufsichtsrates, Oberstadtdirektor Dr. von Vietinghoff, die Kündigung: »Die Entscheidung des Stadttheaters ist die einzig richtige und mögliche. Wer in jahrelanger aktiver politischer Tätigkeit den Umsturz unserer freiheitlichen Ordnung propagiert hat, kann nicht die Werbe- und Pressearbeit unserer Stadt gestalten.« Und der die Hildesheimer Gesellschaft stützende Kommentator der Lokalzeitung Hermann Meyer-Hartmann sekundierte: »Es mag sein, daß sich Jürgen Meier vom KBW losgesagt hat. Es ist aber instinktlos, wenn das hochsubventionierte Theater ihn ausgerechnet mit der Aufgabe betreut.«

Nur Berthold Dücker vom örtlichen Sonntagsblatt »Kehrwieder« versuchte die Ehre der Hildesheimer zu retten: »Wird«, fragte der Journalist, »- denkt man an die Jugendsünden so mancher (auch heute noch hochrangiger) Zeitgenossen unserer NS-Vergangenheit - mit zweierlei Maß gemessen? Tausende von Positionen müßten wohl heute geräumt werden, wollte man jeweils so vorgehen, wie jetzt im Fall Meier.«

Konkret 06/83, S. 80

Günter Amendt

Der Marihuana-Plot

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren jahrelang ein Hauptabsatzmarkt für lateinamerikanisches Marihuana. Durch Vernichtungs- und Kontrollaktionen geriet der Nachschub ins Stocken. Notleidende US-Farmer erkannten ihre Chance, bauten den Stoff selbst an und machen jetzt das Geschäft. Ihre Umsätze bewegen sich in Milliardenhöhe.

Niemand kann genau sagen, warum es in den USA im Spätsommer 1969 zu einer plötzlichen Verknappung am Marihuanamarkt kam. *Operation Intercept,* eine unter großem Propagandagetöse auf beiden Seiten der Grenze ablaufende Vernichtungs- und Kontrollaktion, galt schon damals unter Fachleuten als Schlag ins Wasser. Zwar wurden auf mexikanischer Seite reihenweise Felder von Kleinbauern niedergebrannt, auch gelang es auf US-amerikanischer Seite, die Grenze so dicht zu machen, daß der Tourismus stark behindert wurde und die Grenzregionen schwere ökonomische Verluste erlitten. Aber auf den Marihuanatransfer hatte die ganze Veranstaltung kaum Einfluß. Die Lieferungen waren schon vorher eingeschränkt, ja, ganz offensichtlich eingestellt worden.

Die US-Presse zeigte sich ratlos und unsicher. Sollte man erleichtert sein über das plötzliche Ende der Hippiedroge oder mußte man Angst haben vor Schlimmerem? »Niemandem ist völlig klar, was die Ursache der Knappheit ist«, schrieb die »Washington Post«, selbst Regierungsbeamte sind sich nicht sicher, was die Knappheit verursacht.«

Der Markt reagierte unverzüglich. Haschisch aus Nordafrika und dem Mittleren Osten wurde in die USA geschleust. Den plötzlich steigenden Haschischkonsum interpretierte man in der Öffentlichkeit als einen Umstieg auf eine härtere und gefährlichere Droge, für die viele US-Drogenexperten Haschisch noch heute halten. Doch Haschisch ist nichts als hochwertiges, anders gewonnenes und anders verarbeitetes Marihuana. Sein THC-Gehalt schwankt, wie bei Marihuana auch, je nach Herkunftsland und Anbaugebiet.

Die Haschischhändler nutzten ihre neue Absatzchance. Allein im Libanon wurden die Anbauflächen, offiziellen Schätzungen zufolge, bis 1970 auf 5.000 Hektar ausgedehnt. Die sprunghafte Zunahme der Nachfrage von nordamerikanischen Kleinimporteuren auf dem europäischen Markt, dem wichtigsten Abnehmer von Haschisch, führte zu saftigen Preiserhöhungen. Der Grammpreis stieg von vier auf acht Mark.

Aus heutiger Sicht spricht vieles dafür, daß eine künstliche Verknappung, ähnlich wie einige Jahre später auf dem Rohölsektor, stattgefunden hatte. Eine gemachte Krise, die den Umstieg des Kapitals auf den Opiatdrogenmarkt vorbereitete.

Dieser Teil der Rechnung ist, wie wir heute wissen, aufgegangen. Die Analogie zum Rohölmarkt geht aber weiter. Zweck der künstlichen Rohölverknappung war der Versuch, vor allem der USA, sich von den erdölproduzierenden »Schwellenländern« unabhängig zu machen und eigene Energieresourcen zu erschließen, um die Ausbeutung beispielsweise der Ölschiefervorkommen in den USA rentabel zu machen.

Daß die künstliche Marihuana-Verknappung bewußt das gleiche Ziel verfolgte, muß man bezweifeln, denn das Drogenkapital hatte einen anderen Markt im Auge. Es konnte jedoch nicht verhindern, daß die Konsumenten zur Selbsthilfe schritten und den Eigenanbau ausprobierten. Mit zunächst mäßigem Erfolg. Die erste Generation der Marihuana-Kleinbauern verfügte weder über Kapital und Boden noch über Kenntnisse der Marihuana-Kultivierung, um eine marktdeckende Produktion aufziehen zu können. Dieser Zustand sollte nicht lange anhalten.

Vorläufig gelang es den Geschäftsführern der alten *grass-connection,* die Versorgungslücke mit mexikanischem und zunehmend auch kolumbianischem Haschisch wieder zu schließen. Die Suche nach alternativen Anbaumethoden wurde jedoch fortgesetzt und mit amerikanischer Gründlichkeit betrieben. In einem Zeitraum von nur knapp zehn Jahren wurde das Lehrstück »alternative Ökonomie« inszeniert, das aus Hippies Selbstversorger und aus Selbstversorgern Kleinunternehmer machte. Heute nimmt deren Produkt nach Schätzungen von Landwirtschaftsexperten einzelner Bundesstaaten im Gesamtumsatz aller Agrarprodukte der USA den dritten Platz ein, in einigen Bundesstaaten sogar den ersten.

Wo Großgrundbesitzer die Hanfdrogenproduktion betreiben lassen, wie etwa im Libanon, wird eine Nachfragesteigerung postwendend mit der Ausdehnung der Anbaufläche beantwortet. Diese Einstiegsmöglichkeit war den kalifornischen Kleingärtnern verschlossen. Kapital hatten sie wenig, Zeit hatten sie viel. Also konzentrierten sie sich darauf, aus Zeit Geld zu machen, um mit vermehrtem Arbeitseinsatz den Mangel an Ackerland auszugleichen.

Das Saatgut fiel beim täglichen Marihuanakonsum als Abfallprodukt an. Erst später, als sich eine Zubehörindustrie etabliert hatte, wurden auch Samenkörner gehandelt, bevorzugt *cannabis indica,* asiatische Verwandte des lateinamerikanischen *cannabis sativa.* Man legte künstlich beleuchtete Frühbeete an und verpflanzte die so gezogenen Setzlinge zur gegebenen Zeit in den Küchengarten hinterm Haus oder auf Waldlichtungen in unwegsamem Gelände. Nicht nur das Klima, auch die landschaftliche Zersiedelung machte Kalifornien zum geeigneten Experimentierfeld der ersten Generation von

Selbstversorgern. auch ohne Düngung und ohne Bewässerung schossen die Pflanzen hoch. Abgeerntet wurden sie nach Bedarf - die einen früher, die andern später - mit entsprechenden Qualitätsunterschieden. Marihuana gedieh auch unter kalifornischen Klima- und Bodenverhältnissen, es ging also.

Nun nahm die Verwissenschaftlichung der Anbaumethoden ihren Lauf. Samen hochwertiger Cannabissorten wurden unter dem Kunstlicht von Quarzlampen »ausgebrütet«. Man eliminierte, kaum war ihr Geschlecht bestimmbar, fast alle männlichen Pflanzen, um das Wachstum der weiblichen zu stimulieren. Und tatsächlich produzierten die verbliebenen weiblichen Pflanzen, um wenigstens einige Pollen abzubekommen, eine Art Sekret, jenes Harz nämlich, in dem sich THC, der rauscherzeugende Wirkstoff der Cannabispflanze, konzentriert.

Die Pflanzer scheuten keinen Arbeitsaufwand. Sie hegten und pflegten ihre Stauden, sie bewässerten und düngten, schnitten und banden sie. Längst sind Handbücher am Markt, die jeden Arbeitsgang im Detail beschreiben, auch die Hilfsmittel werden kommerziell hergestellt und vertrieben.

Das Ergebnis dieser Züchtung, deren THC-Gehalt alle marktgängigen Cannabissorten übertrifft, nennt sich *Sinsemilla,* eine spanische Wortverbindung, die »ohne Samen« bedeutet.

Der Schock der ersten Marihuanakrise war also überwunden, die Eigenversorgung prinzipiell und praktisch gesichert. Ein Kleinhandel begann sich zu entwickeln, der zum Großhandel drängte. Wie man das Wachstum der Pflanzen stimuliert, hatten die tüchtigen Züchter herausgefunden, doch wie stimuliert man das Wachsen der Nachfrage?

Von außen kam Hilfe. Die zweite Marihuanakrise von 1979 verhalf dem neuen Produkt US-amerikanischer Agrarforschung zum Durchbruch.

Zu dieser Zeit verschärfte die mexikanische Regierung ihren Kampf gegen den Marihuana-Anbau und vernichtete den größten Teil der einheimischen Ernte. Sie tat es kaum freiwillig. Zum wiederholten Male mußte sie sich dem Druck einer US-Regierung beugen und die politische Erpressung auch noch als Nachbarschaftshilfe akzeptieren.

Schlagartig sanken die Importe in die USA. Eine Versorgungslücke von schätzungsweise 1.000 Tonnen tat sich auf. Diese Chance ließen sich die kalifornischen Pflanzer nicht entgehen. Auf den Konkurrenzkampf waren sie bestens vorbereitet, anfänglich weniger auf Mengen als auf Qualitätskonkurrenz.

Der THC-Gehalt von hochwertigem *cannabis sativa* liegt zwischen 1,5 und 3 Prozent, während bereits Sinsemilla-Sorten gezüchtet wurden, die einen Wirkstoffgehalt zwischen 12 und 13 Prozent erreichen. Noch der letzte aufgedunsene County-Sheriff, jederzeit bereit, einem Kaufinteressenten, der in seinem Distrikt auftaucht, den Knüppel über den Kopf zu ziehen, und noch der hinterletzte erfolgsgeile Drogenfahnder ist bereit zu versichern, Sinsemilla sei »the best grass in the whole wide world«. Da sind sie sich einig, die Amis, da stoßen Drogenfahnder und Drogenlobby ins gleiche Horn.

Die Qualität von Sinsemilla ist unbestreitbar hoch, da sind sich auch fachkundige Konsumenten einig, doch gilt es beim Qualitätsvergleich zu differenzieren. Vom Preisunterschied einmal abgesehen, der Kaufentscheid etwa zwischen kolumbianischem und nordamerikanischem grass der Sinsemilla-Qualität wird von der gewünschten Wirkung bestimmt. Wer »stoned« gehen will, wird sich für kolumbianisches, wer »high« werden will, für Sinsemilla grass entscheiden.

Schon bald war die »neue« Droge auch imstande, in Mengenkonkurrenz zu den »alten« Händlern lateinamerikanischer Ernten zu treten. Das profitversprechende Agrarprodukt zog Investoren an, die bereit waren, die Produktion auf größeren Flächen mit Hilfe von Lohnarbeitern aufzunehmen. Einige Investoren nahmen, um Kapital zu beschaffen, Vorschüsse entgegen, versprachen Gewinnbeteiligung und boten als Sicherheit den erwarteten Ernteertrag. Sie fanden ihre Partner.

Innerhalb weniger Jahre veränderte sich die Ertrags- und Umsatzstruktur der nordamerikanischen Landwirtschaft radikal. Kalifornien war Vor- und ist Spitzenreiter des Umsatzes, doch wurde es von Oregon und Hawai fast eingeholt. Umsatzstarke Anbaugebiete erstrecken sich von der Nordwest- zur Nordostküste, von Washington und Idaho bis New York und Pennsylvania. Die hohe Arbeitsproduktivität des Nordens vermag den Klimavorteil des Südens auszugleichen; US-amerikanisches Marihuana kann, bei allen Qualitätsunterschieden in sich, dem Vergleich mit lateinamerikanischen Ernten, deren Qualität auch unterschiedlich ist, standhalten.

Sprecher der NORML (National Organization for the Reform of Marijuana Law), die Lobby der Jungbauern, schätzen den nationalen Umsatz der Farmer auf 8,2 Milliarden Dollar. Auf Kalifornien kommen nach dieser Schätzung zwei bis drei Milliarden. Die Zeitung »San Francisco Examiner« veranschlagt den kalifornischen Umsatzanteil sogar auf 5,4 Milliarden. So oder so, Marihuana zählt zu den wichtigsten Agrarprodukten des Bundesstaates an der Westküste, es liegt an erster oder zweiter Stelle vor oder nach Weintrauben. In Kentucky nimmt der Marihuana-Umsatz den ersten Platz ein und in Oklahoma den zweiten hinter Weizen.

An diesen Umsätzen ist der Fiskus nicht beteiligt. Noch also finanziert der Potraucher nicht den Rüstungsetat der US-Regierung. Nur indirekt profitiert der Staat von einem volkswirtschaftlichen Nebeneffekt. Bereits auf der Konsumentenseite werden Hunderte von Millionen Dollar für Drogenzubehör in schicken Boutiquen und biederen Kaufhäusern umgesetzt. Aber auch die Produzenten fördern die Zubehörindustrie, was sich, wie Lokalautoritäten zugeben,

in mancher Region, die als Anbaugebiet gilt, als äußerst wirtschaftsfördernd bemerkbar macht. Von Bewässerungsanlagen zu Baumaterialien, von Transport- zu Düngemitteln - die örtliche Wirtschaft dealt mit. Und die Anbauer fahren gut mit ihrem Produkt. Für Spitzenqualität zahlten 1982 Zwischenhändler und Endverbraucher 2.000 Dollar pro Pfund oder acht Dollar pro Gramm. Die handelsübliche Unze ist für 150 bis 250 Dollar zu haben.

In Kalifornien hat sich der Anbau auf Mendocino County konzentriert. Schätzungsweise 6.000 »Farmer« leben dort hauptberuflich vom Marihuana-Anbau. Man sollte, weil man es vergessen haben könnte, noch einmal dran erinnern, daß Anbau und Vertrieb von Marihuana in den USA noch immer illegal sind und unter zum Teil harter Strafandrohung stehen.

Der Staat schaut dieser andauernden Gesetzesübertretung natürlich nicht tatenlos zu. Immer wieder kommt es zu Razzien und Festnahmen, über die man die Öffentlichkeit ausführlich zu informieren pflegt. Doch findet sich kein Vertreter einer Fahndungsbehörde, der den Eindruck zu erwecken versuchte, man habe das Problem im Griff und gefährde mit noch so spektakulären Fahndungserfolgen ernsthaft den Handel. Allerdings: Die Anbauer sind vorsichtiger geworden. Ganz so ungeschützt wie in der Euphorie der ersten Boomjahre setzen sie ihre Felder heute nicht mehr in die Landschaft. Wer es trotzdem wagt, muß ziemlich kapitalkräftig sein, will er Sicherheitseinrichtungen und Bewachungspersonal finanzieren.

Einige Unternehmer sind deshalb dazu übergegangen, Marihuana gänzlich unter Treibhausbedingungen bei künstlichem Licht aufzuziehen. Viele, vor allem kleinere Farmer, haben sich auf »Guerilla-Anbau« spezialisiert. Irgendwo draußen im weiten Land, das sie besser kennen als jeder Sheriff, der sein Revier nur im Umkreis befahrbarer Straßen aus dem Innern seines Streifenwagens besichtigt, haben sie kleine Felder, gut getarnt, angelegt. Sie sind wirklich Farmer, sie waren es schon, bevor sie den ersten Marihuanasetzling aufzogen.

Die Lage ist ernst in der US-amerikanischen Landwirtschaft. Was der Bauer nicht kennt, muß er nicht rauchen. Aber was sollte ihn daran hindern, es zu verkaufen, wenn es ihm so viele Dollars mehr bringt als jedes andere Produkt, das er in mühevoller Arbeit zur Erntereife bringt?

Vielleicht hat wirklich einmal eine Administration vorgehabt, den illegalen Anbau von Marihuana zu unterbinden. Wie sie das heute noch bewerkstelligen will, kann man sich einfach nicht vorstellen. Nordkalifornien, einst rücksichtslos abgeholzt, dann in Weideland umgewandelt und heute eine von Erosion bedrohte Landschaft, hat plötzlich ein Produkt, das einigen seiner Bewohner eine Zukunft verspricht. Sie werden sich daran klammern wie die Cocabauern in den bolivianischen Anden an ihre Pflanze. Die Lobby der Anbauer ist nicht mehr so einfach zu übergehen wie vor Jahren noch. Der Flowerpower-Bauer, der akademische Aussteiger und der neue Typ des alerten Mittelschichtenunternehmers mit Protestbewegungsvergangenheit galten damals als Marihuana-Lobby. Wer sich heute mit Marihuanapflanzern anlegt, bekommt es mit Farmern zu tun, die traditionell das Law-and-order-Rückgrat der Vereinigten Staaten bilden. In Virginia, Arkansas, Oklahoma und Tennessee werden Millionengeschäfte mit dem grünen Kraut getätigt. Wo über Generationen Tabak kultiviert wurde, liegt das Know-how zur Aufzucht und Pflege der Marihuanastaude quasi in der Gensubstanz der Farmer.

Wie gesagt, die Lage der US-amerikanischen Bauern ist ernst, und was der Bauer nicht kennt, das muß er nicht rauchen. Aber was sollte ihn daran hindern... Dabei handelt es sich doch eigentlich nur um einen Irrtum, eine Fehlentwicklung, eine Planabweichung, denn damals, Ende der 60er Jahre, sollte nur ein reißender Dollarstrom in ein anderes Bett umgeleitet werden.

Konkret 06/83, S. 88

Günter Grass

Zum Widerstand bereit sein

Der Schriftsteller Günter Grass beantwortet Fragen zum Ost-West-Dialog, zur Nachrüstung, zur parlamentarischen Demokratie und zu seiner Rolle in der SPD

KONKRET: Herr Grass, auf den Friedenstreffen der Schriftsteller, zu deren Zustandekommen Sie beigetragen haben, wurden weltpolitische Urteile gefällt. Sie selbst haben zuletzt in Berlin die Vorschläge der Sowjetunion zu den Genfer Verhandlungen begrüßt und die Atomrüstungspolitik der US-Administration heftig kritisiert. Das schien neu - bisher war die Schuld immer gleichmäßig auf »die Supermächte« oder »die Blöcke« verteilt worden. Und dann, plötzlich, sagen Sie wieder: »Und doch wünsche ich mir eine vergleichbare Entschiedenheit der Schriftsteller aus der DDR.« Entschieden in umgekehrter Richtung? Gegen die von Ihnen begrüßten Vorschläge der sowjetischen Regierung?

Grass: Es gibt ja andere Anlässe, kritisch zu sein - sei es das Verhalten der Sowjetunion in Afghanistan, sei es die Rolle, die die Sowjetunion den Veränderungen in Polen gegenüber gespielt hat und immer noch spielt. Wahrgenommen hat das eigentlich nur der ungarische Schriftsteller Konrad. Es gab auch eine Reihe von DDR-Schriftstellern, die sich kritisch geäußert haben. Aber es gab auch etwas, was es im Westen nicht gibt: eine blinde Linientreue, die eigentlich mit der Rolle des Schriftstellers nicht zu vereinbaren ist. Nicht nur mir, mehreren kam es wohl darauf an, mal darauf hinzuweisen, daß wir in erster Linie dort als Schriftsteller argumentieren, daß wir nicht dazu aufgerufen sind, bestimmte Regierungspolitik, die eine wie die andere, zu vertreten.

KONKRET: Die Schriftsteller verstehen sich ja als Teil einer blockübergreifenden Friedensbewegung. Ist das nicht ein großes Mißverständnis. Geht es Ihren Kollegen aus der DDR, die kritisch zu ihrer Regierung stehen, nicht um ganz andere Themen als etwa den 300.000 auf den Bonner Rheinwiesen? Also nicht um die aktuelle Gefahr eines Atomkrieges, sondern um innergesellschaftliche Probleme wie Wehrkunde und Wehrdienstverweigerung?

Grass: Ich glaube schon, daß die Grundstimmung der Friedensbewegungen hier wie dort vergleichbar ist. Aber ich finde es nicht überraschend, daß die Friedensbewegungen durch den jeweiligen Druck geprägt sind, die ihre Gesellschaftsordnung auf sie ausübt. Wenn deutlich wird, daß die USA dabei sind, in Zentralamerika einen zweiten Vietnamkrieg zu eröffnen, wird das in der westlichen Friedensbewegung eine größere Rolle spielen als in der DDR. Dort ist natürlich Polen näher und der Wehrkundeunterricht und die Schwierigkeit, den Wehrdienst zu verweigern.

KONKRET: Und es ist für die dortige Friedensbewegung schwieriger, ihrer Regierung oder der sowjetischen vorzuwerfen, sie strebe atomare Überlegenheit an oder plane den begrenzten Atomkrieg?

Grass: Ja, sicher. Das war übrigens auch die Beurteilung der Autoren, die sich kritisch ihrer eigenen Regierung gegenüber äußerten, wie zum Beispiel Günther de Bruyn. Gerade deshalb könnte die Regierung der DDR einer Friedensbewegung in ihrem eigenen Land gelassener gegenüberstehen als sie es tut.

KONKRET: Von sich haben -Sie in Berlin gesagt: »Ich gehöre zum Westen.« Was heißt das?

Grass: Das ist erst einmal der Zufall, daß ich mich nach 1945 hier fand. Dann ist es eine Entscheidung für das System der parlamentarischen Demokratie, die ich für veränderbar halte...

KONKRET: Sie ist gerade dabei, sich zu verändern...

Grass: Ich wäge dieses System ab gegenüber anderen Systemen im Ostblock, die Veränderungen genauso nötig hätten, die sich aber als unfähig erweisen, diese Veränderungen vorzunehmen. Weil ich mich so entschieden habe, fühle ich mich auch mitverantwortlich, wenn im Namen des Westens, federführend von den USA, zur Zeit eine Politik gemacht wird, die ich für verbrecherisch halte: Die Behauptung eines atomaren Erstschlagsrechts, das Anstreben atomarer Übermacht und Konzepte, wie man Nuklearkriege begrenzen und gewinnen könnte. Davon bin ich betroffen, und dafür fühle ich mich mitverantwortlich.

KONKRET: Auch parlamentarische Demokratien sind also fähig, verbrecherische Politik zu betreiben?

Grass: Das ist in Vietnam bewiesen worden. In der Schlußphase des Vietnamkrieges wurden die Kriterien erfüllt, die in Nürnberg dazu geführt haben, Kriegsverbrechen zu benennen. Deshalb bin ich nicht bereit - oder nicht mehr bereit, das habe ich lernen müssen - zu sagen, daß Demokratie davor schützt, Regierungen zuzulassen, die zu Kriegsverbrechen fähig sind.

KONKRET: Dennoch ist für Sie das System der parlamentarischen Demokratie das Optimale?

Grass: Bis jetzt ist mir noch kein besseres begegnet.

KONKRET: Also getreu dem Churchill-Wort, dies sei eine schlechte Regierungsform, aber alle anderen seien noch schlechter?

Grass: Als Grundlage kann man das akzeptieren, aber nicht als Beruhigung. Mein Verständnis von Demokratie geht über das Formale hinaus, für mich als demokratischer Sozialist gehört das Soziale dazu.

KONKRET: Nun hat die Partei des »demokratischen Sozialismus« 13 Jahre lang in diesem Staat den Kanzler gestellt und die Richtlinien der Politik bestimmt. Dann hat die Mehrheit der Wähler einer Koalition die Macht gegeben, die all die sozialen und auch außenpolitischen Errungenschaften dieser Jahre liquidieren will. Kommen einem, der wie Sie dreizehn und mehr Jahre auf seine Weise mitgearbeitet hat, da nicht Zweifel an der Sinnfälligkeit dieses politischen Systems? Oder nimmt man das einfach so hin, weil man auch verlieren können muß?

Grass: Das ist eine bittere Erfahrung, aber mit dieser Erfahrung war zu rechnen. Das Ende der sozialliberalen Koalition war seit ein, zwei Jahren abzusehen- wie es dann dazu gekommen ist, das war ein häßlicher Vorgang, der auch noch Folgen haben wird. Ich glaube, daß der deutsche Liberalismus dabei einen Schaden genommen hat, der nicht mehr auszugleichen sein wird.

KONKRET: Der deutsche Liberalismus hat zu allererst alle politischen Schweinereien der deutschen Politik von Bismarcks Sozialistengesetz über die Kriegsziele im Ersten Weltkrieg bis zu Hitlers Ermächtigungsgesetz mitgemacht.

Grass: Er hat nicht nur Schweinereien zu verantworten, er hat auch andere Traditionen. Es hat immer einzelne oder Gruppen gegeben, die diese Schweinereien nicht mitgemacht haben. Auch diesmal haben wir erlebt, daß ein Drittel die Partei verlassen hat. Was aber die Wende angeht: Es ist bitter, aber auch ein Stück komisch, daß für manch einen Linken, dem die sozialliberale Politik immer nicht links genug gewesen ist, jetzt deutlich werden wird, was er verliert. Erst der Verlust wird die Leistung erkennbar machen. Andererseits bin ich, was insbesondere die Sozial- und Deutschlandpolitik anbetrifft, nicht allzu pessimistisch. Eine Wende, wie sie gewiß manche vorhaben, muß erstmal praktiziert werden. Selbst dafür braucht es Substanz. Um Adenauer im Rückwärtsgang wieder erreichen zu können, muß man auch ein Stück Adenauer in sich haben. Ich sehe weit und breit keinen bei der CDU, der auch nur annähernd ein Stück der Substanz hätte, die ein Adenauer gehabt hat.

Ich hätte überhaupt nichts gegen einen Wechsel nach 13 Jahren gehabt, wenn auf der anderen Seite eine moderne konservative Partei stände, keine reaktionäre, keine, die sich mit den schon gescheiterten Rezepten aus den USA und England in die fünfziger Jahre retten möchte. Das halte ich für trostlos.

KONKRET: Sie sind nach der Wahlniederlage spontan in die SPD eingetreten. Aus Trotz?

Grass: Es war demonstrierte Solidarität und die Erkenntnis, daß nun eine längere Zeit in der Opposition folgen wird und daß diese Zeit genutzt werden muß. Es wird ein Generationswechsel stattfinden. Die Generation, die. nach meiner kommt - ich nenne mal Oskar Lafontaine -, muß jetzt mit in die Verantwortung hineingezogen werden. Und es muß die Zeit genutzt werden, ausgehend vom Godesberger Programm, Revision zu betreiben, im Sinne eines demokratischen Sozialismus. Es müssen Fragen radikal gestellt werden, die in dem einen oder anderen Fall nur radikale Antworten finden können. Der gesamte Begriff Arbeit muß neu definiert werden, mit allen Konsequenzen. Dieser enge Begriff von Arbeit im Verbund mit Fortschritt, wie wir ihn aus dem 19. Jahrhundert kennen, ist grundsätzlich in Frage gestellt.

KONKRET: Und dazu soll die SPD fähig sein? Sie nennen den Namen Oskar Lafontaine, und der erklärt gerade, daß er im Herbst aus der SPD austreten wird, wenn die Partei der Nachrüstung zustimmt.

Grass: Der Eintritt in eine Partei ist nicht gleichzusetzen mit einem Beitritt zur Allianz Lebensversicherung. Es ist mir doch klar, daß für die SPD schwierige Zeiten kommen werden. Alle, die sich nicht darauf beschränken wollen, Posten neu zu verteilen, sondern die verlangen, daß nachgedacht und Konsequenzen gezogen werden, bis ins Programm hinein, die werden Schwierigkeiten bekommen.

KONKRET: Eine Forderung an Ihre Partei haben Sie schon formuliert: Neue Definition des Begriffs Arbeit. Was meinen Sie damit?

Grass: Der Begriff von Arbeit mit der nahezu ausschließlichen Möglichkeit, sich durch sie zu definieren, ist ja neueren Datums. Er ist durch Renaissance, Reformation, Aufklärung auf uns zugekommen, und wir haben ihn mitsamt dem Begriffsapparat von Fortschritt und Vernunft akzeptiert und sind nun an die Grenzen gelangt. Wären jetzt nicht verschüttete oder nie geprobte kreative Möglichkeiten im einzelnen gefragt - als Ergänzung zu dem, was von Arbeit noch übrigbleiben wird?

KONKRET: Die Diskussion über einen neuen Begriff von Arbeit kommt ja nicht zufällig gerade zu einem Zeitpunkt auf, wo zweieinhalb Millionen in der Bundesrepublik arbeitslos sind.

Grass: Es hat nichts mit der Zahl zu tun, sondern wir haben eine andere Art von Arbeitslosigkeit. Selbst bei einem wirtschaftlichen Aufschwung würde die Arbeitslosigkeit nicht nur bleiben, sondern strukturell wachsen.

KONKRET: Was heißt »wir haben«? Diese Arbeitslosigkeit ist das Resultat von Verhältnissen, in denen wenige Privateigentümer von Produktionsmitteln darüber entscheiden, wer einen Arbeitsplatz bekommt und wer nicht. Als wäre

nicht genug zu tun, um alle arbeitsfähigen Menschen in diesem Staat sinnvoll zu beschäftigen.

Grass: Das weiß ich nicht, ob es möglich wäre, sie sinnvoll zu beschäftigen. Sollen wir, um zu beweisen, daß es keine Arbeitslosen gibt, uns an Konzepte anhängen, die im Ostblock praktiziert werden, wo eine latente Arbeitslosigkeit verdeckt wird durch solche Beschäftigungsprogramme.

KONKRET: Latente Arbeitslosigkeit? Wir hören von dort nur Klagen über Arbeitskräftemangel.

Grass: Wenn die ihre Wirtschaft zum rationellen Arbeiten bringen wollen - und sie werden sie dazu bringen müssen -, dann werden sie zu ähnlichen Problemen kommen.

KONKRET: Welche Rolle werden Sie in der SPD spielen wollen? Die eines offiziellen Beraters, gar die eines Mandatsträgers, oder die des ersten teilnehmenden beobachtenden Schriftstellers?

Grass: Ich glaube, daß ich in erster Linie Schriftsteller bleiben werde, und da in all meine Bücher auch immer die Realität Eingang gefunden hat, die sich als politische zu erkennen gibt, wird das auch zu meiner Rolle gehören. Aber ich bin auch mit Carola Stern, Heinrich Böll und anderen Mitherausgeber von »L 80«, einer Zeitschrift, die sich für den demokratischen Sozialismus erklärt, und von dieser Zeitschrift her gibt es die Möglichkeit, in die Partei hineinzuwirken und mitzuarbeiten. Wir haben als eines der ersten Arbeitsvorhaben jetzt zu Pfingsten einen Kongreß in Saarbrücken gehabt, zum Thema »Die Zukunft des demokratischen Sozialismus ... «

KONKRET: Darüber kann man auch nur noch an Pfingsten reden...

Grass: ... wobei wir auch mit aufgreifen, was es an Impulsen aus dem Ostblock gegeben hat. Es sind bei diesem Kongreß auch Jiri Pelikan und andere, auch einige Polen.

KONKRET: Das klingt so, als ging es bei dem Kongreß mal wieder vor allem um die Frage: Wie schaffen wir den demokratischen Sozialismus in Osteuropa? Die Impulse aus dem Ostblock gingen von einer grundsätzlich anderen Basis aus: Der Privatbesitz an Produktionsmitteln ist dort abgeschafft.

Grass: Der Staatskapitalismus des Ostblocks schafft noch undurchschaubarere Abhängigkeiten als unser Privatkapitalismus. Mit der Umschreibung von Eigentumstiteln von Privaten auf den Staat ist noch nichts getan.

KONKRET: Die Beseitigung der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel bleibt aber Voraussetzung für jede Art von Sozialismus, oder?

Grass: Ja, gut, aber der demokratische Sozialismus muß jetzt endlich einmal den Begriff »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« inhaltlich auffüllen. Das muß geleistet werden, wenn damit nicht bloße Verstaatlichung gemeint sein soll.

KONKRET: Sie haben in letzter Zeit öfter in Bezug auf die Situation in der Bundesrepublik das Wort Widerstand gebraucht. Was bedeutet das für Sie?

Grass: Ich halte die Stationierung von Mittelstrecken-Raketen in der Bundesrepublik für durch nichts vertretbar, auch nicht durch das Konzept des »Wir müssen gleichziehen«, selbst wenn das stimmen würde. Diese Waffen kann ich nicht mehr als Waffen einstufen. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß mich nichts von der Pflicht zum Widerstand dagegen freisprechen würde - auch eine parlamentarische Mehrheit für die Stationierung dieser Raketen nicht.

KONKRET: Was ist das für ein Widerstand?

Grass: Ich bin nur in der Lage, gewaltlosen Widerstand zu leisten und werde mich da den Leuten anschließen, die schon länger darüber nachgedacht haben, wie man Widerstand entwickelt. Ich bin kein Pazifist. Wäre die Verfassung dieses Landes bedroht, würde ich auch andere Formen des Widerstands unterstützen.

KONKRET: Sind Blockaden von Raketen-Transporten und ähnliches für Sie gewaltloser Widerstand?

Grass: Ja.

KONKRET: Der zuständige Staatssekretär im Bonner Innenministerium, Herr Spranger von der CSU, hält das aber schon für sehr gewalttätig.

Grass: Das ist seine Meinung.

KONKRET: Kann der Widerstand Erfolg haben?

erneut Schon eine wachsende Bereitschaft dazu wird Erfolge zeigen. Ohne das deutlich erkennbare Wachsen der Bewegung gegen die Volkszählung wäre es nicht zur Aussetzung dieses Verfahrens gekommen. Ich halte das nahezu für einen Triumph demokratischer Möglichkeiten. Vergleichbares sollte die Friedensbewegung anstreben, denn sie hat eine breite Basis in der Bevölkerung.

KONKRET: Was erwarten Sie von der Partei, der Sie jetzt angehören?

Grass: Das mindeste, was ich erwarte, ist, daß die SPD ihren Mitgliedern freistellt, sich am Widerstand gegen die Stationierung zu beteiligen. Und daß sie Konsequenzen aus dem Doppelbeschluß der Nato zieht - denn für mich und für viele Sozialdemokraten ist doch sehr deutlich geworden, daß der sich abzeichnende Mißerfolg der Genfer Verhandlungen weitgehend auf das Konto der Vereinigten Staaten geht. Und damit ist die erste Bedingung des Doppelbeschlusses nicht erfüllt. Ich denke, die SPD wird das auf ihrem nächsten Parteitag mit Mehrheit sehen.

Konkret 06/83, S. 92

Kraft Wetzel

Linksherum?

»Catch your Dreams« heißt der Porno von Moritz Boerner, der mit großem Erfolg in den Programmkinos läuft. Ein Film ohne Drehbuch und Regie, ohne Porno-Profis, sondern mit Leuten, die Spaß am Sex zeigen und die Szenen später kommentiert haben. Doch das Dilemma bleibt: auf der Leinwand ist Vögeln kein abendfüllendes Thema.

Porno im Programmkino? Haben die zahlreichen Szene-Kinos, bei denen zur Zeit »Catch your dreams ... « für volle Kassen sorgt, den letzten Rest an kulturpolitischer Ambition, an kritischem Schamgefühl über Bord geworfen? Kommen auch diese Kinos jetzt aufs Niveau öffentlicher Bedürfnisanstalten herunter?

Der Film, der manche linken Kritiker zu solchen Fragen provoziert, zeigt eine Gruppe von jungen Leuten, die in einem Schloß eine Woche lang nach Herzenslust vögeln - und sich dabei von der Kamera zusehen lassen. Den Kinogängern geboten wird Sex in vielerlei Variationen , Schwänze, Brüste, Mösen zuhauf und sonst (fast) nichts. Ist das also ein pornographischer Film?

Vor Jahren bin ich, nicht nur zu Studienzwecken und den hohen Eintrittspreisen und der Bordell-Atmosphäre zum Trotz, in Pornokinos gegangen, um mir »hard-core«-Filme anzuschauen. Der Unterschied zwischen Porno- und Sex-Filmen, zwischen soft- und hard-core-Porno ist, das begriff ich nach und nach, daß in hardcore-Filmen *wirklich* gevögelt wird. In soft-core-Filmen, die deshalb in »normalen« Kinos laufen, wird nur so getan, wird der Akt nur indirekt gezeigt: Quietschende Bettfedern und ekstatisches Stöhnen, verdrehte Augen und flatternde Zungen sollen ihn *vortäuschen.* Als Beweis dafür, daß in hard-core-Filmen wirklich vor unseren Augen gevögelt wird, gibt es dort »come shots« - auch dies ein Kürzel aus dem lakonischen US-Showbiz-Slang: Kurz vor ihrem Erguß ziehen Pornofilm-Darsteller ihr Glied aus der jeweiligen Körperöffnung und spritzen ihrer Dame den Samen auf den Bauch oder ins Gesicht; die Darstellerinnen tun dann so, als fänden sie das toll, schlabbern aufgeregt oder verschmieren das weißliche Zeug auf ihren Körpern.

Diese »come shots« waren mir von Anfang zuwider. Daß hier dauernd um des Vorzeigens willen praktiziert werden muß, was sonst nur aus Versehen passiert, und daß die Filme mir das auch noch als das Geilste überhaupt weismachen wollten, empörte mich. Auch wollte mir nicht einleuchten, daß sich die Akteure häufig wie Hochleistungssportler abrackerten in sichtlich unbequemen Stellungen, die offenbar nur deshalb zustande kamen, weil der Kameramann einen möglichst freien Blick auf Schwanz und Möse haben mußte.

Schließlich fiel mir auf, daß ich die meisten Darsteller nicht attraktiv finden konnte, daß sie sich offenbar gegenseitig auch nicht mochten; deshalb ließ mich ihre Sexualakrobatik kalt, wurde sie schnell langweilig. Nach ein paar Versuchen sah ich mir denn auch keine Pornos mehr an.

Unbeschadet von diesen tristen Seh-Erfahrungen blieb aber der Wunsch, der mich in diese Kinos hatte gehen lassen: Sex so zu sehen zu bekommen, wie ich ihn mir in einsamen Stunden für mich selber ersehnte. Was mir da vorschwebte, war keine Donnerstagnacht mit dem vertrauten Weib, sondern Sex als kühnes Abenteuer, als genießerisches Vagabundieren auf unerschlossenem Terrain, als freier Fall in noch unbekannte Möglichkeiten.

Auch Moritz Boerner hat sich Pornofilme angeschaut, auch ihn enttäuschte ihre Gefühlskälte, das Mechanische an ihnen. Mit »Catch your dreams ... « hat er versucht, einen Film zu drehen, wie er ihn sich bei seinen Abstechern ins Pornokino gewünscht hatte, ohne »come shots«, ohne Akrobatik, ohne Vorzeige-Krampf.

Den jungen Leuten in seinem Film sieht man an, daß sie keine entfremdete Arbeit verrichten, daß sie nicht primär für die Kamera, sondern für sich und aus Lust und Sympathie füreinander vögeln. Ihre erotischen Wünsche und Phantasien leben sie genießerisch und hemmungslos aus, verlieren sich manchmal darin und ineinander, flippen aus. Einmal vorbehaltlos, von morgens bis abends, dem Sex, den sinnlichen Begierden leben zu können: daß es möglich ist, diese hedonistische Utopie auszuleben, daß wir uns dabei von Konvention und Tabu nicht aufhalten lassen brauchen und daß wir dazu nicht wie Robert Redford aussehen oder Mick Jagger sein müssen, darauf insistiert dieser Film und damit hat er recht.

Einen »anspruchsvollen erotischen Film« hatte Boerner den Anlegern versprochen, die er durch Zeitungsannoncen gesucht und gefunden hatte; ein Bauer aus Wörishofen und ein Hamburger Kaufmann haben diese knapp 250.000 Mark billige Produktion finanziert. Mit den Pornofilmen, von denen Boerner sich absetzen wollte, hat sein Film bei näherer Betrachtung dennoch mehr gemein, als ihm lieb sein kann.

Zunächst ist da der mir aus Pornos geläufige Nummern-Kanon, dem auch »Catch your dreams ... « folgt: Man bekommt beispielsweise eine masturbierende Frau, ein lesbisches Paar, einen Mann mit zwei Frauen zu sehen - aber keinen masturbierenden Mann, kein homosexuelles Paar, keine Frau mit zwei Männern. Was das Primat einer eindeutig männlichen, stramm heterosexuellen Libido gefährden könnte, wird wie im konventionellen Porno ausgespart - oder lächerlich gemacht: Die einzige komische Figur in diesem Lust-Schloß ist eine Tunte.

Boerner akzeptiert diese Kritik, erklärt sich aber für nicht zuständig; Regie habe er so wenig geführt wie ein Drehbuch geschrieben; seinen aus dem Bekanntenkreis und durch Anzeigen rekrutierten Darstellern habe er freie Hand gelassen, ihre eigenen Phantasien mit selbst mitgebrachten Requisiten auszuleben. Wenn das stimmt, dann läßt uns die Abfolge der Paarungen, der szenischen Arrangements in diesem Film ahnen, in welchem Maße die sexuelle Phantasie auch in unseren Kreisen - und aus denen stammen die Akteure, die Filmemacher - kolonialisiert ist, wie fest die pornographischen Denkformen ihrer Herrschaft in einer Sphäre verankern konnten, die von der Linken ja lange Zeit nicht weniger zwanghaft aus der öffentlichen Erörterung ausgegrenzt wurde als von der politischen Reaktion.

Mit einer älteren, als Aufklärungsfilm getarnten Variante des Sexfilms hat dieser die Anstrengung gemein, Sex durch dick, aufgetragene Musik zu überhöhen, künstlich zu schönen. Boerner will Sex nicht nur einfach zeigen, er will ihn feiern. Deshalb bekommen wir von der einwöchigen Drehzeit im Schloß auch nur die schönen, die ekstatischen Augenblicke zu sehen, fast nichts von den Spannungen, nichts von den Enttäuschungen, die es in dieser zufällig zusammengewürfelten Gruppe auch gegeben haben wird. In den Kommentaren aus dem Off kommen zudem nur solche Mitwirkenden zu Wort, die diese Woche genossen, als Erfüllung langgehegter Träume empfunden haben. Boerner will uns »the joy of sex« predigen, und wie jeder, der sich allzu sehr ereifert, weckt er unser Mißtrauen.

Uneingeschränkt wohl war mir beim Hinschauen auch nicht: Denn der Blick der Kamera, der zu unserem wird beim Blick auf die Leinwand, ist allzu häufig ein pornographischer Blick, ein Blick, der danach giert, möglichst nahe heranzukommen ans Zentrum der action, ein Blick, dessen Fluchtpunkt das in der Möse verschwindende Glied ist. Doch gerade in den Großaufnahmen der Mösen und Schwänze setzt sich der pornographische Blick durch: je näher er seinem Ziel kommt, desto mehr verflüchtigt er sich. Was ein Pornofilm letztlich zeigen müßte - Lust, Gier, Genuß, Befriedigung - ist nicht vorzeigbar, weil physisch nicht zu fassen, vollzieht sich - wenn überhaupt - hinter den geschlossenen Augen der Akteure. Der Anblick der Hautfalten und Schwellkörper von Leuten, die wir nicht sehen, geschweige denn mögen und zu begehren Gelegenheit hatten, ist ungefähr so anregend wie der jener Lehrfilme über Geschlechtskrankheiten, mit denen uns in der Schule der Spaß am Sex ausgetrieben werden sollte.

Überhaupt ist Sex, auch in diesem Punkt hat »Catch your dreams ... « Teil am Dilemma seines Genres, als Kino-Stoff nicht abendfüllend. Denn, um eine Formulierung von Carmen Capezzoli zu variieren: schneller als gedacht hat sich herausgestellt, daß sich vorn Ficken *an sich so*wenig zeigen läßt wie von einem Gewitter, wo es bekanntlich auch immer nur blitzt, donnert und dann regnet. Der Anblick von Sex an s ich, als Verrichtung irgendwelcher uns gleichgültig bleibender Leute wird schnell langweilig. Auch »Catch your dreams ... « könnte uns nicht bei der Stange halten, wenn uns nicht wenigstens einige der Akteure durch ihre Kommentare zu den Dreharbeiten und dem fertigen Film näherkämen, sympathisch würden; die Worte -aus dem Off rührten mich jedenfalls mehr als all die gierenden Großaufnahmen.

Wie sollen wir uns als Linke zu diesem Film, zu seinem enormen Erfolg in unserem Milieu verhalten? Sollen wir einstimmen in die hämische Polemik der »Frankfurter Rundschau«, die auch die Schaulust der Besucher denunziert? Wie »normale« Pornos sei dies ein Spekulationsprodukt, nur linksherum gewirkt: Was ist daran »spekulativ«, daß einer so lustvollen Sex zeigt, wie viele unter uns ihn gerne sehen mögen? Spekulativ sind Filme, die vorhandene Bedürfnisse bloß ausbeuten statt sie zu befriedigen; »Catch your dreams ... « dagegen zeigt, was er verspricht, betrogen kann sich keiner fühlen.

Meine politische Kritik an diesem Film setzt an seinem feudalistischen Ambiente an, daran, daß sich seine Akteure in einem luxuriösen Schloß(-hotel) tummeln. Ein progressiver Film dürfte die Verwirklichung erotischer Sehnsüchte nicht im Reservat einer solchen Ausnahmesituation belassen, er müßte sie gegenüber unseren Lebensverhältnissen, unserem Alltag einklagen. Er müßte im Namen dieser Sehnsüchte zur Veränderung, zur Bereicherung unserer Lebenspraxis anregen, und er könnte das, indem er »Geschichten erzählen würde, in denen 'auf eine ebenso berauschend *alltägliche* Weise gevögelt wird wie gegessen, getrunken, gekämpft und gearbeitet'« (Carmen Capezzoli).

Das zentrale Dilemma mit noch dem denkbar besten Pornofilm ist schließlich, daß da *nur* gevögelt wird. Damit antwortet er freilich nur auf einen Mangel, den die anderen Filme erzeugen, indem sie alles andere zeigen, nur das nicht. Das Ende der Pornographie waren Filme, in denen Sex dasselbe Recht hätte wie in unserem Leben, mit derselben Selbstverständlichkeit und Direktheit dargestellt werden würde wie ein Gespräch im Lokal oder eine Fahrt mit der U-Bahn.

Im Hamburger »Abaton«-Kino lief dieser Film acht Tage lang, dann beschlagnahmte ihn die Staatsanwaltschaft. Das jetzt anhängige Verfahren wirft ein Schlaglicht auf eine Rechtslage, die in ihrer bauernschlauen Doppelmoral -selbst in unserem Rechtsstaat seinesgleichen sucht: Pornographische Filme zu machen, ist legal, sie vorzuführen auch, untersagt ist jedoch, sie »entgeltlich« vorzuführen .... solange der Eintrittspreis nicht »überwiegend für sonstige Leistung« erbracht wird; deshalb bekommt man in Pornokinos zur Eintrittskarte ein paar Schnapsfläschchen oder Bierbüchsen. Unter dem Vorwand, »die im Einklang mit den allgemeinen Wertvorstellungen gezogenen Grenzen des sexuellen Anstands« (Beschlagnahme-Wortlaut) zu schützen, haben unsere Gesetzgeber also die Interessen des Porno-Geschäfts aufs Wundersamste mit denen der Getränkeindustrie harmonisiert. Da »Abaton«-Chef Grassmann den Film nicht für pornographisch hält und sich

weigerte, Getränke mitzuverkaufen, wurde der Film bei ihm eingezogen. Die anderen Programmkinos halten sich an die Spielregeln und wurden bislang nicht behelligt. Solange es ein Bier oder ein Fläschchen Schampus dazu gibt, is' bei uns eben - hicks - alles legal, jawoll!

Konkret 06/83, S. 94

Gabriele Kreis

Zur rechten Zeit der rechte Prozeß

Immer mehr Bücher müssen unter den Ladentisch. Jetzt steht ein Verleger wegen Pornographie vor Gericht.

Für Frau U.E., Mitglied der evangelischen Frauenvereinigung und selbsternannte Sprecherin »aller anständigen Menschen« ist die Sache klar: In Schwarzenbek steht seit Ende April ein »Sittenstrolch schlimmster Sorte« vor Gericht, einer, der zu einer »saftigen Geldstrafe« verurteilt gehört, wenn nicht gar (die Dame hat ein Wort gelernt) zu »einigen Jahren Berufsverbot«.

Berufsverbot ist gefordert als Verlagsleiter, denn als solcher hat der Angeklagte versagt. Ein Herr Ungenannt gab es ihm schriftlich, per Post, pünktlich zum dritten Verhandlungstag: »Haben Sie denn kein Gespür? Sind Sie schon so verkommen, daß Sie nur noch im sexuellen Schmutz wühlen können? Von Verantwortung jungen Menschen gegenüber haben Sie überhaupt keine Ahnung. Weg mit diesen unanständigen Taschenbüchern, die unsere Jugend verderben!«

Der so ins Gerede Geratene ist Dr. phil. Matthias Wegner, 45 Jahre alt, Verlagsleiter des Rowohlt Buch- und Taschenbuch Verlages, eines Unternehmens, das sich seiner »verlegerischen Liberalität« und seines »aufklärerischen Impetus« rühmt. So jedenfalls stellte es Matthias Wegner vor Gericht dar, befragt zu Person und Sache. »Immer bemüht, nicht hinter der Zeit herzulaufen«, kreierte Rowohlt so verdienstvolle Reihen wie rororo Sexologie und so lukrative wie ropopo (Branchen-Spitzname). Die allerdings ist versteckt in der allgemeinen Taschenbuchreihe und nur erkennbar an der immergleichen Aufmachung: Blanke Brust in Pastellfarben, rote Schrift auf weißem Grund. Ansehnliche Büchlein, nicht frauenfeindlicher als etwa »Stern« und »Spiegel«, weniger sittengefährdend als »Dallas« - wenn auch meist genauso schlicht gestrickt. Und sie sind längst nicht so jugendgefährdend wie der derzeitige Lehrstellenmangel oder die regelmäßige Lektüre von »Bayernkurier«, Landserheftchen oder der »Deutschen National-Zeitung«. Dennoch wurden viele von ihnen von der Bundesprüfstelle (BPS) zur jugendgefährdenden Schrift erklärt und indiziert. Jugendgefährdend, weil pornographisch - das für die BPS mit Abstand schlimmste aller Vergehen: Den rund 3.000 »pornographischen Indizierungen« stehen ganze 80 wegen Rassenhetzerei und Gewaltverherrlichung gegenüber. Ein absurdes Zahlenverhältnis, ein Dokument herrschender Moralvorstellungen, denen zufolge der Ruf »Ausländer raus!« weniger verwerflich ist als die gedruckten Lustschreie minderjähriger Mädchen beim Geschlechtsverkehr.

Vor allem um die geht's nun in »Rosa Autostop« (Erstauflage 65.000 Exemplare, verkauft 50.000) von José Pierre und »Schwestern« von Pierre Louys, die Matthias Wegner vor den Kadi brachten. Gehört »Rosa Autostop« nur zu den indizierten Titeln, so sind die »Schwestern« dagegen inzwischen für jedermann verboten - strafrechtliche Konsequenz einer bayerischen Anzeige. Im Frühjahr 1982 wurde die gesamte Auflage zu Altpapier verarbeitet. »Rosa Autostop« gibt es immer noch, im Unterm-Ladentisch-Verkauf.

Nun sollten Indizierung und Verbot genug Strafe sein für einen Verleger, der verkaufen will - und so war es ja auch bis vor kurzem. Die letzte strafrechtliche Verfolgung in solcher Sache liegt an die zehn Jahre zurück. , Nun kommt die geistig-moralische Erneuerung in die Gänge, und die Reaktion marschiert wieder. Am flottesten natürlich, und das schon seit geraumer Zeit, in den CDU- und CSU-regierten Bundesländern. Ein Blick in die »BPS-Statistik für 1982 - Anträge auf Indizierungen« genügt: Angeführt wird sie vom Kreisjugendamt Hannover (nur zuständig für die Stadt Hannover) mit 49 Anträgen. Zum Vergleich: Die Jugendbehörde Hamburg ist mit nur zwei Anträgen dabei. Ein Zufall ist das sicherlich nicht. Viele Indizierungsanträge bringt nur zusammen, wer eifrig sucht. Die wiederholt geäußerten Vorwürfe hannoverscher Buchhändler, »die Staatsanwaltschaft verstehe sich immer mehr als 'Sittenwächter' und beschlagnahme zunehmend auch erotische Klassiker, wies Thomas Pfleiderer, Dezernent der niedersächsischen »Zentralstelle zur Bekämpfung gewaltverherrlichender, pornographischer und sonstiger jugendgefährdender Schriften«, allerdings entschieden zurück: »Wenn die Zahl unserer Kontrollen in Buchhandlungen und der Beschlagnahmungen steigt, dann deshalb, weil heute auch zunehmend seriöse Verlage pornographische Werke in ihr Programm aufnehmen.« In diesem Zusammenhang fällt der Name Rowohlt.

Ins gleiche Horn gestoßen wird in der letzten BPS-Statistik: Der Liste der indizierten Rowohlt-Titel (insgesamt 16) ist eine Fußnote angefügt, ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat aus dem »Stern«: »Im Taschenbuchbereich, der das Unternehmen trägt und Gewinn macht, drängen die reinen Lore-Romane und Pornos nach vorn. Die Maßstäbe für gute Unterhaltungsliteratur verrutschen.« - Was diese Notiz (für Wegner-Anwalt Groth »eine Beleidigung des Verlags«, für Matthias Wegner schlicht »unwahr«) in einer Statistik zu suchen hat, wird das Geheimnis von BPS-Leiter Rudolph Stefan bleiben. Den Verdacht, daß der nun eröffnete Prozeß gegen Matthias Wegner (pikanterweise lange Zeit verlegerischer Beisitzer der BPS) Methode habe, mag das nähren. Zu beweisen ist er nicht. Eher wohl, daß ein abschreckendes Exempel statuiert werden soll, so ganz im Stil der 'neuen Zeit'.

Weh' dem, der da nicht weiterdenkt! - Wer garantiert mir, daß der Verleger, der heute nur wegen Verbreitung von Pornographie vor Gericht steht, nicht schon morgen wegen einer Aufklärungsschrift zum Volkszählungsboykott verurteilt

wird? Es sei denn, er unterläßt - prozeßgewarnt - das Verlegen derart umstrittener Texte lieber ganz.

Kurzum: Es geht im Gerichtssaal von Schwarzenbek nicht nur um Fragen der literarischen Freiheit.

Gern glaube ich, daß daran die Moralapostel vom Jugendschutztrupp Geesthacht und Lauenburg keine Sekunde dachten, als sie in einem Supermarkt-Buchständer den »Rosa Autostop« entdeckten und empört zur Anzeige schritten. Das Gericht jedoch sollte daran denken - Pornographie hin, Pornographie her! Denn was ist die schon anderes als ein Reflex auf die sexuelle Not in unserer Gesellschaft. Solange Bedarf an Pornographie besteht, ist es kurzsichtig und kleinlich, die zu bestrafen, die diesen Bedarf befriedigen, ohne nach den Verhältnissen zu fragen, die ihn produzieren. Einfacher gesagt: Jede Gesellschaft hat die Pornographie, die sie verdient. Und die ist im Falle der unseren in der Regel weitaus schlimmer als alle indizierten ropopo-Bände zusammen, von denen keiner dazu angetan ist, Jugendliche sexuell und sozialethisch zu desorientieren oder gar - was das Schlechteste nicht wäre - sexuell zu erregen.

Denn vor der »falschen Lust« steht die Leseleistung, und die bringen Jugendliche kaum, wenn sie es andernorts einfacher haben können. Und das ist kein Problem. Jeder Bahnhofskiosk versorgt sie mit einschlägigem Bildmaterial; mit etwas Glück kommen sie in den Genuß des einen oder anderen Videofilms; den Rest besorgen Pam-Kino-Aushänge, Kontaktanzeigen in Tageszeitungen, als Aufklärer getarnte »Bravo«-Pornos und der Zufall.

Na und! Warum sollte in einer Gesellschaft, in der von A bis Z, vom Abgeordneten bis zum Zeugungsakt, alles käuflich ist, wenn man nur genug Geld hat, gerade Sex unter Verschluß gehalten werden? Pornographie ist eine Ware wie jede andere. Die sie vertreiben, wissen das, auch Rowohlt. Erst ihr Verbot macht sie begehrenswert. Und überdies legt es die Vermutung nahe, daß es mit unserer Moral nicht weit her sein kann, wenn sie Grenzüberschreitungen so sehr fürchten muß.

Die munteren Drittklässler in der U-Bahn, die kichernd »Schieben, Schlecken, Action - Satisfaction« deklamieren, sind mir allemal lieber, weil ehrlicher und ungefährlicher, als Kanzler Kohl und sein doppelzüngiges Geseire von der »Wende der Moral«. Es gehört schon einige Chuzpe dazu, das Ja zur Nachrüstung zur »moralischen Position« zu erklären und gleichzeitig die liberale Handhabung der sozialen Indikation beim §218 unmoralisch zu nennen. Derart definierte »moralische Grundwerte« haben mit Moral nun wirklich nichts mehr zu tun; für sie wurde das schöne Wort »Doppelmoral« geprägt.

Das rechte Wort zur rechten Zeit. Zur rechten Zeit der rechte Prozeß.

Ein absurder Prozeß, in dem Richter Schöffen und Staatsanwältin in literaturwissenschaftliche Debatten gezwungen werden, von denen sie kaum etwas verstehen, ein Prozeß, so absurd wie die Wirklichkeit, der er entstammt. Gerade darum is t er so wichtig. Am 1. Juni wird das Urteil gefällt. Bis dahin werden zur Frage der Jugendgefährdung die Sexualwissenschaftler Prof. Helmut Kentler und Prof. Gunter Schmidt gesprochen haben. Daß das von Bedeutung für die Urteilsfindung sein wird, ist nur zu hoffen.

Das letzte Wort in diesem Verfahren ist damit sicherlich nicht gesprochen. Drum: Auf ein Neues in der nächsten Instanz...

Konkret 06/83, S. 97

Matthias Altenburg

Bücher: Keiner muß Kassandra sein

Christa Wolfs neues Werk ist ein Lichtblick in all der zweifelhaften Friedensliteratur.

Vorneweg: von dem, was man Friedensliteratur nennt, hab ich die Schnauze voll. Und zwar gestrichen. Wenn, was geschrieben wird, nicht gegen Krieg geschrieben wird, nicht Lust auf Leben macht (und sei es durch die Schilderung des Schreckens) und nicht auf Wahrheit aus ist, hat es den Namen Literatur doch sowieso verwirkt.

Ach ja, und noch eins: da werden Bücher gemacht über die Ausweglosigkeit, immer flinker, immer mehr; da werden diese Bücher rezensiert und vielleicht auch gelesen. Man könnte fast neidisch werden auf soviel Unheilsgewißheit. Aber, denk ich mir, Literatur, wenn sie der Mühe wert sein soll, muß sich dicht an der Grenze bewegen, hinter der die Sprachlosigkeit beginnt.

Die Erfahrung habe ich gemacht: Christa Wolf lesen, das heißt, nicht mehr loskommen. Auch lange nach der Lektüre nicht. Die *unlebbaren Alternativen, von Bindungen abzuhängen, die mich ersticken, wenn ich sie dulde, und die mich zerreißen, wenn ich mich löse,* darum ging es in »Kein Ort. Nirgends«. Was konnte danach noch kommen?

Also »Kassandra«. Kassandra ist die Seherin, dazu verurteilt, daß ihr keiner glaubt. Wer ist Kassandra?

Die Autorin nähert sich dem Thema auf einer Griechenlandreise, in Gesprächen zu Hause, in Notizen, einem Brief. Dokumentiert ist dies in den jetzt als Buch vorliegenden Frankfurter Poetik-Vorlesungen. Zum Glück bleibt Christa Wolf nicht sachlich, will es nicht bleiben, will Kassandra herauslösen aus Mythos und Literatur. Deshalb läßt sie sich irritieren von Zeitungsberichten, die den Stand der Kriegsvorbereitungen melden; deshalb schaut sie den Leuten in die Augen, beschreibt das Osterfest der Griechen und auch die bildungsbeflissenen Touristen, deren Weltläufigkeit mit der Zeit zur Läufigkeit schrumpft.

Aber warum diese Figur, warum soweit zurück? Wo will die Autorin hin? Und gleich der Verdacht: Christa Wolf als Seherin? Oh, Gott.

Aber nein, dann finde ich den Satz *Jetzt muß man nicht mehr »Kassandra« sein: Die meisten beginnen zu spüren, was kommen wird.* Kassandra ist heute ein Kollektiv.

Christa Wolf übt Zivilisations- und Rationalismuskritik; sie weiß um die Rolle der Ängste, der Sehnsüchte und Träume; sie weiß auch, wie lange die Linke all dies vernachlässigt hat. Aber alles, was sie dazu schreibt, schreibt sie so, daß es nicht verwertbar wird für ein Menschenbild, weiches die animalische Bewußtlosigkeit, die klebrige Unvernunft zum Ideal erhebt. Und dazu das schöne Leonardo-Zitat: »Die Erkenntnis, die nicht durch die Sinne gegangen ist, kann keine andere Wahrheit erzeugen als die schädliche.«

Wenn ein entfremdungsfreier Raum für möglich gehalten wurde, dann galt als solcher immer und zuerst die Kunst. Christa Wolf ist da skeptisch. Wo die Möglichkeiten schwinden, kann Geschichte nicht mehr als Heldengeschichte erzählt werden. Wo Realisten, Pragmatiker die Welt in Stücke sprengen wollen, muß ein neuer Realismus her, ein neues Wirklichkeitsverständnis. Die Befürchtung, Ästhetik sei auch dazu geschaffen, *sich Wirklichkeit vom Leib zu halten,* ist berechtigt. Geschlossenheit verkommt fast immer zur Idylle.

Die letzte, fünfte der Poetik-Vorlesungen ist die Erzählung selbst. Freunde haben mich gewarnt - »Unlesbar! Die vielen Götter und so ... « Die Griechen haben Troja besiegt. Agamemnon, ein Sieger, nimmt sich Kassandra, die Tochter des Trojaner-Königs Priamos, als Beute mit nach Hause. Sie weiß, daß sie ihre Ankunft in Mykenae nur um wenige Stunden überleben wird. Angesichts des Todes resümiert sie das Geschehene. Ihr Monolog ist die Erzählung. Es *stimmt: Der nahe Tod mobilisiert manchmal das ganze Leben. Zehn Jahre Krieg. Sie waren lang genug, die Frage, wie der Krieg entstand, vollkommen zu vergessen. Mitten im Krieg denkt man nur, wie er enden wird. Und schiebt das Leben auf. Wenn viele das tun, entsteht in uns der leere Raum, in den der Krieg hineinströmt.*

Kassandra war gerne Trojanerin. Aber der Krieg hat die Stadt gespalten. Die Ereignisse nehmen zu, die Wirklichkeit nimmt ab. Gesichter werden zu Fratzen und Schwächlinge zu Helden. Immer mehr gerät Kassandra in Widerspruch zum Palast, zu ihrer Familie. So, nur auf sich selbst zurückgeworfen, entdeckt sie Außenwelt und schließlich Freunde. Die Stadt wird beschrieben, die Wege, das Pflaster, die Mauern, die Hitze, das Licht. Nichts ist nebensächlich. Eins ist sicher, daß die Kraft, was Neues anzufangen, nicht aus den großen Siegen, daß sie aus dem Alltag kommt.

Kassandra hat ein Angst-Gedächtnis, ein *Gefühls-Gedächtnis.* Sie will Zeugin sein, auch wenn ihr keiner zuhört. *Wann der Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg.* Wer hat schon den Mut heute, so nüchtern zu schreiben, daß es den paar Exoten, die noch gelernt haben lesen zu wollen, das Herz zerfetzt? Es tut gut, jetzt, wo wir schwächer werden, solche Bücher zu haben. Da ist eine, die hat auch Angst, aber flennt nicht, kann trotzdem gerade gehen.

Bei voller Bewußtheit gibt die noch was auf Träume.

Christa Wolf: »Kassandra«, Luchterhand Verlag, 157 Seiten, 22 Mark

Materialiensammlung »Voraussetzung einer Erzählung Kassandra - Frankfurter Poetik-Vorlesungen«, Sammlung Luchterhand 456, 160 Seiten, 12,80 Mark

Konkret 06/83, S. 97

Franz Josef Degenhardt

Bücher: Die Rache des Blumenpissers

»Aufgeklärte Märchen« für Leute mit freiem Kopf und freiem Herzen.

Aufklärung ist Ent-Täuschung, was ihr die Täuscher übelnehmen. Deshalb lassen sie die Gegenaufklärer Märchen erzählen. Wenn nun einer wie der Rühmkorf ankommt und nennt die Sammlung seiner phantastischen Geschichten »aufgeklärte Märchen«, so klingt das den Märchenerzählern verdächtig.

Der »FAZ«-Rezensent von Peter Rühmkorfs Märchen-Sammlung, Walter Hinck, spricht das auch gleich an. Selbstverständlich literaturwissenschaftlich verschlüsselt. 1794 sei von Martin Wieland ein Roman erschienen, in dem Feengeschichten als Lügengespinst entlarvt wurden. Dieser von Hinck höhnisch gemeinte »Triumph der Aufklärung« wiederhole sich aber bei Rühmkorf nicht, beruhigte er sofort. Weil es Rühmkorf dem Leser selbst überlasse, herauszufinden, was Fakt sei und was Phantastik. Wirkliche Aufklärung statt dogmatischer Belehrung, soll das heißen, und dabei gibt Walter Hinck in der »FAZ« Interpretationshilfe. So zum Beispiel zu dem Stück »Agent und die Elfe«, einer raffinierten Science-fiction-story, die beginnt: »Gibt es eigentlich Elfen in Schottland?«

Es gibt sie, und sie stören ganz erheblich das Überwachungssystem für Feind-Raketen bei Houghindouble. Die Elfen dort tanzen einen Elfentanz, der auf dem Radarschirm der Abwehranlage eine Verflockung erzeugt, so daß Störfall-Alarm einsetzt und die Abwehrraketen aus den Silos fahren. Nein - es kommt nicht zum großen Blackout. Zum guten Märchen ende wird die Raketen-Überwachungsanlage aufgegeben und vom ewigen Schottland-Grün überwuchert.

Der Rezensent in der »FAZ« sorgt sich nun, ob Rühmkorf nicht der Friedensbewegung mit diesem Märchen einen Schlag versetzt habe. Die müßte ihm nämlich Verharmlosung einer Überlebensfrage vorwerfen. Es wird aber auch mild kritisiert, daß dieses Märchen einen zivilisatorischen Ansatz habe, und »die Analyse, die allein den wahren Charakter der wissenschaftlich-technisch herbeigeführten und in Schach gehaltenen Bedrohung erkennbar macht«, könne vom Märchen, und sei es noch so aufgeklärt, nicht geleistet werden. Gleichwohl, das Gutartige des Märchens ist gebongt.

Man kann's aber auch anders sehen, interpretiere ich jetzt mal aus der entgegengesetzten ideologischen Ecke: Der ganze Trouble in der Anlage des Abwehrsystems bei Houghindouble konnte doch nur passieren, weil der Geheimagent der Überwachungsmacht, ein Napoleon (er buchstabiert sich aus Tarnungsgründen rückwärts NOEL OPAN), von der Oberelfin Lizamaria umgedreht worden ist. Das riecht doch nach Fällen wie Traube, Bastian, Mechtersheimer und ähnlichen. Wie, wenn der Autor uns aufklären wollte; daß die Umdrehungsspezialisten, die er märchenhaft-listig Feen nennt, weiter und immer erfolgreicher am Werk sind? Da Lizamaria und ihre Genossinnen ganz offensichtlich die Sympathie des Autors besitzen, sieht's auch nach Zustimmung zu dieser Unterwanderungs- und Umdrehungspraxis aus. Hat das der Rezensent der »FAZ« nicht bemerkt? Oder will er den Leser von einer solchen Lesart wegführen? Ahnt er vielleicht, daß Rühmkorf entwischen will, trotz seiner ehemaligen Beteuerung, beim Dichten kein Kommunist sein zu wollen? Oder ist das etwa auch ein vertracktes Märchen gewesen? Wie, wenn der Märchenonkel, der »den Ideen der Grünen nicht fernsteht«, was als eben noch akzeptabel vermerkt wird, doch mehr weiß und will, als er schlauerweise vorgibt, nicht zu wissen oder zu wollen?

Verfolgt man diesen Gedanken, auf den einen aufgeklärte Märchen nun mal bringen, so ist die Titelstory »Der Hüter des Misthaufens« ein geschicktes Agitationsstück für den gesamtdeutschen Neutralismus: konvergenztheoretisch voll abgesichert wird über das alte Drei-Brüder-Schema (Königspapa teilt seinen Besitz unter seine drei Söhne auf, wobei der eine die unbewegliche, der andere die bewegliche Habe, der Jüngste das auf den ersten Blick Schäbigste abbekommt, hier den königlichen Misthaufen) der Faden gesponnen. Es kommt zum Krieg um die Gesamthabe zwischen den älteren Brüdern, die sich, als das Volk des Bruderkriegs müde ist, zusammentun und gen Osten gemeinsam Krieg führen; der Osten marschiert ein, holt alles aus den Bruderländern heraus (eine feine, verdachtsablenkende Abweichung von der Real-Geschichte), zieht ab - und dann kommt die Stunde des Jüngsten: Mit Hilfe des Volkes wird der riesige Misthaufen übers Land verteilt, und es beginnt zu grünen und zu blühen und viel Frucht zu tragen, und alles kommt in friedlichen Gang und natürlich zum friedlichen Ende.

»Offensichtlich koppelt Rühmkorf Aufklärung vom Denken in Kategorien des (technischen) Fortschritts ab« - mehr fällt dem Rezensenten Walter Hinck in der »FAZ« nicht ein.

Auf diese bornierte Art gelesen und interpretiert - entweder mit den Augen des realexistierenden »FAZ«-Auslegers Walter Hinck oder mit denen eines konkret nur vorgestellten »UZ«-Hardliners - bringt man sich zumindest um den Genuß der fabelhaften Rühmkorf-Geschichten. Und den sollte sich auch ein knochenharter Ideologie-Crack ruhig mal leisten. Man muß mit freiem Kopf und offenem Herzen an diese Märchen herangehen, um abfahren und fortschweben zu können, zum Beispiel mit einem Anfang wie: »Als der Winter so kalt geworden war, daß die Bäume den Atem anhielten und die Küsse der Verliebten am Bart festfroren ... « oder unterzutauchen auf den Grund, »wo die Schatzschiffe liegen mit ihren

unermeßlichen Ladungen an Bernstein und russischem Zarengold und Lapislazuli und portugiesischem Räubersilber und Wetteraurer Königsbrakteaten«.

Mit Märchen fliegen oder tauchen, sich wegtragen lassen ins Helle oder Dunkle, wer möchte das nicht schon mal gern? Mir ist es dabei meist so ergangen, daß ich zum Märchenende - ob hell oder dunkel - »beruhigt« gewesen bin, beruhigt auch im Sinne von ruhiggestellt, ja, fast gelähmt, und nicht nur bei den sogenannten Kunstmärchen von E.T.A. Hoffmann bis Kurt Kusenberg, in deren Genre-Reihe Rühmkorfs Märchen sicher eines Tages zu stehen kommen. Ich erinnere mich an meine tageund nächtelange Lähmung nach der Lektüre des Volksmärchens »Hänsel und Gretel«, weil der ungeheuerliche Satz der Mutter: »Die Kinder finden den Weg nicht nach Haus, und wir sind sie los«, so entsetzlich lakonisch stehenblieb und auch zum Schluß nicht in einem Akt triumphierender Rache aufgehoben wurde.

Nichts davon in Rühmkorfs Märchen. Im Gegenteil! Man möchte nach jeder Geschichte aufspringen, loslachen, gemeinsam essen und trinken oder was werkeln. Woher dieser Mobilisierungseffekt kommt - ich weiß es nicht. Sicher nicht nur, weil der Blumenpisser sich schließlich doch noch rächt, Anna von Calvados mit ihrem schwebenden Wesen und dem Stich ins Lockere und ihrer saufenden Brüderschar den Ritter Blaubart aufs Kreuz legt, der von Horst Janssen auf den Umschlag gesetzte Hans Dummann den terrorisierenden Stiefel hinter sich läßt und Schuhmacher wird und die Tochter des Landrats doch noch kriegt, die polnische Wahrsagerhexe den Augenstehler Katapunktus dem Gericht überstellt - wegen der Siege also des wirklich Vernünftigen durchs Tun von Leuten von unten oder von der Seite. Und auch nicht nur, weil das Kausalitätsgesetz, anders als in den meisten Kunst- und Volksmärchen, durch alles phantastische Geschehen hindurch und über Hölzchen und Stöckchen hinweg beibehalten, aber fabulierend genau auf seine Funktion hin sichtbar gemacht wird.

Dies alles, was man so erklären kann, ist es sicher auch, was diesen Drang zum vergnügten Aufspringen und Weitermachen beim Lesen von Rühmkorfs aufgeklärten Märchen erzeugt. Der Rest, das Eigentliche, das Wichtigste aber ist - darf man das noch so sagen? - die Kunst des Dichters. Und die bringt es sogar fertig, daß man zum Schluß einem hergelaufenen Wanderdichter zutraut, er könne mit einem Märchen die Welt verändern; und das gegen die hohe Kunst vieler Tui-Kollegen, des geschmeidigen Kim Schan zum Beispiel, »der einen Gedanken so fintenreich wenden konnte, daß er auch von hinten nach vorn gelesen einen faßbaren Sinn ergab«, oder des Schnell- und Gelegenheitsdichters Schim Schim, »dem es ein Leichtes war, jeden Zuruf mit einem Reim zu parieren und sich am Seilende eines Satzes unverzüglich aus der Affaire zu ziehen.«

Die Veränderung der Verhältnisse im Lande Papyrien tritt aber eben nicht durchs Märchenerzählen ein und nur deshalb, weil »die wirklichen Märchen in der wirklichen Welt gar nicht aufzuhalten sind«, weshalb auch der Tyrann Jung Häe nicht sozusagen freiwillig selbst zum Dichter und gütigen Herrscher wird - wie der Rezensent in der »FAZ« begütigend interpretiert. Der Wanderdichter Ti Gong hatte es vielmehr geschafft, landauf und landab Märchen erzählend beim Volk Wünsche zu wecken, deren Realisierung es nun massenhaft wünschte, weshalb es massenhaft zum Regierungspalais strömte. Und nur deswegen, weil die durch den Märchenerzähler Ti Gong geweckten Wünsche die Massen ergriffen und so zur materiellen Gewalt wurden, ergab sich der schlaue Tyrann Jung Häe in sein Los des gütigen Dichter-Herrschers.

Das wollen wir doch festhalten, Herr Hinck. Dann hört sich der Satz des cleveren Jung Häe: »Hütet euch wohl, die Macht allzu herrisch an euch zu reißen, denn wer sie halten will, der hat sie schon verloren« nämlich ganz anders an. Es ist eben nicht, wie Sie auslegen, Herr Hinck, »der weise Rat für die Zukunft, die besonnene Utopie am Ende des aufgeklärten Märchens«. Es ist nicht das Happy End der Geschichte. Die Geschichte geht weiter, denn das Märchen heißt ja »Fortsetzung folgt«.

Peter Rühmkorf:»Der Hüter des Misthaufens - aufgeklärte Märchen«, Rowohlt Verlag, 288 Seiten, 29,80 Mark

Konkret 06/83; S. 100

Sabine Rosenbladt

Unversch□ mt, anz□ glich, autorit□ r

Die Geschichte stand in KONKRET: Patientin testet Frauenärzte. Im November 1981 war Sabine Rosenbladt durch die Bundesrepublik gefahren und hatte Gynäkologen-Praxen untersucht. In kleineren Städten ermittelte sie den Arzt aus dem Telefonbuch, in Berlin und München fragte sie Frauengruppen, in Hamburg bekam sie den »Tip« von einer Freundin. »Das Ergebnis dieser Recherche hat mich selbst ungeheuer schockiert«, ‚sagt sie. »Nicht nur, daß bei jedem, aber auch jedem Arztbesuch etwas Berichtenswert-Schlimmes sich ereignete: Unverschämtheiten, Anzüglichkeiten, autoritäres Verhalten, Bevormundung - der Arztbesuch brachte auch medizinisch Haarsträubendes zutage: Diagnosen wie Sand am Meer, verwegene Behandlungsvorschläge, zuletzt sogar einen rabiaten Eingriff in Überrumplungsmanier.«

Nach der KONKRET-Veröffentlichung in Heft 3/82 und einem Aufruf schickten viele Frauen Protokolle über ihre Erfahrungen mit Frauenärzten. Daraus hat Sabine Rosenbladt jetzt ein Buch gemacht, unter dem Titel »Gewalt auf Krankenschein« (Reihe konkret, 216 Seiten, 18 Mark). Sie beschrankt sich nicht darauf, die Frauen-Protokolle zu dokumentieren, sie berichtet auch über Schwierigkeiten mit Schwangerschaftsabbruch und programmierter Geburt, sie klagt die Operationswut der Gynäkologen an, diskutiert mit zwei fortschrittlichen Frauenärzten, nennt Selbsthilfemöglichkeiten und nützliche Adressen.

KONKRET dokumentiert aus dem Buch (in Auszügen) den Bericht einer Frauenärztin, die erzählt, warum es so wenig Gynäkologinnen gibt:

Gynäkologin bin ich geworden aus drei Gründen. Zum ersten hatte ich früher selbst häufig sogenannte Frauenkrankheiten und von daher einen Bezug dazu. Wahrend des Studiums entdeckte ich - und das mag manchen Männern ähnlich gegangen sein -, daß das Fach mich reizte, weil es nicht so eng begrenzt ist auf ein Organ und andererseits nicht so ausufert wie etwa die Innere Medizin. Und dann kam irgendwann (ich machte 1973 Examen) die Frauenbewegung dazu: Ich fand es einfach wichtig, daß es mehr Frauenärztinnen gibt.

Daß die Gynäkologie so »männerdominiert« ist, liegt sicherlich auch daran, daß Männer, die dieses Gebiet wählen, von der Thematik selbst so wenig betroffen sind und deshalb viel leichter damit umgehen können.

Die Gynäkologie ist ein operatives und körperlich sehr anstrengendes Fach. In den Krankenhäusern, wo ich meine Facharztausbildung absolvierte, wurde sehr viel operiert. Ich habe fast die Hälfte meiner Zeit im Operationssaal verbracht, es mußten auch wegen der Geburten sehr viel Nachtdienste gemacht werden.

Es gibt in der Medizin viele Ressentiments gegenüber Frauen. Wahrend des Studiums haben wir Studentinnen sehr wohl gespürt, daß uns die Professoren und Dozenten weniger ernst nahmen, daß sie uns unterstellten, doch nur einen Arzt als Ehemann »abkriegen« zu wollen. Als ich mich um Stellen für die Facharztausbildung bewarb, hat mir ein Oberarzt klipp und klar gesagt: »Ich würde Sie schon nehmen, aber meine Assistenten, die wollen keine Frau, weil die schwanger werden könnte und vom Schwangerschaftsbeginn an für die Nachtdienste ausfällt.«

Zum Schluß meiner Ausbildung habe ich bei einer Chefärztin gearbeitet. Die hatte drei Assistenten und eine Assistentin. Eine weitere Assistentin wollte sie partout nicht haben, weil sie befürchtete, daß ihre Abteilung dadurch einen schlechten Ruf bekäme und ihr nachgesagt würde, »Frauenwirtschaft« zu betreiben.

Am Anfang hatte ich überhaupt keine Ahnung von Geburten, im Studienplan waren nur drei Tage (und Nächte) für den Kreißsaal vorgesehen. Ich hatte also nur eine Geburt gesehen. Im X-Krankenhaus »lernte« ich nun Geburtshilfe - und wurde immer skeptischer, was die »Programmierung« angeht. Erstens waren die Frauen damit überhaupt nicht einverstanden, daß sie stundenlang ans Bett gefesselt wurden; dann habe ich erlebt, daß die mit Oxytocin ausgelösten Wehen für die Frauen viel schmerzhafter waren; und für die Privatpatientinnen endete die Geburt häufig mit einem Kaiserschnitt - weil um acht Uhr abends Schluß sein sollte. Überhaupt nicht beigebracht wurde uns dort, die Wehen und Beschwerden der Frau zu berücksichtigen.

Wurde unnötig operiert? Ja. Immer. In sämtlichen Krankenhäusern, in denen ich wahrend der Ausbildung war. Da kamen zum Beispiel Frauen zur Sterilisation, denen wurde eine Gebärmutterentfernung aufgeschwatzt mit dem Argument, sie könnten dann keinen Gebärmutterkrebs mehr kriegen und die monatlichen Blutungen fielen auch weg. Mir ist noch der Fall einer 30jährigen im Gedächtnis, der bei der Operation in die Blase geschnitten wurde. Die mußte dann wochenlang im Krankenhaus liegen, bis das wieder geheilt war. Wir waren der Meinung, daß diese Operation absolut überflüssig sei und haben auch mit dem Chef darüber geredet. Er sagte zu uns Assistenten: »Aber wir machen diese Operationen doch nur Ihretwegen, damit Sie ihren Operationskatalog vollkriegen!«

Wahrend meiner ganzen Facharztausbildung habe ich keine einzige Abtreibung zu sehen bekommen. Ich habe ein einziges Mal, eine Spirale gelegt. Hormonelle Kontrazeptiva spielten in der Ausbildung überhaupt keine Rolle, die Behandlung von Hormonstörungen ebensowenig. Das Spiralenlegen und Diaphragma-Anpassen habe ich gelernt, indem ich in meiner Freizeit zur Pro Familia ging. Das heißt: Was ich jetzt in meiner Praxis mache, habe ich im Krankenhaus nicht gelernt. Ich wurde auch gleich im ersten Quartal von der Kassenärztlichen Vereinigung »gerügt«, daß ich zuviel Medikamente verschriebe. Nun verschrieb ich zwar wenig Antibiotika, aber viele Mittel gegen Pilzinfektionen und auch Moorbäder und Kurzwellenbestrahlungen zur Nachbehandlung von Eierstockentzündungen, wie ich es im Krankenhaus gelernt hatte. Daraufhin wurde ich in der Praxis angerufen, und ein Prüfarzt wies mich zurecht: »Also entweder Kurzwelle oder Packung, beides ist zuviel! Außerdem können Sie doch nicht bei jeder Frau, die sich auf dem Stuhl anstellt, sagen, die hat eine Eierstockentzündung!«

Das ist die gängige Meinung in diesen Kreisen: Frauen stellen sich sowieso nur an.

Sabine Rosenbladt: »Gewalt auf Krankenschein«, Reihe Konkret, 216 Seiten, 18 Mark

Konkret 06/83, S. 100

Tom Schimmeck

Bücher: Völlig aufgelöst

Immer mehr Männer suchen ihre »Rolle in der heutigen Zeit«. Manche sollten's besser lassen - oder wenigstens nicht noch zu Papier bringen.

Es gibt Trauerspiele, die durch oft wiederholte Aufführung immer trauriger werden. Einen Tiefpunkt solcher Tristesse bietet das Buch »Mann-Sein - Identitätskrise und Rollenfindung des Mannes in der heutigen Zeit«.

Wir erfahren, daß zwei Therapeuten, zwei Aussteiger, ein Berufsschreiber, ein Sozialpsychologe, ein Sozialarbeiter und ein Volker Elis Pilgrim bei ihrer Arbeit mit erheblichen psychischen Problemen zu kämpfen hatten - was wir nach Lektüre des Sammelbandes nur allzu gut verstehen. Geht es doch um die »fehlende Intimitätsdimension« der Männer, um »neue Dimensionen des Rollenkonflikts«, die es »anzugehen« gilt.

Gehen wir es an: Als erster tritt der Herausgeber Rodrigo Jokisch auf, dankt seinem Therapeuten, »daß er mir einen Raum verschaffte, in dem ich mich weich, klein und traurig zeigen konnte«, und teilt den Männern mit, was sie als »kleine Wesen« und damit eigentlich überhaupt sind: »Wir sind einfach da und haben Hunger, Durst, sind müde und fühlen uns wohl, warm. In anderen Worten: Wir sind ein Gefühlsbündel.« Nur daß diese blöde Sozialisation immer dazwischenfunkt, Vater und Mutter und der Penis und die Frauen, überhaupt die ganze Umgebung, die uns den Rücken verspannt.

Dann ist Volker Elis Pilgrim an der Reihe, Oberschrift: »Ich bin eine Pflanze«. Er radelt durch seine Biographie, erzählt von Lymphdrüsenschmerzen, dem Schöpfungsakt und Ostberliner Bahnhöfen, beleuchtet die Vorzüge von Leinöl in Abgrenzung zur Margarine und entschuldigt sich am Ende:

»Schreiben heißt, fließen und kommen lassen, alles machen und alles zulassen.« Aber wenigstens gibt er zu, daß er auf den Hund gekommen ist: »Seit drei Jahren bin ich in einer Schwäche, die mich in allem, was ich war und was ich tat, verrückte, daß ich oftmals dachte, mich in der Auflösung meines Geistes und meiner Existenz zu befinden.«

Bei der Mehrheit der restlichen Autoren steht dieser Zustand offenbar unmittelbar bevor. Gerhard Vinnai, Professor für Sozialpsychologie an der Universität Bremen, philosophiert nach einem das System an sich attackierenden Abstecher (»die Liebe ... wird allzu leicht von der stummen Gewalt einer totalitären Ökonomie erschlagen«) über den Begriff des Vögelns: »Vögel haben die Freiheit, sich von der Erde lösen zu können. Im Falle einer Bedrohung können sie wegfliegen in die rettende Ferne oder sie können heimfliegen in ein schützendes Nest. Auch wir waren einst Vögel. Im Mutterleib waren wir Wasservögel, die sich durch ein warmes Meer gleiten ließen ... « Wenn Professoren einen Vogel haben, lösen sie sich von der Erde und fliegen in die Zoologie.

Von Seite zu Seite wird das Lachen bitterer. Das männliche Leid wird in so dichte Schwaden gehüllt, daß Verdunkelungsgefahr besteht. Noch einmal beleben die Autoren das Gruppendynamik-Vokabular der späten Siebzigerjahre. Es ist von Rollenzwängen, Besitzansprüchen, Erwartungshaltungen, vom Ausleben und natürlich von Beziehungen die Rede. Da wird gelitten und gelabert, eine Krise türmt sich auf die nächste, nichts geht mehr, man fühlt sich schwach, scheu, nervös und durcheinander. Autor Klausbernd Vollmar, der 1977 mit dem Buch »Käse selbst gemacht« an die Öffentlichkeit getreten ist, bringt es in seinem Beitrag »Mann-Werden., Ein Traum« auf den Punkt: »Beschäftigen wir uns mit uns selbst, da haben wir genug zu tun.«

Wer wirklich etwas über Männer erfahren will, ist mit jedem Jerry Cotton-Heft besser bedient.

Rodrigo Jokisch (Hrg.): »Mann sein - Identitätskrise und Rollenfindung des Mannes in der heutigen Zeit«, Rowohlt Verlag, 126 Seiten, 8,80

Mark

Konkret 06/83, S. 102

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Die »Bild«-Zeitung behält den Überblick:Der beste deutsche Tennisspieler aber steht in der Weltrangliste nur auf Platz Nr. 89. Verstehen Sie das? Wir schon. 15jährige Talente bekommen in Deutschland schon Verträge bis zu 25. 000 Mark. Großes haben sie da noch nicht geleistet. Wer so verwöhnt wird, ist schnell satt. Nur Hunger und Ehrgeiz produzieren Sieger.

Auf den ersten Plätzen der Weltrangliste erwarten wir demnächst die Cracks aus Eritrea.

Vom Popen und vom Poppen - oder Pfarrer Sommerauer und die künstliche Befruchtung:

Sollte sich aber das wesentliche Interesse vom Glück der Liebe auf Experimente der Züchtung verlagern, dann laßt uns das doppelte Interesse an der »alten Methode« entfalten.

Aber, aber, Herr Fickar.

Es ist doch nicht alles umsonst. Letztens habe ich die besten Köpfe der deutschen Wirtschaft - Horst Burgard, F. Wilhelm Christians, Robert Ehret, Wilfried Guth, Alfred Herrhausen, Eckart von Hooven, Hilmar Kopper, Klaus Mertin, Ulrich Weiss, Herbert Zapp, Werner Blessing und Ulrich Cartellieri - mit ihrer gemeinsamen Erleuchtung zitiert:

Jede Gemeinschaft kann auf Dauer nur so intelligent, leistungsfähig und erfolgreich sein wie die Menschen, aus denen sie besteht.

Heute kann ich sagen, daß sogar mein Kanzler mich gehört hat. In seiner Regierungserklärung sprach er:

Jede Gemeinschaft kann au/ Dauer nur so leistungsfähig sein wie die Menschen, aus der sie besteht.

Ich habe mitregiert. Daß ich das noch erleben durfte, läßt mich splitterrichterliche Einwände wider die Grammatik meines Führers vergessen. Ehret sei der Mensch, Christians und Guth.

Die Welt wird sowieso schöner von Tag zu Tag:

Der Berliner Verleger Axel Springer konnte seine russischen Freunde in seinem Haus in Schleswig-Holstein begrüßen, das selbst wie ein verzaubertes Zeugnis einer jahrhundertelangen Geschichte wirkt. Gesprochen aber wurde von der Gegenwart: »Die sich auflösende Welt, in der wir leben, hat apokalyptische Züge, jeden Tag kann die Katastrophe über uns hereinbrechen. Daß es bisher immer wieder gelungen ist, dieses jüngste Gericht hinauszuschieben, verdanken wir den Gerechten, die es auch überall auf der Welt gibt«, sagte Springer.

Eine Auswahl der Gerechten, derentwegen das Jüngste Gericht noch einmal verschoben werden mußte, schmückte den »glanzvollen Abend auf Gut Schierensee«:

U.a. die Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und Bernhard Vogel, Louis Ferdinand Prinz Preußen, Marie Alix Herzogin von Schleswig-Holstein, Friedrich August Herzog von Oldenburg, Karl Klasen, Alwin Münchmeyer ... »Plötzlich wurde Weltgeist spürbar, sagte einer der Gäste.

Das ist die Apokalypse. »Und es kam einer von den sieben Engeln, die die sieben Schalen hatten, redet mit mir und sprach zu mir: Komm, ich will dir zeigen das Urteil der großen Hure, die da auf vielen Wassern sitzt. mit welcher gehuret haben die Könige auf Erden« und die Prinzen, Herzöge, Ministerpräsidenten, Bankdirektoren und Zeitungsverleger. »Und sie wurden gerichtet, ein jeglicher nach seinen Werken.« Künstlerpech.

Wie die »Welt am Sonntag« aussieht, bestimmt der Claus Jacobi:

*Bei den Vietnam-Protesten in Amerika führten selten Vietnam-Veteranen das große Wort. Gilt ähnliches nicht auch für unsere Friedensfreunde?*Und ob! Reißen das Maul auf und haben noch nicht *einen* Atomkrieg mitgemacht!

Der Regisseur Hansgünther Heyme, sympathisch durch seinen Plan, den umschwärmten »Wüstenfuchs« Erwin Rommel als »Lieblingsnazi« auf die Bühne zu bringen, ist auf Abwegen:

Unseren »Dallas-Hirnen« sei drei Stunden Shakespeare im *Fernsehen nicht mehr zuzumuten. Die kaum mehr gelesenen Kritiker könnten nur noch durch Zurechttrimmen und Zusammenstreichen gerettet werden.*

Will Heyme im Fernsehen den ganzen Shakespeare in 45 Minuten machen? Titel: Romeo und Alfetta? Es war die Yamaha und nicht die Honda. Bock oder Nullbock, bei Philips sehen wir uns wieder. Gut gebrüllt, Snoopy. Hast du die Pille genommen, Desdemona? Aber aufgepaßt, Trimmer und Streicher! So tot wie Heyme ist Shakespeare noch lange nicht, und der Schwan von Stratford ist immer gut für ein Überraschungsei oder auch Hamlet Surpris: Behandelt jeden Menschen nach seinem Verdienst, und wer ist dann vor Schlägen sicher, Hansgünther?

Theo, der Uhu von der Alster, versucht in »Newsweek« auch englisch zu tirilieren: '

Beards in the Bundestag. The Green Party brings a breath of fresh air to German politics - but to be successful they need to grow up.

Cried the raven: What you not say!

Their mighty beards flashed a protest at the world of the cleanly shaven. To be quite honest, I could not help being amused myself.

Over yourself? Wenn die bärtigen Frischluft-Kinder erwachsen werden wollen, muß ihnen zur Regierungserklärung des Helmut Kohl einfallen, was meinem glattrasierten Theo einfiel:

Den Worten müssen jetzt Taten folgen.

Statt: Nicht auch das noch!

Es liegt zwar näher, Frau Thatcher eine blutrünstige Vettel zu nennen, man kann sie aber auch so sehen wie der »Welt«-Redakteur Fritz Wirth:

Frau Thatcher erwies sich als der mannhafteste, mutigste und entschlossenste Regierungschef der letzten Jahrzehnte. Es bedurfte zu dieser Erkenntnis nicht nur des Härtetests des Falkland-Konflikts,

wobei ja die Weiterbildung des Fritz Wirth mit tausend Erschossenen und Ertränkten keinesfalls zu teuer bezahlt ist, zumal für uns die Erkenntnis abfällt, daß ein ordentlicher Kolonialkrieg für die Publizisten der Wende immer noch ein Stahlbad bedeutet. Nicht für die eigenen Schweißfüße, versteht sich, denn die mannhaftesten, mutigsten und entschlossensten Vetteln beiderlei Geschlechts werden nun mal am Schreibtisch gebraucht.

Die Rosetten des Herbert Wehner und des Helmut Schmidt zeugen mit ihren Fransen noch heute von den jahrelangen Bemühungen des Klaus Bölling, den Weg nach oben zu finden. Jetzt hockt er im Kristallpalast und schmeißt mit Felsbrocken:

Da sitzen in den Funkhäusern kriegsstarke Kompanien von Leuten, die nichts gemacht haben als Arschkarrieren mit turnusmäßiger Gehaltserhöhung.

Das ist der Hochmut des Gekrochenen vor den Ersessenen.

Wenn die Leitartikler der Bürgerpresse sich den letzten Fragen zuwenden, ist das ein sicheres Zeichen, daß es mulmig wird. Jürgen Eick von der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« hat bis zur zweiten Arbeitslosenmillion wacker mitgehalten und nicht mit vorletzten Antworten gegeizt. Aber was zuviel ist, ist zuviel:

Wer sind wir eigentlich? Randfiguren des Makrokosmos, aparte und höchst seltene wie seltsame Zufallsprodukte? »Entartungen«, die eigentlich in diesem unbegreiflich weiten Universum gar nicht vorgesehen sind? Oder sind wir biologische Existenzen, die es in ähnlicher Weise vielfach geben muß?

Mensch, Eick, Kopf hoch! So selten, wie wir uns das wünschen, sind Sie doch noch gar nicht. Seltsam, entartet, apart - meinetwegen. Aber deshalb hängt man sich doch nicht am nächstbesten Stern auf. Wenn das jede Randfigur des Makrokosmos täte! Zu Recht sagen Sie:

Hier könnte man von den Theologen mehr Bemühung erwarten, naturwissenschaftlich interessierten Leuten bei der Suche nach Antworten auf letzte Fragen zu helfen, insbesondere den jüngeren, statt sich über allzu vordergründige Tagesprobleme zu ereifern.

Machen sie den Anfang, Eick. Stellen Sie sich morgen früh vors Frankfurter Arbeitsamt, und erklären Sie den Leuten die Kassiopeia. Dann erleben Sie mal, was 'ne Randfigur ist.